



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **H. P. Hanssen (1862-1936)**
Seine historische Bedeutung
als Minderheitenpolitiker
- **H. P. Hanssen**
Sein Bild in der deutschen
Geschichtsschreibung
- **Volksabstimmungen
in Europa 1920/21**
Plakate als Agitationsmittel
- **Troels Fink (1912-1999)**
Historiker, Diplomat, Initiator

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Hans Schultz Hansen

H.P. Hanssens historische Bedeutung

Zum 150. Geburtstag des Minderheitenpolitikers75

Peter Hopp

H.P. Hanssen in der deutschen Geschichtsschreibung87

Nina Jebesen

Volksabstimmungen in Europa 1920/1921.

Plakate als Mittel der Agitation99

Henrik Becker-Christensen

Historiker – Diplomat – Initiator.

Zum 100. Geburtstag von Troels Fink 113

Umschau 119

Buchbesprechungen 135

Mitarbeiter/innen dieses Heftes 147

Abbildungsnachweis 148

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

H.P. Hanssens historische Bedeutung

Zum 150. Geburtstag des Minderheitenpolitikers

von HANS SCHULTZ HANSEN

H. P. Hanssen (1862-1936) gilt als Vater der organisierten dänischen Bewegung in Nordschleswig in preußischer Zeit und als politischer Konstrukteur der 1920 geschaffenen deutsch-dänischen Grenze. Anlässlich seines 150. Geburtstages lud Historisk Samfund for Sønderjylland am 21. Februar 2012 zu einer großen Vortragsveranstaltung ins Apenrader Folkehjem ein. Die zentrale Rede hielt der Archiv- und Forschungsleiter vom Landsarkiv Sønderjylland, Prof. Dr. Hans Schultz Hansen, – in seiner Funktion als Vorsitzender von Historisk Samfund übrigens einer der Nachfolger von H. P. Hanssen. Die Rede wurde in Sønderjysk Månedskrift (3/2012) abgedruckt. Wir geben diese Würdigung H. P. Hanssens durch den dänischen Experten im Folgenden in erweiterter Form und in der Übersetzung von Benjamin Lassiwe wieder. Dabei sei bemerkt, dass in den Grenzfriedensheften bereits 1959 mit Troels Fink ein dänischer Historiker einem deutschen Publikum die Lebensleistung H. P. Hanssens nahebrachte. – Auf den Beitrag von Hans Schultz Hansen folgt ein Aufsatz von Peter Hopp über „H. P. Hanssen in der deutschen Geschichtsschreibung“.

Die Redaktion

Einleitung

H. P. Hanssen ist eine der wichtigsten Gestalten in der Geschichte Nordschleswigs. Er war die führende Persönlichkeit der dänischen Nordschleswiger in den letzten Jahren der Preußenherrschaft, die deutsch-dänische Grenze von 1920 ist zuallererst sein Werk, und nach 1920 stand er in der ersten Verteidigungslinie für die neue Grenze. Historische Bedeutung bekam er vor allem in drei Dingen: Von den 1880er Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 war er die ausführende Kraft bei der Organisation der dänischen Bewegung und bei der Sicherung des langfristigen Überlebens des Dänentums trotz der immer stärkeren Germanisierung. In den Jahren 1918 bis 1920 war es sein Verdienst, dass die schleswigsche Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker erneut gestellt wurde, so dass eine rechtmäßige Grenze, die den Frieden im Grenzland sicherte, erreicht wurde. Und 1933 stellte er sich an die Spitze der dänischen Gegenoffensive gegen die Forderungen schleswig-holsteinischer

NS-Anhänger, die Grenze von 1920 zu verlagern, ebenso wie er die neue NS-Herrschaft in Deutschland als eine Diktatur durchschaute.

Familie, Kindheit, Jugend

Hans Peter Hanssen wurde am 21. Februar 1862 in einer Großbauernfamilie geboren. Der Vater Christen Hanssen zu Nørremølle im Kirchspiel Satrup im Sundewitt war die führende dänische Persönlichkeit der Gegend. H. P. Hanssen wurde als 17-Jähriger vor die Wahl gestellt, die alle dänisch gesinnten jungen Männer in Nordschleswig treffen mussten: Auszuwandern, um den dreijährigen preußischen Militärdienst zu umgehen, oder diesen durchzustehen, um in der Heimat zu bleiben, die Heimat für die Familie zu bewahren und für die dänische Sache einzutreten. Bei einem Spaziergang an den Düppeler Schanzen zu Jahresanfang 1879 entschied er sich für die zweite Möglichkeit.

Die folgenden zehn Jahre wurden für H. P. Hanssen eine Zeit der Vorbereitung. In erster Linie lernte er Landwirtschaft, aber daneben verschlang er historische Bücher ebenso wie Werke der schönen Literatur, und bald gewann das Interesse für die Politik ganz die Oberhand. H. P. Hanssens Vorgänger als dänische Führungspersönlichkeiten waren in ihrem Beruf etabliert, als sie politisch aktiv wurden. H. P. Hanssen bildete sich dagegen schon als junger Mensch zielgerichtet dafür aus, Politiker zu werden. In drei Wintern war er Schüler der Heimvolkshochschule Askov, und durch Studienaufenthalte in Leipzig, Kopenhagen und Berlin vertiefte er seine Kenntnisse über moderne Politik, die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Nationalitätenkampf. Als erster dänischer Schleswiger versuchte H. P. Hanssen Berufspolitiker zu werden. Er tat das nicht, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Dafür war die Tätigkeit als Politiker damals zu unsicher – in jedem Fall war sie unsicherer als Großbauer auf dem heimischen Hof zu sein. Seinen Lebensunterhalt sicherte sich H. P. Hanssen stattdessen 1888 als Mitarbeiter der Sonderburger Lokalzeitung Dybbøl-Posten. Im selben Jahr heiratete er Helene Lucie Iversen aus Ulderup, und beide siedelten sich in Sonderburg an.

Aufbau eines Netzwerkes

H. P. Hanssen baute sich zielgerichtet ein politisches Netzwerk auf. Er fand einen Mentor, Reichsarchivar Adolf Ditlev Jørgensen in Kopenhagen, der in Gravenstein geboren und aufgewachsen war. A. D. Jørgensen übte einen großen Einfluss auf die Unterstützung der Nordschleswiger aus Dänemark aus, aber zuallererst stand er für einen vorurteilsfreieren Blick auf die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen und einen nüchternen Standpunkt in der Frage, wo die



Abb. 1
H.P. Hanssen um 1880

deutsch-dänische Grenze verlaufen sollte: entsprechend dem Mehrheitswillen der Bevölkerung mitten in Schleswig anstelle der historischen Grenzverläufe an der Eider oder am Danewerk. Das prägte H.P. Hanssen entscheidend.

Im Königreich knüpfte H.P. Hanssen auch enge Kontakte zu Kreisen junger, eher liberal oder politisch links orientierter Akademiker, die bereit waren, sich für die dänische Sache in Nordschleswig einzusetzen. Das waren Menschen wie H.V. Clausen, Johan Ottosen, M. Mackeprang und Aage Friis, aber er hielt auch Verbindung zu eher konservativen Akademikern. H.P. Hanssens persönliche Sympathien lagen indes bei den Liberalen, ebenso wie er überzeugter Anhänger Grundtvigs war. Beides konnte in den 1880ern hinreichend Anstoß bei der älteren Generation der konservativen, schleswigschen Bauern erregen. Einer der bekanntesten Landwirte im Kreis Apenrade, der Hofbesitzer Rasmus Peter Clausen in Schmedagger, schrieb etwa 1887 über ihn: „H.P. Hanssen kenne ich nicht persönlich, aber ich habe über ihn von Wolff, Gammelgab, gehört, dass er ein etwas verdrehter junger Mann ist, der sehr eingenommen für die Ideen von Grundtvig ist.“¹ Pastor L.B. Poulsen von der Freikirchengemeinde in Baulund gab ihm deswegen 1887 diesen klugen Rat: „Ich meine nämlich, es wäre besser,

wenn Du hier als brauchbarer Mann im Kampf gegen das Deutschtum bekannt wärest, bevor man Dich als dänischen Liberalen kennt.“²

In Nordschleswig glückte es H.P. Hanssen jedoch auch, ein Netzwerk aus den unterschiedlichsten Gegenden und Gruppierungen zu schaffen. Dazu kamen Gleichgesinnte und Freunde in H.P. Hanssens eigener Generation, wie Nis Nissen in Norburg und zahlreiche andere.

Um als Politiker Fuß zu fassen, musste H.P. Hanssen auch die breite nord-schleswigsche Bevölkerung an sich binden. Das glückte – so sehr, dass ihn die dänischen Nordschleswiger mit Vornamen anredeten, viele Jahrzehnte, bevor das modern wurde. Diese Position schuf er sich, indem er sich der vielen Angelegenheiten annahm, in denen die Menschen Bedarf an sachkundiger Hilfe hatten. H.V. Clausen schrieb einmal, dass er an einem einzigen Tag gebeten werden konnte, „die Satzung eines Gesellschaftsvereins auf Alsen zu schreiben, einem Mann oben bei Ripen einen günstigen Kredit für seinen Hof zu verschaffen, seine Meinung über eine Steuerfrage in Apenrade zu äußern und dänische Theaterstücke für ein Laientheater in der Nähe von Hadersleben zu beschaffen.“³ H.P. Hanssens umfassende Korrespondenz bekräftigt das, wo es um Fragen der Staatsangehörigkeit, Meiereien, Sparkassen und Versammlungshäuser, des Vereinsgesetzes, in Konfrontationen mit der Polizei, um Wahlangelegenheiten, die Suche nach dänisch gesinnten Käufern für Höfe, die auf den Markt kamen, und vieles andere ging. Dazu bekam H.P. Hanssen zahllose Einladungen, Vorträge zu halten – es gab kaum einen Krug oder ein Versammlungshaus in Nordschleswig, wo er nicht geredet hat.

H.P. Hanssen wurde also „ein brauchbarer Mann im Kampf gegen das Deutschtum“. Er war sich zugleich treu mit dem Motto: „Unser Kampf ist ein Kampf für Gerechtigkeit – aber lasst uns nie vergessen, dass unsere Losung Arbeit sein muss, denn nur unter dieser Einheitsmarke können wir siegen.“⁴ Das war die Grundlage dafür, dass H.P. Hanssen zum ersten modernen Minderheitenpolitiker im deutsch-dänischen Grenzland wurde.

Der erste moderne Minderheitenpolitiker

Es lag außerhalb der eigenen Möglichkeiten der dänischen Nordschleswiger, eine erneute staatliche Verbindung mit Dänemark zu erreichen. Die Protestpolitik, die sie in den ersten Jahren nach 1864 führten, war nutzlos. Europa hörte nicht zu. Es bedurfte einer neuen Strategie. Das Überleben des Dänischen musste langfristig gesichert werden, bis es eines Tages eine Chance für eine Wiedervereinigung gab. Das bemerkten auch andere, aber die Verwirklichung der Strategie wurde zuallererst H.P. Hanssens politisches Projekt. Es kann in fünf Punkten zusammengefasst werden:

- Zuerst ging es darum, die Jugend zu ertüchtigen, damit sie im Landesteil blieb, um die Höfe in dänischem Besitz zu halten und sich in der Politik zu engagieren. Der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen und sozialen Selbsterhalt des Bauernstandes und den Zukunftsaussichten des Dänen­tums war für H. P. Hanssen leuchtend klar, lange bevor er allgemein erkannt wurde.
- Zweitens mussten die Kräfte gesammelt werden und in dieselbe Richtung arbeiten. Hier betätigte sich H. P. Hanssen zum ersten Mal in größerem Rahmen politisch, als es ihm glückte, die dänischen Führer der unterschiedlichen Regionen zur Errichtung der Wählerversammlung für Nordschleswig zu bewegen. Das geschah in Woyens am 10. Juli 1888. Die Wählerversammlung wurde die politische Partei der dänischen Nordschleswiger. H. P. Hanssen wurde ihr Sekretär und die eigentliche Kraft hinter der Vereinigung. So baute er unter anderem ein Netz von Vertrauensleuten auf. H. P. Hanssens Wirken als ausführende Kraft bei der Organisation der dänischen Bewegung führte auch zur Errichtung zahlreicher Vortragsvereinigungen, und er war stark involviert in die Gründung von „Den nordslesvigske Skoleforening“, „Nordslesvigsk Kreditforening“ und der ersten „Landeværn“ im Jahr 1913.
- Zum Dritten mussten die dänischen Nordschleswiger die Möglichkeiten ausnutzen, die ihnen die preußische Verfassung bot. Mit seiner gründlichen Kenntnis der preußischen Gesetzgebung wie der Reichsgesetzgebung setzte sich H. P. Hanssen oft gegen lokale deutsche Beamte durch, obwohl er selbst weder Geld- noch Gefängnisstrafen umging. Um seine Landsleute auf Konfrontationen mit den Behörden vorzubereiten, verfasste er eine Reihe von Heften mit dem Titel „Vore Rettigheder“ (Unsere Rechte) über das Vereinsrecht, das Wahlrecht zum Landtag und zum Reichstag.
- Zum Vierten musste die dänische Bewegung in Nordschleswig erneuert werden. Sie musste mit den eigenen Worten H. P. Hanssens aus der „krankhaften Sentimentalität“ der 1870er befreit werden und auf ein Niveau mit der Entwicklung nördlich der Königsau gebracht werden. Sein Vorbild war die von N. F. S. Grundtvig inspirierte Bauernbewegung, wie sie sich mit Volkshochschulen, Nachschulen, Vortragsvereinen, Versammlungshäusern und Gymnastik darstellte – und in der Annäherung an die Liberalen. Vor allem das Letzte wurde kontrovers gesehen und brachte Hanssen auf Kollisionskurs mit dem Redakteur von Flensburg Avis, Jens Jessen, und dessen Schülern. Es wurde nicht besser, als H. P. Hanssen 1893 die Lokalzeitung „Hejmdal“ kaufte und an den Redaktionssitz Apenrade zog.
- Zum Fünften wollte H. P. Hanssen die Abgeordnetensitze der dänischen Nordschleswiger im deutschen Reichstag und im preußischen Landtag für praktische politische Arbeit nutzen. Gegen den Widerstand von Jessen wur-

de H. P. Hanssen 1896 in den Landtag gewählt, dem er bis 1908 angehörte. Das Mandat im Reichstag ging dagegen zunächst an Jessen, der 1902 den verstorbenen Gustav Johannsen ersetzte. Als Jessen selbst 1906 starb, war H. P. Hanssen die naheliegendste Wahl, und er blieb Mitglied des Reichstags bis 1919. Als Reichstagsmitglied wirkte er an der Entstehung der dänisch-deutschen Optantenkonvention von 1907 mit, die Kindern der Schleswiger, die in den Jahren nach 1864 die dänische Staatsbürgerschaft gewählt hatten, die Möglichkeit sicherte, preußische Staatsbürger zu werden und damit die vollen bürgerlichen Rechte zu genießen. Ein anderes Hauptresultat war die Verschiebung des Sprachparagraphen im Deutschen Reichsvereinsgesetz von 1908 um 20 Jahre, der den Gebrauch des Deutschen bei allen öffentlichen Versammlungen obligatorisch gemacht hätte.

Der Erste Weltkrieg stellte neue Herausforderungen an H. P. Hanssens Wahrnehmung der Interessen seiner Landsleute. Wie andere führende Vertreter der dänischen Bewegung wurde er bei Kriegsausbruch interniert. Aber er wurde schnell wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte danach die Freilassung seiner Mitgefangenen ebenso erreichen wie Erleichterungen bei der Unterdrückung der dänischen Presse und anderer Diskriminierungen der dänisch gesinnten Bevölkerung.

Hauptverantwortung für die Grenzziehung 1918-20

Schon während des Krieges bereitete sich H. P. Hanssen darauf vor, dass eine deutsche Niederlage den Weg für eine Vereinigung von Nordschleswig mit Dänemark öffnen könnte. Im Oktober 1918 war es soweit. Am 23. Oktober verlangte er im Deutschen Reichstag, die Grenzfrage entsprechend dem Abstimmungsversprechen in Artikel fünf des Friedensvertrags von 1866 zu lösen. Mit einer demokratischen Entscheidung über die Grenzfrage könnte diese auf eine zukunftsichere Weise gelöst werden. In der Variante von H. P. Hanssens kam hinzu, dass die Bevölkerung in Nordschleswig als Ganzes ja oder nein zu einer Wiedervereinigung mit Dänemark sagen sollte. Er versuchte mit anderen Worten eine demokratische Legitimation der Linie Krusau-Siltoft, der sogenannten Clausen-Linie, die ihren Namen nach H. V. Clausen hatte. Die Argumente dafür legte er in einem Positionspapier für den Vorstand der Wählervereinigung und deren Aufsichtsrat dar, datiert vom 9. November 1918. „Erreichen wir diese Grenze, haben wir in der Gegend von Lügumkloster, in der Schluxharde und in den Städten, besonders in Tondern, einen Teil Deutschtümelei innerhalb der Reichsgrenzen, aber doch nicht mehr, als wir im Lauf einiger Menschenalter aufsaugen können. Bekommen wir dagegen Flensburg mit, ist es unverdaulich, und wir müssen mit einem dauerhaften

deutschen Sprachgebiet innerhalb der Reichsgrenzen rechnen, das unsere ganze nationale Zukunft unsicher macht.“⁵

Das wurde zur Politik von H.P. Hanssen, die von der Wählervereinigung beim Treffen ihres Vorstandes und ihres Aufsichtsrates im Folkehjem am 16.-17. November 1918 beschlossen wurde. Sie mündete in die Apenrader Resolution, die zudem eine Öffnung für die Gegenden Mittelschleswigs enthielt, indem sie gemeindeweise über eine Wiedervereinigung abstimmen sollten.

Am 17. November 1918 konnte H.P. Hanssen vom Balkon des Folkehjem in Apenrade, der zentralen Versammlungsstätte der dänischen Nordschleswiger in jener Zeit, dem zahlreich erschienenen Publikum die Resolution der Wählervereinigung mitteilen und seine Gewissheit der bevorstehenden Wiedervereinigung zum Ausdruck bringen. Durch eine Eingabe an die dänische Regierung am Tag danach bewirkte er, dass der Wunsch der dänischen Nordschleswiger vor die Friedenskonferenz von Versailles gebracht wurde.

Bald musste H.P. Hanssen gegen die starken Kräfte kämpfen, die sich gegen seine moderate Grenzpolitik wandten und ohne Rücksicht auf die Gesinnung der Bevölkerung eine Grenze am Danewerk verlangten oder wenigstens südlich von Flensburg. In der stürmischen Zeit des Nationalismus 1919/20 musste H.P. Hanssen die ungeheuerlichsten Kränkungen ertragen, weil er an seiner Politik festhielt. Besser wurde es nicht, als er sich im Juni 1919 in das Kabinett des radikalliberalen Staatsministers Zahle als Übergangminister für nordschleswigsche Angelegenheiten aufnehmen ließ. Obwohl das sachlich wohl begründet der bestmöglichen Vorbereitung der Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark galt, machte ihn die Ernennung unpopulär, besonders bei den Liberalen.

H.P. Hanssen wollte die Grenzfrage ein für alle Mal lösen. In einer Rede im September 1919 sagte er: „Die *Eiderpolitik*, die so viel Unglück über unser Vaterland gebracht hat, ist wieder aus dem Grab erstanden. ... [Es geht um] die Forderung nach unserer alten historischen Grenze, ohne Rücksichtnahme auf die nationalen Verschiebungen, die im Laufe der Jahrhunderte stattgefunden haben, ohne Rücksicht darauf, dass wir in diesem Fall eine starke, gesammelte deutsche Nationalität in das dänische Reich hineinbekämen. Dieser Forderung gegenüber steht die alte Forderung nach einer *Teilung Schleswigs entsprechend den Nationalitäten*. Die Forderung danach, dass die Grenzfrage nicht verschoben, sondern gelöst werden soll. Dieser Forderung schließe ich mich an. Denn dafür haben wir 50 Jahre lang gekämpft. Würden wir das nun preisgeben, würden wir uns über die *Lehren aus der Geschichte, der Fremdherrschaft und der bitteren Erfahrungen des Weltkrieges* hinwegsetzen. Aber das können wir nicht. Wir, die wir die Schrecken des Weltkrieges erlebt haben, fühlen unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln viel zu stark, als dass wir dabei sein wollen, wenn der Boden für künftige Kriege bereitet wird. Heute glauben viele,

Köbenhavn
d. 7. Juli 1920.
Landsforraderen
H. P. Hanssen
vil som saadan
blive mindet blandt mine Venner
paa Genforeningsdagen! —
En Københavner:

Abb. 2

Anonymer Schmähbrief aus
dänisch-nationalistischen
Kreisen, 7. Juli 1920
(„Der Landesverräter
H. P. Hanssen wird als
solcher bei meinen Freunden
am Wiedervereinigungstag
in Erinnerung bleiben! —
Ein Kopenhagener“

dass die Macht Deutschlands dauerhaft gebrochen ist. Aber Deutschland erhob sich auch nach dem 30-jährigen Krieg, und wenn es etwas gibt, was uns die Geschichte lehrt, dann ist das die Wechselhaftigkeit der Zeiten. Bekommen wir einen großen, deutschen Nationalitätenanteil mit nach Dänemark hinein, haben wir einen *dauerhaften Konfliktstoff*. Wir haben gesehen, welche Kraft in der Nationalitätenfrage steckt, und kommt dort eine starke, gesammelte deutsche Nationalität mit, wird sie sich über Jahre hinweg halten. Hier muss jeder entsprechend seiner Verantwortung handeln, und ich fühle die Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes viel zu stark, als dass wir von der Forderung nach einer gerechten Teilung entsprechend der Nationalitäten abweichen können. Ich kann und will mich hier nicht beugen.“⁶

Die Volksabstimmungen am 10. Februar und 14. März 1920 bekräftigten H. P. Hanssens nüchterne Grenzpolitik, aber wie das übrige Kabinett Zahle wurde er von König Christian X. verabschiedet. H. P. Hanssen wurde auch ausgegrenzt, als am 15. Juni die Wiedervereinigung offiziell gefeiert wurde. Zuerst wurde H. P. Hanssen gebeten, als derjenige, der Christian X. an der bisherigen Staatsgren-



Abb. 3 H. P. Hanssen mit seiner Frau Helene bei der Stimmabgabe am 10. Februar 1920

ze willkommen heißen sollte, zurückzutreten. Dann war nicht er, sondern Graf Schack der Hauptredner der Nordschleswiger beim Wiedervereinigungsfest auf den Düppeler Schanzen, und beinahe hätte Hanssen dort überhaupt nicht reden dürfen. Und als am Abend nach dem Fest das Parlament ein Festmahl mit der Regierung und dem Königshaus in Sonderburg abhielt, hatte man „vergessen“, H.P. Hanssen überhaupt einzuladen.

Die Zurücksetzung war der Preis, den H.P. Hanssen dafür bezahlte, in der Grenzfrage mit der Zeit gegangen, aber gegen den Strom geschwommen zu sein – wie es ein richtiger Staatsmann macht, wenn es nötig wird. Im Licht der Geschichte betrachtet, kann kein Zweifel daran sein, dass die Grenze von 1920 die Voraussetzung schlechthin für das friedliche Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland heute ist. Die wichtigste Ehre fällt dabei H. P. Hanssen zu, auch wenn einige Zeit verging, bis sich die friedlichen Zustände mit den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955 durchsetzten. Deswegen können sowohl dänische als auch deutsche Schleswiger dankbar dafür sein, dass H. P. Hanssen in den Jahren 1918-20 als Staatsmann handelte.

Die Grenzziehung 1918-20 war der Höhepunkt des politischen Wirkens von H. P. Hanssen, aber sie war weit davon entfernt, der Abschluss seiner Arbeit für die dänische Bewegung in Nordschleswig zu sein. Er konzentrierte sich nun darauf, das Gewonnene zu sichern. Da die deutsche Minderheit eine Grenze-

vision verlangte und es Deutschland unterließ, die neue Grenze anzuerkennen, gab es immer noch Bedarf für die Einsicht, die Erfahrung und die Arbeitskraft von H.P. Hanssen. Auf dem politischen Feld war ihm jedoch nicht viel Glück beschieden: Seine Pläne einer mit den Liberalen verbundenen, besonderen nordschleswigschen Gruppe im dänischen Reichstag, erlitten Schiffbruch, und seine Zeit als Folketingsabgeordneter für Venstre 1924-26 war kaum erfolgreich. Aber in kulturellen Angelegenheiten war genug zu tun: H. P. Hanssen wurde Vorsitzender von „Sprogforeningen“ im Jahre 1921 und 1923 auch von „Historisk Samfund for Sønderjylland“. Mitten in den 1920ern wurde auch der Kampf um Grund und Boden in deutschem oder dänischem Besitz wieder angespannter: Als die deutsche Minderheit 1926 eine Offensive etwa mit der Errichtung der Kreditanstalt Vogelgesang startete, ergriff H. P. Hanssen 1927 zusammen mit dem Vorsitzenden der Schulvereinigung, Hans Jepsen Christensen, die Initiative für die Gründung des Vereins „Landeværnet“.

Integrationskraft gegen die NS-Grenzverschiebung 1933

Im Frühjahr 1933 durchschaute H. P. Hanssen schnell die neue NS-Herrschaft in Deutschland als unterdrückende Diktatur, und als schleswig-holsteinische Nationalsozialisten eine Offensive gegen die Grenze von 1920 starteten, wurde er noch einmal zur zentralen politischen Figur der dänischen Nordschleswiger. Zusammen mit Jepsen Christensen lud er 400 dänische Vertrauensleute aus allen Kirchspielen in Nordschleswig zu einem vertraulichen Treffen in das Folkehjem am 12. April. Hier stimmten sie für eine Resolution, die die deutschen Forderungen nach einer Grenzrevision abwies und eine Sicherung der Grenze gegen irreguläre Truppen, eine scharfe Überwachung aller Bestrebungen zur Grenzverschiebung, ein schnelles und kräftiges Einschreiten gegen Unruhestifter und Sanktionen gegen dänische Beamte, die an Agitationen zur Grenzverschiebung teilnahmen, verlangte. Es wurde ein Ausschuss aus den beiden Initiatoren und Direktor Martin Hammerich aus Tondern gebildet. Auf vielfache Art und Weise war die Handlungskraft bei diesem Treffen ähnlich wie beim Treffen 1918, und man hatte dies noch im Blick, als man später Erinnerungstafeln für beide Treffen im Königssaal des Folkehjem anbrachte. Die Arbeit des Ausschusses führte zur Gründung der „Danske Samfund“ in den 32 Kirchspielen des Grenzlandes. Am 20. November wurde die Dachorganisation „Grænseområdets Danske Samfund“ mit Hammerich als Vorsitzendem gegründet. H.P. Hanssen konnte nun den Staffelstab an jüngere Kräfte übergeben.

Aber das bedeutete nicht, dass er sich in den kommenden Jahren schonte. So sprach er auf dem Treffen von „Det Unge Grænseværn“ auf Skamlingsbanken am 24. Juni 1934. Hier sagte er u.a.: „Junge Nordschleswiger sind zu tausenden



Abb. 4
H.P. Hanssen um 1935,
vermutlich auf Düppel,
bei einem seiner
öffentlichen Auftritte
im Kampf gegen
nationalsozialistische
Grenzrevisions-
bestrebungen

den heute zusammengekommen, klar, um den Grenzkampf weiterzuführen. Ihr Jungen: Stellt Euch, wenn ihr an die Front rückt, unter das Banner von P. Hiort Lorenzen. Darauf steht geschrieben: Für die Volksherrschaft, für das Recht, frei zu denken, glauben und zu reden, für das dänische Nordschleswig, für Volk und Vaterland!“⁷ Damit bekannte sich H.P. Hanssen zu den Idealen, die die dänische Bewegung seit den 1840ern getragen haben und die er nicht zuletzt in seiner Jugend aufgenommen hatte. Es kann in der heutigen Zeit banal wirken, wäre es nicht in den 1930er Jahren gewesen, als die Demokratie in den harten Krisenjahren unter Druck von links wie rechts geriet und als gar nicht so wenige anfangen, in ihrem Glauben an die Zukunft der Volksherrschaft zu zweifeln und von starken Männern fasziniert zu werden. Im Streit zwischen der Diktatur und der Demokratie waren die Zeitgenossen nie im Zweifel darüber, wo H.P. Hanssen und seine Zeitung „Hejmdal“ standen.

1933 schloss sich der Kreis für H.P. Hanssen. Der alte Vorkämpfer der Nord-schleswiger sammelte noch einmal seine Landsleute unter seiner Führung, aber er gab auch die Fackel weiter an eine neue Generation in der nationalen Arbeit. H.P. Hanssen starb am 27. Mai 1936. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer nationalen Manifestation.

Übersetzung: Benjamin Lassiwe

Literaturauswahl

- Henrik Fangel, H.P. Hanssen – liv og virke (Sønderjysk billeder 1), Aabenraa 1988.
- Troels Fink, Hans Peter Hanssen, in: Grenzfriedenshefte 1/1959, S. 10-19.
- Ders., Da Sønderjylland blev delt 1918-1920 I-III, Aabenraa 1978-79.
- H.V. Gregersen, H.P. Hanssen og sindelagsgrænsen, in: Sønderjysk Månedsskrift 1983, S. 233-239.
- Grænsevagten 1918-20.
- H.P. Hanssen, Et Tilbageblik I-IV, København 1928-34.
- H.P. Hanssen, Fra Krigstiden I-II, København 1924.
- H.P. Hanssen, Grænsespørgsmaalet, København 1920.
- H.P. Hanssen, Fra Kampaarene. Afhandlinger og Foredrag I-II, København 1927-29.
- Birgitte Herreborg Thomsen u. Henrik Skov Kristensen (red.), Sønderjylland i 1933, Aabenraa 2010.
- H. Lausten-Thomsen (red.): Bogen om H.P. Hanssen skrevet af hans Venner, København 1948.
- M. Mackeprang, Nordslesvig 1864-1909, København 1910.
- Jacob Petersen, Skamlingsbanken 1843-1943, København 1943.

Zitatbelege

- 1 Gregersen, S. 238.
- 2 Landsarkivet Aabenraa. H.P. Hanssens arkiv, Nr. 86, Brief v. 2.11.1887.
- 3 Mackeprang, S. 204.
- 4 Hanssen, Fra Kampaarene II, S. 78.
- 5 Hanssen: Grænsespørgsmaalet, S. 50 f.
- 6 Grænsevagten, 1919-1920, S. 141.
- 7 Zit. n. Petersen, Skamlingsbanken, S. 232.

H. P. Hanssen in der deutschen Geschichtsschreibung

von PETER HOPP

Der Kieler Historiker Peter Hopp ist durch zahlreiche Arbeiten zur Grenzlandgeschichte hervorgetreten. Aufgrund seiner fachlichen Kompetenz und seiner Zweisprachigkeit genießt er in deutschen wie in dänischen Historikerkreisen seit langem hohe Anerkennung. Der vorliegende Aufsatz erschien in dänischer Sprache unter dem Titel „H. P. Hanssen i tysk perspektiv“ in Sønderjysk Månedsskrift 3/2012. Für den Abdruck in den Grenzfriedensheften wurde der Beitrag überarbeitet und an einigen Stellen erweitert.

Die Redaktion

Einleitung

H. P. Hanssens Name ist unumstößlich mit der heutigen dänisch-deutschen Grenze verbunden, die 1920 nach den Volksabstimmungen vom 10. Februar und 14. März 1920 gezogen wurde. Damit stieß er nicht überall auf Gegenliebe. In diesem Aufsatz soll untersucht werden, wie die deutsche Geschichtsschreibung in Schleswig-Holstein das politische Wirken dieses dänischen Nordschleswigers unter wechselnden geschichtspolitischen Voraussetzungen beurteilt hat und heute beurteilt.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Zeit vor den Volksabstimmungen: Mit deutsch-nationalen – oder vielleicht besser mit nationalistischen – Augen gesehen, wurde H. P. Hanssens umfassendes journalistisches, organisatorisches und politisches Wirken für die dänischen Nordschleswiger in der Zeit von 1888 bis zur Abtretung Nordschleswigs an Dänemark im Jahre 1920 mit größtem Misstrauen betrachtet. Hausdurchsuchungen, Geldbußen, Gefängnisstrafen und zahlreiche Prozesse, die im Jahre 1895 mit einer Anklage wegen Hochverrats ihren Höhepunkt erreichten, unterstreichen, wie sehr die preußisch-deutschen Behörden H. P. Hanssen in Verdacht hatten, gegen die geltenden Gesetze eine „Losreißung“ Nordschleswigs zu betreiben. Und dieses Ziel habe er verfolgt, obwohl er als Landtagsabgeordneter den Eid auf die preußische Verfassung abgelegt hatte und Mitglied des deutschen Reichstags war. Der ultranationalistische deutsche Journalist Karl Strackerjan beschuldigte ihn deswegen 1919 in hasserfülltem Ton, „seit Jahrzehnten politischen Betrug gegen den preußisch deutschen Staat und das deutsche Volk zum Vorteil der dänischen Irredenta“ begangen und einen

„Meineid gegen den König von Preußen verübt“ zu haben. Dieses Verhalten entlarve Hanssens falsches „politisches Doppelspiel“.

Es gab damals aber auch einige freisinnige deutsche Stimmen, die Respekt und Verständnis für H. P. Hanssen und für das Kulturerbe der dänischen Nordschleswiger bezeugten, ohne dass man eine Abtretung des mehrheitlich dänisch gesinnten Nordschleswigs an Dänemark wünschte. Auf diese Stimmen hat deutscherseits zuerst der Kieler Historiker Alexander Scharff in einem gedruckt vorliegenden Vortrag 1954 hingewiesen: „Deutsche Ordnungsgedanken zum volklichen Leben in Nordschleswig vor 1914.“

Geschichtsschreibung unter dem Vorzeichen der Abtretung Nordschleswigs

Doch wenden wir uns der Zeit nach 1920 zu und untersuchen, wie insbesondere deutsche schleswig-holsteinische Historiker H. P. Hanssens politisches Wirken beurteilen. Als Ausgangspunkt dient uns H. P. Hanssen selbst, der sich als Vorsitzender der „Historisk Samfund for Sønderjylland“ auf einem Jahrestreffen in Gram im Jahre 1926 lobend über „die Geschichtsarbeit, die an der Kieler Universität geleistet wird“ äußerte: „Seit der Wiedervereinigung ist eine Reihe von bedeutsamen Werken von v. Hedemann-Heespen, Professor Otto Brandt und Professor Scheel veröffentlicht worden – alles Werke von hoher wissenschaftlicher Güte und oft von einer Objektivität und Unvoreingenommenheit, wie wir sie früher auf deutscher Seite nicht wahrgenommen haben“.

Und was sagen nun diese Historiker über H. P. Hanssen? In seinem eigenwilligen und markanten Werk: „Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit“ von 1926 lobt der konservative und antipreußische Paul von Hedemann-Heespen H. P. Hanssens politisches Auftreten zusammen mit dem dänischen Historiker und Politiker Aage Friis im dramatischen Berliner Herbst 1918: „Friis war Idealist, mit Hanssen war er einig darin, nicht nur daß dem nordischen Volkstum Gerechtigkeit werden solle, sondern daß ihm nur Gerechtigkeit, keine eiderdänische Revanche werden dürfe; das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten solle dauernd vom Zankapfel entlastet werden.“ Aber von Hedemann-Heespen lehnt gleichzeitig den Versailler Vertrag ab, kritisiert die „unnatürliche Grenze“ von 1920 und missbilligt H. P. Hanssens Äußerung, die deutsche Minderheit in Nordschleswig „aufsaugen“ zu wollen. Andererseits preist von Hedemann-Heespen unverdrossen H. P. Hanssens hervorragende Persönlichkeit und politische Begabung als „unbestrittener Führer“ Nordschleswigs. Idealistisch in seinen Zielen und realistisch in seiner praktischen Vorgehensweise wird H. P. Hanssen „fast symbolisch“ als Schleswiger gehuldigt – in klarer Distanz zu Reichsdänen und Reichsdeutschen. Von Hedemann-Heespens Sympathie gilt dem ganzen Schleswig als Einheit. Deshalb haben wir es im Falle von H. P. Hanssen nach

Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit

Von

Paul v. Hedemann-Heespen

Verlag Walter O. Mühlau / Kiel

Abb. 1
Titelseite des 1926 erschienenen Werkes
von Paul von Hedemann-Heespen
„Die Herzogtümer Schleswig-Holstein
und die Neuzeit“

seiner Auffassung mit einem wahren Schleswiger zu tun, wenn nicht „das Übergangsjahrhundert der Verzerrung und Übertreibung“ H. P. Hanssen zu einer fast tragischen Symbolfigur der Teilung Schleswigs gemacht hätte. Und als Dank zeige Dänemark ihm die kalte Schulter.

Ein Klassiker der nationalen schleswig-holsteinischen Geschichtsschreibung wurde Otto Brandts kurzgefasste „Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß“, die bereits 1925 erschien und bis 1981 acht Auflagen erreichte, wobei Wilhelm Klüver schon ab der dritten Auflage (1935) für den 1935 verstorbenen Otto Brandt die Überarbeitung und Verbesserung des Werkes verantwortlich übernahm. 1972 gab Wilhelm Klüver für die Zeit ab 1866 zudem eine „erweiterte Sonderausgabe“ von Brandts Grundriss heraus.

In der ersten Auflage betonte Otto Brandt sein „Bemühen, strenge Sachlichkeit und abgewogenes Urteil, beides auf wissenschaftlicher Grundlage, in diesem Handbuch festzuhalten“. Leider erfahren wir in diesem Werk nicht viel über H. P. Hanssen. Es wird kurz auf Hanssens Funktion als Sekretär der „Wählerversammlung für Nordschleswig“, auf seine Zeitung „Hejmdal“ und auf seine Mitgliedschaft im deutschen Reichstag hingewiesen. Dabei wird deutlich erwähnt, dass er damals „zusammen mit Gustav Johannsen am rühmlichsten für die Losreißung Nordschleswigs von Deutschland arbeitete“. Für Brandt – und später auch für



Abb. 2
Titelseite der 1925 in erster Auflage erschienenen „Geschichte Schleswig-Holsteins“ von Otto Brandt

Klüver – bleibt der deutsche „Verlust“ Nordschleswigs ein tief empfundenes Unrecht, ungeachtet der Tatsache, dass die Nordschleswig-Frage letztlich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker nachhaltig gelöst wurde. Erst in späteren Auflagen, z. B. 1976, wird H. P. Hanssens grenzpolitische Tätigkeit etwas moderater dargestellt, obgleich die Verwendung des Begriffes „Losreißung“ keinen grundsätzlichen Wandel in der Beurteilung Hanssens erkennen lässt. Er wird nun als „hervorragender, zielstrebigem Organisator“ charakterisiert, der „fhrig und geschickt für die Losreißung Nordschleswigs von Deutschland arbeitete“.

Der Plan der Kieler Historiker Volquart Pauls und Otto Scheel, eine umfassende schleswig-holsteinische Geschichte herauszugeben, strandete, das Werk blieb ein Torso. Scheel sollte u. a. den Band 5 (1867-1914) schreiben, aber daraus wurde nichts. Ein anderer Historiker aus Kiel, Christian Degn, hat 1984 in einem lesenswerten Aufsatz: „Geschichtsschreibung in Schleswig-Holstein, Ausdruck ihrer Zeit“ dem in Nordschleswig geborenen Otto Scheel „Verständnis und Sympathie auch für die dänischen Landsleute“ nachgesagt. Allerdings muss betont werden, dass Scheel gar nicht bereit war, den „Verlust“ Nordschleswigs im Jahre 1920 hinzunehmen. Trotz seines Gefallens an einer nordisch-deutschen Zusammenarbeit beabsichtigte er, nach 1920 jedes Jahr einmal nach Nordschleswig zu

kommen, um „den Pfahl im Fleische Dänemarks umzukehren“. Dies hatte er im Herbst 1921 dem deutschen nordschleswigschen Minderheitenführer Johannes Schmidt-Wodder versprochen. Später, im Frühsommer 1931, meinte er jedoch, dass solche Bemerkungen einem besseren dänisch-deutschen Verhältnis wenig dienlich seien.

Der nationalkonservative deutsche Historiker Karl Alnor, der für Pauls' und Scheels Landesgeschichte als Mitarbeiter vorgesehen war, hat in seinem umfangreichen „Handbuch zur schleswigschen Frage“ (Band II 1926-1929, Band III 1939) H. P. Hanssens politisches Auftreten in der Abstimmungszeit 1918-1920 häufig stark gescholten. H. P. Hanssen, so Alnor insgesamt, habe im entscheidenden Herbst 1918 eine taktisch listige „Meisterleistung“ vollbracht, indem er den Friedensvertrag von Prag (1866), d. h. den Vorbehalt des Artikels fünf, im dänischen Sprachgebrauch kurz Paragraph 5, das Stockholmer Manifest (1917) und das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Wilson (1918) zu einem Selbstbestimmungscocktail gemischt habe, der eine Abtretung Nordschleswigs an Dänemark aufgrund des Versailler Vertrages ohne ein direktes dänisch-deutsches Abkommen ermöglichte.

Karl Alnor hatte auch gute Kontakte zu Schmidt-Wodder, dessen nationalkonservative deutsche Minderheitenpolitik und Grenzrevisionsforderung er unterstützte. 1929 veröffentlichte Alnor eine Biographie über Schmidt-Wodders damaliges politisches Lebenswerk. Im Schlussteil des Buches stellte Alnor H. P. Hanssen Schmidt-Wodder gegenüber. Es konnte nicht überraschen, dass H. P. Hanssen in jeder Hinsicht den Kürzeren zog, wenn er in diesem einseitigen Vergleich, den Alnor bot, an dem „guten“ Schmidt-Wodder gemessen wurde. Nicht alle Vergleichspunkte können hier aufgezählt werden: Hanssen habe treulos den heimatischen Hof verlassen, um entschlossen eine politische Karriere zu starten. Er sei ein bekannter Organisator und Exponent einer ganzen Volksbewegung geworden, deren Zusammenhalt in der Stunde des Triumphes, d. h. der „Wiedervereinigung“ Nordschleswigs mit Dänemark, zerbrochen sei. Als Reichstagsabgeordneter in Berlin habe er sich anmaßend in innerdeutsche parteipolitische Debatten eingemischt. Er sei raffiniert und unredlich gegenüber Deutschland aufgetreten, um die „Losreißung“ Nordschleswigs zu erreichen, was sein Lebensziel gewesen sei. Zur Absicherung der Grenze von 1920 trachte er danach, die deutsche Minderheit „aufzusaugen“.

Schmidt-Wodder billigte im Wesentlichen Alnors negatives Bild von H. P. Hanssen. Im Übrigen kannte Schmidt Alnors Manuskript recht gut und steuerte Korrekturen und Informationen zum Inhalt des Buches bei. Allerdings konnte er sich doch nicht ganz des Gefühls erwehren, dass es sich hier um einen tendenziösen Vergleich zwischen ihm und H. P. Hanssen handelte. Aber das Buch lag nun unwiderruflich der Öffentlichkeit vor.



Abb. 3
H.P. Hanssen (1862-1936).
Nach einem Gemälde von
N.V. Dorph (1923) auf
Schloss Frederiksborg

Ausführlicher über die Haltungen Paul von Hedemann-Heespens, Otto Brandts, Otto Scheels und Karl Alnors im Nationalitätenkampf kann man sich im beachtenswerten Aufsatz des Kieler Historikers Manfred Jessen-Klingenberg informieren, der zuerst 1996 erschien, dann 1997 in den „Grenzfriedensheften“ und schließlich 1998 in der Festschrift für Manfred Jessen-Klingenberg abgedruckt wurde: „Schleswig-Holsteins Geschichtsschreibung und das Nationalitätenproblem in Schleswig von 1864 bis 1940.“

Obwohl H.P. Hanssen nach der „Wiedervereinigung“ keine größere Rolle in der dänischen Politik spielte, genoss er doch große Autorität, nicht zuletzt auch in deutschen Kreisen. Die deutschen Behörden, insbesondere das Auswärtige Amt und die deutschen Repräsentanten in Dänemark, verfolgten genau, wie H.P. Hanssen in den verschiedenen Krisen reagierte, die Nordschleswig nach 1920 durchstehen musste, z. B. das Ringen um die Minderheitenordnung, den Bodenkampf einschließlich verschiedener ökonomischer Krisen der Landwirtschaft, die Grenzrevisionsforderung der deutschen Nordschleswiger und schließlich den sogenannten Ostersturm durch die Grenzagitazione lokaler schleswig-holsteinischer Nationalsozialisten. Insgesamt fehlen aber noch historische Untersuchungen, die genauer die deutschen Reaktionen auf die Rolle H.P. Hanssens in diesen Zusammenhängen beleuchten.

1936 bescheinigte Schmidt-Wodder in einem Nachruf zum Tode H. P. Hanssens diesem „Größe in allem, was er aus warmen Herzen für sein Volk tat“. Dies habe ihn ganz natürlich in Opposition zum deutschen Volk gebracht. Obwohl Schmidt zu einigen überzeugten Dänen ein „Vertrauensverhältnis“ habe, sei kein vertrauter Kontakt zwischen ihm und H. P. Hanssen entstanden, weil es Hanssen nach Schmidt-Wodders Meinung „nicht am Herzen lag“, einen „ritterlichen Ausgleich zwischen den zwei Völkern herzustellen“.

Geschichtsschreibung unter den Vorzeichen nationaler Entspannung

Im Jahre 1958 wurde der Traum von einer „großen“ schleswig-holsteinischen Geschichte zu neuem Leben erweckt. Dieses Werk ist bis zu dem heutigen Tage zwar noch nicht vollendet, aber 1995 veröffentlichte der Kieler Historiker Erich Hoffmann – als Teillieferung zu diesem Gesamtwerk – seine anregende Darstellung „Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867-1914.“ Darin nahm er ausführlich Stellung zu H. P. Hanssens politischer Leistung und Bedeutung in diesem Zeitabschnitt – und indirekt auch darüber hinaus. Hoffmann liefert viele Einzelheiten zu H. P. Hanssens Wirken und Leben, so wie man sie in der dritten Auflage des „Dansk Biografisk Leksikon“ (1980, Band 5) nachlesen kann. Wichtig ist es für Hoffmann hervorzuheben, dass die dänische nordschleswigsche Bewegung, die sich seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelte, einen politisch hochbegabten Führer wie H. P. Hanssen bekam, der hervorragend die dänischen Nordschleswiger lenkte und organisierte. Geduldig, beharrlich und zuversichtlich habe er sein Wunschziel verfolgt, eine Volksabstimmung, die Nordschleswig mit Dänemark vereinigen sollte. Dabei habe er eine Art Doppelstrategie verfolgt: Auf der einen Seite die tägliche nationale Arbeit, ein realistisches Streben nach dem Machbaren, ein Netzwerk von legalen Organisationen als fester nationaler Rahmen und auf der anderen Seite das Fernziel, eine „Wiedervereinigung“ mit Dänemark, die friedlich und mutig verwirklicht werden sollte. Auf diese Weise sei im dänischen Lager im preußisch-deutschen Staat keine nationale Hoffnungslosigkeit aufgekommen.

Hoffmann stimmt ganz und gar dem dänischen Historiker Troels Fink zu, wenn gesagt wird, dass H. P. Hanssens außerordentliche Bedeutung in seiner meisterlichen Fähigkeit lag, den inneren Zusammenhalt in den dänischen Reihen zu stärken. Aber Hoffmann zitiert auch den einflussreichen deutsch gesinnten Grenzlandpolitiker und Journalisten Ernst Schröder, wenn er H. P. Hanssens Wirken beurteilt. Und von Schröder erntete H. P. Hanssen nicht nur Lob. Schröder betrachtete Hanssen 1921 als den „gefährlichsten Gegner des Deutschtums“, weil er durch sein kluges Auftreten als Realpolitiker nur nach dem politisch Möglichen gestrebt und gewusst habe, dass seine dänischen

nordschleswigschen Landsleute, die sich „raffiniert“ der damals herrschenden politischen Situation angepasst hätten, wie ein fester Block hinter ihm standen. Und diese dänische „volkstümliche Bewegung“ kannte keinen „Klassenunterschied“, meinte Schröder.

Aber man muss Schröders Äußerungen näher in Augenschein nehmen. Sie sind einem Artikel entnommen, den er 1921 verfasste und den er zusammen mit anderen Aufsätzen aus verschiedenen Jahren 1938 veröffentlichte: „Schleswig – ein Grenzland.“ Es ist auch wichtig zu wissen, dass Schröder in seinen einführenden Bemerkungen betont, dass diese Artikel „nicht den Anspruch erheben, als historische Arbeiten bewertet zu werden, als Produkte überzeitlichen Wertes“. Sie seien vielmehr politische Tageskommentare und um eine eigene „nationale Verantwortung“ bemüht – wenn auch mit „Achtung“ vor dem „nationalen Gegner“. In Schröders Aufsatzsammlung findet man u. a. H. P. Hanssens Vernehmungsprotokolle von 1895. Hier und dort stößt man auch auf Schröders deutliche Ablehnung der Grenzziehung von 1920, die H. P. Hanssen kompromisslos verteidigte. Und man spürt Schröders Abneigung, wenn Hanssens Äußerung vom „Aufsaugen“ der deutschen Minderheit vorgetragen wird. Ernst Schröders Haltung gegenüber H. P. Hanssen ähnelt sehr der von Schmidt-Wodder, zu dem Schröder bis 1933 ein gutes politisches Verhältnis hatte. 1933 passte sich Schröder geschickt der nationalsozialistischen Konjunktur an, und in diesen Zusammenhang ist auch seine Publikation von 1938 einzuordnen, die seine persönliche Auswahl von Aufsätzen repräsentiert. Manches deutet darauf hin, dass Schröder die dänische nordschleswigsche „Volksgemeinschaft“ in der preußisch-deutschen Zeit – mit H. P. Hanssen als hervorragendem Führer – als eine Art Vorbild für eine ähnliche Entwicklung innerhalb der deutsch gesinnten Bevölkerung nördlich und südlich der Grenze von 1920 betrachtete. Ein Lieblingsgedanke Schröders war nämlich folgender: Keine demokratischen parteipolitischen Streitigkeiten, aber eine deutsche „Volksgemeinschaft“ mit einem starken „Führer“ im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Aber ein derartiger Vergleich mit der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ wäre ein grobes Missverständnis der demokratischen volklichen dänischen Bewegung in Nordschleswig bis 1914 mit H. P. Hanssen als dem hervorstechenden Organisator.

Auch wenn Hoffmanns Rückgriff auf Ernst Schröder bei genauerer Quellenbetrachtung sehr problematisch erscheint, ist seine Einschätzung des politischen Wirkens von H. P. Hanssen ein vielversprechender Ausgangspunkt für eine gründliche Analyse der Bedeutung dieses Politikers. Schließlich soll nicht vergessen werden, dass Hoffmanns Darstellung von zwei Portraits auf den Umschlagseiten eingerahmt wird: H. P. Hanssen auf der Vorderseite und Johannes Tiedje auf der Rückseite. Hanssen symbolisiert wohl die dänische Minderheitenpolitik mit dem Ziel der zukünftigen Abtretung Nordschleswigs an Dänemark (Clausen-

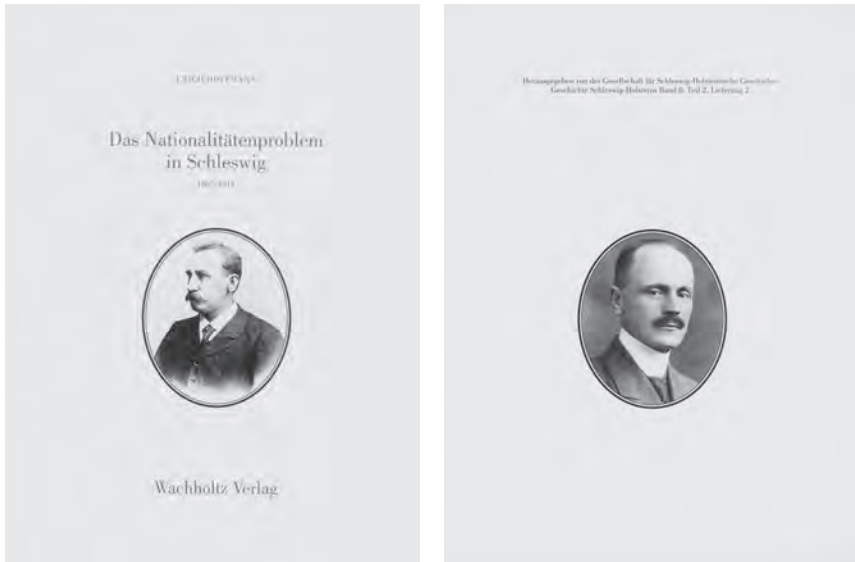


Abb. 4 Publikation von Erich Hoffmann (1995) über „Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867-1914“. Auf der Vorderseite des Umschlags H.P. Hanssen, ca. 1900, auf der Rückseite Johannes Tiedje, ca. 1919/20

Linie). Tiedje steht für eine scharfe Kritik an der preußischen Minderheitenpolitik in Nordschleswig vor 1914 und später für eine „moderate“ Grenzrevision (Tiedje-Linie). Damals waren beide jedenfalls Hauptakteure in der Geschichte Schleswigs – mit H.P. Hanssen auf dem vordersten Rang.

Die bereits erwähnte „große“ Geschichte Schleswig-Holsteins kann leider noch keine Darstellungen für die Zeit von 1914 bis 1945 anbieten. Es sei jedoch auf ein neueres, kürzeres schleswig-holsteinisches Geschichtswerk verwiesen: Die „Jahrhundert-Story“ von Uwe Danker (1999, Band 2) charakterisiert H.P. Hanssens Auftreten im revolutionären Herbst 1918 als „weitsichtig“, „klug“, „gemäßigt“ und mit politischem Instinkt für das damals Mögliche – auch in Opposition zu den dänischen Kreisen, die eine südlichere Grenzlinie verlangten. Eine solche Einschätzung Hanssens wurde deutscherseits erstmals 1970 durch den Historiker Jörn-Peter Leppien aus der Schule des Kieler Landeshistorikers Alexander Scharff in den „Grenzfriedensheften“ vertreten. In einem Aufsatz zum 100. Geburtstag des dänischen Historikers und Politikers Aage Friis hob Leppien dessen enges Zusammenwirken mit H.P. Hanssen beim Zustandekommen einer politisch tragfähigen Lösung der Schleswig-Frage hervor.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass H.P. Hanssen am 9. Novem-

ber 1918 ganz unmittelbarer Zeitzeuge auf dem Lesesaal-Balkon des Berliner Reichstagsgebäudes war, als der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann gegen 14.00 Uhr die „deutsche Republik“ ausrief. Die Anwesenheit Hanssens ist umso bemerkenswerter, als er durch seine Tagebuchaufzeichnungen dazu beigetragen hat, den authentischen Text der Scheidemann-Proklamation aufzuzeigen. Diesen Vorgang hat Manfred Jessen-Klingenberg 1968 in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ aufgedeckt.

Dass der dänische Historiker Troels Fink bereits Ende der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts H. P. Hanssen einer deutschen Leserschaft umfassend vorgestellt hat, belegen Finks durchdachte „Geschichte des schleswigschen Grenzlandes“ (1958) und sein 1959 in den „Grenzfriedensheften“ erschienener Aufsatz „Hans Peter Hanssen.“ Während die „Grenzfriedenshefte“ in den 50er Jahren und weit darüber hinaus eine Pionierstellung im deutsch-dänischen Dialog einnahmen, ist es heute in deutschen Publikationen oft geübte Praxis, dänische Historiker zur Darstellung von Themen der gemeinsamen Geschichte heranzuziehen. Erst recht in den „Grenzfriedensheften“ vermag es nicht zu überraschen, dass in der vorliegenden Ausgabe die Würdigung zum 150. Geburtstag H. P. Hanssens von einem dänischen Historiker, nämlich Hans Schultz Hansen, stammt.

In der von Ulrich Lange herausgegebenen beachtenswerten „Geschichte Schleswig-Holsteins“ (2003, 2. Auflage) wird H. P. Hanssen im Kapitel über den „Dänischen Vereinsnationalismus 1880-1914“ als der erste „moderne Minderheitenpolitiker“ in Schleswig beschrieben, der realpolitisch im preußischen Landtag und deutschen Reichstag auftrat. Er habe die staatsbürgerlichen Rechte genutzt, um die dänischen Nordschleswiger in kulturellen, ökonomischen und politischen Organisationen zu sammeln. Dieses Kapitel in der deutschen „Geschichte Schleswig-Holsteins“ wurde durch den bereits genannten dänischen Historiker Hans Schultz Hansen gekonnt verfasst. Er ist auch verantwortlich für die kurze Biographie Hanssens im „Neuen Schleswig-Holstein Lexikon“ (2006, 2. Auflage) und in dem neuen dänischen Lexikon: „Sønderjylland A-Å“ (2011). Entsprechend wird H. P. Hanssen in diesen Lexika als „moderner Minderheitenpolitiker“ geschildert, der sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berief und entschlossen nach 1920 gegen jedes Grenzrevisionsbestreben und gegen den Nationalsozialismus kämpfte. – Im „Schleswig-Holsteinischen Biographischen Lexikon“, von dem seit 1970 13 Bände erschienen sind, findet man leider bis heute keine Biographie zu H. P. Hanssen.

Was die Verteidigung der Grenze betrifft, so haben der dänische Historiker Carsten Mogensen und der Verfasser dieses Aufsatzes 1983 in einem dänisch-deutschen Quellenheft zum sog. Ostersturm 1933 u. a. H. P. Hanssens unbeugsamen Kampf für die Grenze von 1920 dokumentiert, an der hiesige schleswig-holsteinische Nationalsozialisten lauthals rüttelten. In einem kürzeren Artikel hat

der deutsche Historiker Frank Lüttmann in den „Grenzfriedensheften“ 2004 in einer Analyse der nordschleswigschen Presse während des Ostersturmes H. P. Hanssens journalistisches Eingreifen als etwas zu nervös mit einer Tendenz zur Überreaktion dargestellt.

Fazit

In den Jahren nach der Abtretung Nordschleswigs sind die Meinungen der deutschen Historiker über H. P. Hanssen zwiespältig: Einerseits würdigt man sein kluges, unermüdliches, mutiges, realpolitisches Wirken für die dänischen Nordschleswiger im preußisch-deutschen Staat, andererseits wirft man ihm vor, Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg ausgenutzt und Nordschleswig aus den Händen der Siegermächte entgegengenommen zu haben – ohne ein direktes Abkommen mit Deutschland. Dies wurde von deutschen nationalen Historikern als unlautere Anwendung des Selbstbestimmungsrechts aufgefasst. – Paul von Hedemann-Heespens eigenwillige Einschätzung H. P. Hanssen als „symbolischen“ Gesamtschleswiger, der dem „kranken“ Zeitgeist nachgeben musste und somit die Teilung Schleswigs betrieb, nimmt hier eine Sonderstellung ein.

Auch wenn sich die alte Auffassung über H. P. Hanssen, in abgeschwächter Form, z. B. im Handbuch von Brandt / Klüver noch lange erhalten hat, bleibt festzuhalten: Die jüngere deutsche Geschichtsschreibung – das mag auch an den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 liegen – würdigt die Volksabstimmungen von 1920 als realpolitisch sinnvolle, zukunftssträchtige Lösung der Schleswig-Frage. Die deutschen Historiker äußern sich wie ihre dänischen Kollegen mit großem Respekt über H. P. Hanssens kluges und maßvolles politisches Handeln auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker im entscheidenden Herbst 1918 und loben ihn ganz überwiegend als modernen Minderheitenpolitiker.

Literaturhinweise

- Karl Alnor, Handbuch zur schleswigschen Frage, Bd. II, Neumünster 1926-29, Bd. III, Neumünster 1939.
- Ders., Johannes Schmidt-Wodder. Ein Beitrag zur Geschichte Nordschleswigs und zur Entwicklung des Verhältnisses von Volk und Staat, Neumünster 1929.
- Otto Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, Kiel 1925-1981, ab 1935 verantwortliche Überarbeitung von Wilhelm Klüver – dazu: Wilhelm Klüver, Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866, Grundzüge und Hauptdaten, Kiel 1972.
- Uwe Danker, Die Jahrhundert-Story, Bd. 2, Flensburg 1999.
- Dansk Biografisk Leksikon, Bd. 5, København 1980.

- Christian Degn, Geschichtsschreibung in Schleswig-Holstein – Ausdruck ihrer Zeit, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 109, 1984, S. 11-34.
- Troels Fink, Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, København 1958.
- Ders., Hans Peter Hanssen, in: Grenzfriedenshefte, 1959, S. 10-19.
- Paul von Hedemann-Heespen, Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit, Kiel 1926.
- Erich Hoffmann, Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867-1914 (Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, Teil 2, Lieferung 2), Neumünster 1995.
- Peter Hopp und Carsten Mogensen, Ostersturm/Påskeblæsten 1933 (Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion II – Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie II), Flensburg 1983.
- Manfred Jessen-Klingenberg, Schleswig-Holsteins Geschichtsschreibung und das Nationalitätenproblem in Schleswig von 1864 bis 1940, in: Westfälische Forschungen 46/1996, S. 210-231, in: Grenzfriedenshefte, 1997, S. 165-192, in: Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. von Reimer Hansen und Jörn-Peter Leppien (Veröffentlichungen des Beirates für Geschichte/Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein, Bd. 20), Malente 1998, S. 217-242.
- Ders., Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1968, S. 649-656.
- Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins – von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 2003, 2. Auflage (1996, 1. Auflage).
- H. Lausten-Thomsen, H. P. Hanssen og Historisk Samfund for Sønderjylland, in: Sønderjydske Aarbøger, 1937, S. 161-167.
- Jörn-Peter Leppien, Aage Friis und das dänisch-deutsche Verhältnis. Zum 100. Geburtstag des dänischen Historikers und Politikers am 16. August 1970, in: Grenzfriedenshefte, 1970, S. 94-101.
- Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt und Ortwin Pelc (Hg.), Das Neue Schleswig-Holstein Lexikon, Neumünster 2006, 2. Auflage (2000, 1. Auflage).
- Frank Lüttmann, Der „Ostersturm“ von 1933. Der publizistische Krieg der nordschleswigschen Presse, in: Grenzfriedenshefte, 2004, S. 179-192.
- Alexander Scharff, Deutsche Ordnungsgedanken zum volklichen Leben in Nordschleswig vor 1914, in: Flensburger Tage 1954. Ansprache und Vorträge, Flensburg 1954. Erneut abgedruckt in: Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze von Alexander Scharff, hrsg. v. Manfred Jessen-Klingenberg (Kieler Historische Studien, Bd. 6), Stuttgart 1969, S. 251-271.
- Johannes Schmidt-Wodder, Zum Tode H. P. Hanssens, in: Nordschleswigsche Zeitung, 28.5.1936 (Schmidt-Wodders Nachlass befindet sich zum Großteil im Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 399.71).
- Ernst Schröder, Schleswig – ein Grenzland. Aufsätze aus zwei Jahrzehnten mit einer Einführung, Flensburg 1938.
- Karl Strackerjan, Dänische Beutepolitik. Der Minister für Schleswig und sein Herr. Eine deutsche Abrechnung, Kiel 1919.
- Sønderjylland A-Å, Aabenraa 2011.

Volksabstimmungen in Europa 1920/1921

Plakate als Mittel der Agitation

von NINA JEBSEN

Die Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit 1920 war ein zentrales Ereignis in der Geschichte der schleswigschen Region, wurde seinerzeit doch die deutsch-dänische Staatsgrenze dauerhaft festgelegt. Allerdings war dieses Plebiszit bei weitem nicht das einzige seiner Art im Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Auch für andere national umstrittene Grenzgebiete sahen die Pariser Vorortverträge Abstimmungen über die Staatszugehörigkeit vor. Mit diesen setzt sich die Europäische Ethnologin Nina Jepsen in ihrem Dissertationsprojekt an der Syddansk Universitet (Sonderburg) auseinander.¹ Im folgenden Beitrag führt sie in die Thematik ein und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Agitation in den Abstimmungswahlkämpfen auf. Einige dabei eingesetzte Plakate sind in der neu gestalteten Ausstellung im Sonderburger Schloss zu sehen, an der Nina Jepsen mitgewirkt und zu der sie auch den begleitenden Bildband erarbeitet hat.

Die Redaktion

Einleitung

Nachdem der Erste Weltkrieg für Deutschland und Österreich-Ungarn verloren war und beide Staaten bereits Gebietsverluste zu akzeptieren hatten, änderte sich die politische Landkarte Europas erheblich. Bisherige Großmächte brachen zusammen, und Staaten entstanden neu oder wurden in ihrer territorialen Form verändert. Bereits 1918 hatte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson die Umsetzung eines nationalen Selbstbestimmungsrechtes gefordert, das den Frieden in Europa langfristig sichern sollte.² Diese Forderung sollte auch Eingang in die politischen Verhandlungen des Versailler Friedensvertrages finden, die ab Januar 1919 stattfanden. Dabei ging es vor allem um Fragen der Neuordnung von Grenzverläufen zwischen bereits etablierten und neu entstandenen Staaten. Für die neu entstandenen ebenso wie für einige in ihren Territorien veränderte Staaten waren die Grenzverläufe nach wie vor nicht eindeutig geregelt, deswegen sollten nach Verhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland bzw. Österreich Volksabstimmungen zur endgültigen Klärung dieser Territorialfragen durchgeführt werden.

Zwischen dem 10. Februar 1920 und dem 16. Dezember 1921 fanden in fünf europäischen Grenzregionen Volksabstimmungen statt, die alle unter Aufsicht internationaler Kommissionen standen.³ Bei diesen Regionen (Abb. 1) handelte es sich um Schleswig (Deutschland-Dänemark), Teile Ost- und Westpreußens um die Bezirkshauptstädte Marienwerder und Allenstein (Deutschland-Polen), Oberschlesien (Deutschland-Polen), Kärnten (Österreich-Slowenien/Jugoslawien) und Burgenland (Österreich-Ungarn). Ziel des Dissertationsprojektes ist es, die Abstimmungen in den fünf betroffenen Regionen miteinander zu vergleichen. Im vorliegenden Beitrag geht es um eine knappe Darstellung der Abstimmungsgebiete – Bedingungen und Ergebnisse und vor allem um eine Analyse von Abstimmungsplakaten als Mittel der Agitation, wobei die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der nationalen und regionalen Identitätskonstruktionen herausgearbeitet werden sollen.⁴

Propaganda und Identität

Da der Propagandabegriff eine mit sehr verschiedenen Konnotationen verbundene Geschichte⁵ hat, soll hier kurz erläutert werden, welche Definition des Begriffes Propaganda dem Projekt zu Grunde liegt. Trotz verschiedener Kontextualisierungen des Begriffes Propaganda steckt hinter dem Konzept immer eine Idee von persuasiver Kommunikation in politischen Auseinandersetzungen und bei der Verteilung von Macht. Dabei greift Propaganda meist bereits existierende Inhalte, Diskurse und Kommunikationsformen auf und nutzt diese für sich und ihre Ziele. Propaganda wird hier als Technik der Verhaltensvorgabe verstanden, die Realitäts- und Wahrnehmungsänderungen bewirken will. Sehr häufig geht Propaganda von einem politischen System bzw. konkurrierenden politischen Systemen aus, in denen es das Ziel jeder Seite ist, Macht zu erhalten oder diese hinzuzugewinnen. Im vorliegenden Fall ist dies natürlich sehr stark mit einem territorialen Gebietsanspruch jeder beteiligten Nation verbunden. Deswegen arbeitet Propaganda sehr häufig mit klaren und deutlichen Dichotomien, um den gewählten Standpunkt möglichst erfolgreich auf das Publikum zu übertragen. Die in den Abstimmungsgebieten eingesetzte Propaganda zielte bei der Verknüpfung von Text und Bild darauf ab, Einstellungen und Verhalten der Rezipienten miteinander zu verbinden und „richtige“ Handlungsoptionen (also die „richtige“ Wahl) aufzuzeigen. Da in allen fünf Volksabstimmungen von 1920/21 dem jeweiligen Staat der dauerhafte Verlust eines geographischen Territoriums drohte, wurden in der Propaganda verstärkt nationale und regionale Eigenarten und Eigenschaften als eine einende Klammer der Bewohner der Abstimmungsgebiete betont. Durch die Konstruktion einer kulturellen Zugehörigkeit des jeweiligen Abstimmungsgebietes wurde von den jeweiligen Akteuren versucht, einen

nationalen Gebietsanspruch mit Hilfe von Propagandamaterial zu legitimieren und durchzusetzen.

Um die von der Propaganda vermittelten Besitzansprüche durchzusetzen, wiesen die Akteure der einzelnen Propagandaorganisationen in den einzelnen Gebieten also auf verschiedene Elemente der Identitätskonstruktion. Im Folgenden wird besonders auf nationale Identitätskonstruktionsprozesse⁶ Bezug genommen, da die Nation in der Propaganda immer auch als Mittel der Inklusion und Exklusion verstanden wurde. Dies bedeutet in der Weiterführung des Gedankenganges, dass der Nation bestimmte Funktionen wie Stabilität, Orientierung und Sicherheit nach innen und im Gegenzug nach außen Abgrenzung von dem Anderen – oft dem Fremden – zugemessen wurden. Das heißt aber nicht, dass im Selbstbild einer Nation alle nationalen Kulturen als gleichwertig angesehen wurden. Die eigene Nation wurde häufig als Mittel zur politischen Diffamierung und Abgrenzung von einer anderen Nation benutzt. Dabei erfolgte bei der Konstruktion einer nationalen Identität häufig ein Rückgriff auf eine angenommene historische Kontinuität und eine gewachsene Zugehörigkeit.

Auch wenn der ethnische Ursprung einer Nation in der heutigen Forschung größtenteils verworfen wird, hält beispielsweise Anthony D. Smith⁷ an der Idee fest, dass ethnische Identitäten und Gemeinschaften die Grundlagen zur Schaffung und zum Überdauern einer Nation seien. Um innerhalb einer Nation Solidarität schaffen zu können, würden vor allem gemeinsame Symbole, Mythen und Erinnerungen (Narrationen) benötigt, die Stabilität bringen. Dazu gehört auch die Berufung auf eine gemeinsame Ethnie, die für sich bestimmte Gemeinsamkeiten definiert hat. Erst durch die Anerkennung einer gemeinsamen Ethnie (eine Gruppe von Menschen, die die gleiche Kultur teilen) könne eine Nation existieren und fortbestehen. Besondere Wichtigkeit komme dabei der eigenen Nationalsprache zu, die ein Gemeinschaftsgefühl herstellen und die Teilhabe an öffentlichen Diskursen ermöglichen solle.⁸ Aus diesen Gründen wird auf die Sprache und die vermeintliche Volkszugehörigkeit auch besonders häufig in der Propaganda verwiesen.

Die Abstimmungen in Schleswig

Die Abstimmungsregion Schleswig hat bekanntlich eine wechselvolle Geschichte um die Zugehörigkeit zu Dänemark und Deutschland hinter sich. Im zweiten deutsch-dänischen Krieg (1864) hatte Dänemark beide Herzogtümer verloren, die 1867 Preußen eingegliedert wurden.⁹ Eine Teilung des sprachlich und national gemischten Schleswig durch Abstimmung war sowohl im Zuge des Bürgerkrieges von 1848-50 als auch in den Londoner Friedensverhandlungen 1864 erwogen worden, ließ sich seinerzeit allerdings nicht durchsetzen. Auch die „Nord-

schleswig-Klausel“ (§ 5) des Prager Friedens¹⁰ von 1866 sah eine Abstimmung der Bewohner der nördlichen Teile Schlesiens über ihre Zugehörigkeit zu Dänemark vor. Diese Klausel wurde aber letztendlich 1878 durch einen preußisch-österreichischen Vertrag aufgehoben.

Die Abstimmungen in Schleswig wurden auf der Friedenskonferenz in Paris ausgehandelt und in den Artikeln 109 bis 114 des Vertrags von Versailles festgelegt.¹¹ Die Abstimmungsregularien bestimmten zwei verschiedene Zonen: Die erste Zone sollte en bloc abstimmen, während danach in der zweiten Zone gemeindeweise abgestimmt werden sollte. Am 10. Februar 1920 wurde in der ersten Zone abgestimmt und die dänische Seite erhielt 75.431 (74,2 Prozent) Stimmen¹², während für Deutschland nur 25.329 (24,9 Prozent) Wahlberechtigte votierten. Während das Ergebnis der ersten Zone durch die Wahlregularien bereits vorher abzusehen war, wurde die zweite Zone wegen des Prinzips der gemeindeweisen Abstimmung, die zu lokalen Grenzkorrekturen hätte führen können, hart umkämpft. Insbesondere die bei weitem größte Stadt der Region, Flensburg, war die große Unbekannte: 1867 noch mit einer dänischen Mehrheit, hofften viele Dänen auf einen Anschluss der Stadt ans Königreich. Am 14. März 1920 wurde in der zweiten Zone abgestimmt, und es gab 51.724 (80 Prozent) Stimmen für Deutschland¹³ und 12.800 (19,8 Prozent) für Dänemark. Auch in Flensburg stimmten gut 75 Prozent für Deutschland. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 90 Prozent.¹⁴ So wurde die erste Zone ein Teil Dänemarks, während die zweite Zone bei Deutschland verblieb. Die offizielle Verlautbarung über den neuen Grenzverlauf erging am 15. Juni 1920 an beide Staaten.

Die Abstimmungen in Ost- und Westpreußen

Am 11. Juli 1920 fanden in weiten Teilen der Regierungsbezirke Allenstein (Provinz Ostpreußen) und Marienwerder (Provinz Westpreußen) Abstimmungen statt. In den Artikeln 94 bis 98 des Versailler Vertrages wurde beschlossen, in mehreren bisher deutschen Kreisen darüber zu entscheiden, ob sie zu Polen oder zur deutschen Provinz Ostpreußen gehören sollten.¹⁵ Bereits vorher war festgelegt worden, dass der neu entstandene polnische Staat einen freien Zugang zur Ostsee und daher den größten Teil der preußischen Provinz Westpreußen erhalten sollte.¹⁶ Dadurch entstand aus deutscher Sicht der „polnische Korridor“, durch welchen Ostpreußen seine direkte Landverbindung zum übrigen Deutschen Reich verlor. In den Bezirken Marienwerder (polnisch Kwidzyn) und Allenstein (polnisch Olsztyn) entfielen bei der Abstimmung 102.822 (97,86 Prozent) der Stimmen auf Ostpreußen (also das Deutsche Reich) und 2.248 (2,14 Prozent) von 105.071 insgesamt abgegebenen Stimmen auf Polen. Die Wahlbeteiligung lag im Bezirk Allenstein bei ca. 87 Prozent, im Bezirk Marienwerder bei 84 Prozent.



Abb. 1 Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg

Die Abstimmung in Kärnten

Hart umkämpft war die Situation im Abstimmungsgebiet Kärnten, wo die Zugehörigkeit zu Österreich oder dem neu gegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Jugoslawien) zur Wahl stand. Der neue Staat, oft als „SHS-Staat“ abgekürzt, bestand aus den bisher eigenständigen Staaten Serbien (mit dem heutigen Kosovo und Mazedonien) und Montenegro samt den bereits von der untergegangenen österreich-ungarischen „k.u.k.“-Monarchie abgetrennten Gebieten Bosnien-Herzegowina, Woiwodina, den überwiegend kroatischsprachigen Ländern (Dalmatien, Alt-Kroatien, Slawonien), dem Herzogtum

Krain (das slowenische Kernland), der Untersteiermark und kleineren Teilen von Kärnten.¹⁷ Doch auch das südliche Kärnten war umstritten. Der österreichische Abwehrkampf gegen die Besetzung Kärntens durch Truppen des „SHS-Staates“ fand zwischen November 1918 und Juni 1919 in drei Phasen statt. Eine Demarkationslinie sollte ein Aufeinandertreffen der Gegner vermeiden und wurde von beiden Seiten akzeptiert. Allerdings wurde die Linie mehrmals überschritten, so dass die Grenze im Juli 1919 von den Jugoslawen komplett geschlossen wurde. Erst im August 1920 wurde die Linie wieder geöffnet und über 3.000 Flüchtlinge aus der nördlichen Zone kehrten in ihre Heimat in der südlichen Zone zurück. In den Artikeln 49 und 50 des Vertrages von Saint Germain wurde 1920 festgelegt, dass das Klagenfurter Becken in zwei Zonen geteilt wurde. Die Verwaltung der größeren südlichen Zone wurde von den Slowenen übernommen. Die Verwaltung der nördlichen Zone oblag den Österreichern. Wenn die südliche Zone zu Gunsten des SHS-Staates abstimmen sollte, dann sollte die Zone mit diesem vereint und auch in der nördlichen Zone abgestimmt werden. Wenn die südliche Zone für Österreich stimmte, dann sollte es keine Abstimmung in der nördlichen Zone mehr geben und beide Zonen würden bei Österreich verbleiben. Die Ergebnisse der Wahl in der südlichen Zone am 10. Oktober 1920 waren 22.025 (59,04 Prozent) für Österreich und 15.278 (40,96 Prozent) für das spätere Jugoslawien. Die Wahlbeteiligung lag bei 96 Prozent.

Die Abstimmung in Oberschlesien

Der vierte Schauplatz einer Volksabstimmung war die preußische Provinz Oberschlesien, die wegen ihrer bedeutenden Industrie und mit einer Fläche von ca. 9.700 km² und mit über 2 Millionen Einwohnern für Deutschland und Polen gleichermaßen wichtig war. Der Versailler Vertrag behandelte das oberschlesische Abstimmungsgebiet in den Artikeln 87 bis 93. Abgestimmt werden sollte im größten Teil der Provinz, abgesehen von einigen eher ländlich geprägten Landkreisen im Westen Oberschlesiens.

Auch Oberschlesien war hart umkämpft, selbst wenn es keine militärischen Besetzungen wie in Kärnten gab. In der Zeit zwischen 1919 und 1921 gab es jedoch drei schlesische Aufstände, mit denen der Anschluss Oberschlesiens an Polen erreicht werden sollte. Obwohl die Abstimmung am 20. März 1921 706.993 (59,6 Prozent) Stimmen für Deutschland und 479.349 (40,3 Prozent) für Polen erbrachte und die Wahlbeteiligung bei ca. 97 Prozent lag, waren beide Seiten nicht zufrieden. Die Siegermächte werteten das Ergebnis letztlich als nicht eindeutig und teilten Oberschlesien daraufhin mitten durch das wirtschaftlich und städtebaulich eng zusammengewachsene Industriegebiet: Der westliche Teil des Abstimmungsgebiets verblieb bei Deutschland, der flächenmäßig kleinere öst-

liche Teil mit dem größeren Teil des Industriegebiets und 90 Prozent der ober-schlesischen Steinkohlevorkommen wurde ein Teil von Polen.

Die Abstimmungen im Burgenland

Die letzten Abstimmungen unter internationaler Kontrolle fanden im Dezember 1921 im Burgenland statt. Die Wähler mussten sich zwischen einer Zugehörigkeit zu Österreich oder Ungarn entscheiden. In der Zeit der k.u.k.-Monarchie gehörte das Burgenland am Neusiedler See vollständig zur ungarischen Reichshälfte. Das Abstimmungsgebiet umfasste die Stadt Ödenburg (ungarisch Sopron) und einige Gemeinden im Umkreis der Stadt. Der Vertrag von Trianon als Teil der Pariser Vorortverträge forderte in den Artikeln 27 bis 35 die Übergabe des gesamten Burgenlandes an Österreich. Da Ungarn aber bereits einen großen Teil seines Staatsgebietes eingebüßt hatte,¹⁸ war es nicht dazu bereit, noch weitere Gebiete abzutreten. Es kam es zu Kämpfen zwischen österreichischer Gendarmerie und ungarischen Freischärlern. Erst im Oktober 1921 verpflichtete sich Ungarn zum Abzug. Im Gegenzug stimmte Österreich einer Volksabstimmung in Ödenburg und in den umliegenden Ortschaften zu. Das westliche Burgenland – heute das gleichnamige österreichische Bundesland – mit den Städten Eisenstadt und Rust blieb jedoch österreichisch. Am 14. Dezember 1921 stimmten in der Stadt Ödenburg 12.327 (72,8 Prozent) Menschen für Ungarn und 4.620 (27,2 Prozent) für Österreich. Am 16. Dezember 1921 stimmten die Umlandgemeinden mit 3.607 Stimmen (54,5 Prozent) für Österreich und 3.007 (45,4 Prozent) für Ungarn. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 89 Prozent. Letztlich verblieben Ödenburg und die umliegenden Gemeinden bei Ungarn, da die Wahlergebnisse beider Abstimmungsgebiete zusammengezählt werden mussten. Dies ergab 15.334 (65,1 Prozent) Stimmen für Ungarn und 8.227 (34,9 Prozent) für Österreich.

Propagandaplakate: unterschiedliche Regionen – gleiche Argumente?

Wie die Durchsicht des Propagandamaterials gezeigt hat, gab es in den unterschiedlichen Regionen durchaus verschiedene Formen der Bildsprache. So war z.B. die Propaganda in den polnisch-deutschen Abstimmungsgebieten teilweise sehr viel aggressiver und direkter als etwa in Schleswig, wenn die Gegner in Gestalt von Totenköpfen oder Skeletten dargestellt wurden.¹⁹ (Abb. 2) Aber trotz dieser Unterschiede gibt es auch zahlreiche Darstellungen, die sich ähneln bzw. identisch sind und sich nur in der verwendeten Sprache unterscheiden.

Wenn es um Argumente mit wirtschaftlicher Ausrichtung geht, dann gibt es z.B. ein sehr eindringliches Plakat²⁰, das sowohl von der deutschen Seite in Polen als auch von der österreichischen Seite in Kärnten in den jeweiligen National-



Abb. 2 (l.) Polnisches Abstimmungsplakat aus Oberschlesien (Stanislaw Lignori), 1921 („Der Tod droht den Oberschlesiern, wenn sie bei Deutschland verbleiben sollten!!! Vor Hunger, Pest, Krieg und vor dem Anschluss an Deutschland bewahre uns der Herr!“)

Abb. 3 (r.) Dänisches Plakat (Harald Slott-Møller), 1920, nur in deutscher Sprache und nur in der 2. Zone eingesetzt

sprachen benutzt worden ist. Hier ist auf einem leuchtend roten Hintergrund ein Mann abgebildet, der eine bereits aufgetragene Hose trägt und in sich zusammengesunken und mutlos auf einem Stein sitzt und sich den Kopf hält. Seine Frau steht in Schwarz gekleidet daneben. Mit der rechten Hand versucht sie, ihren verzweifelten Mann zu trösten, und im linken Arm hält sie ein ängstlich aussehendes Kind. Die Bildunterschrift erklärt dazu, dass Polen beziehungsweise der SHS-Staat keine gesetzliche Arbeiterfürsorge habe. Für Schleswig haben wir ein entsprechendes dänisches Plakat (Abb. 3), das auch wirtschaftliche Argumente ins Feld führt, jedoch eine ganz andere Bildsprache benutzt. Hier zahlt der gut gekleidete Däne seine Abgaben für Altersvorsorge, während der Deutsche mit seinem Geld die Reparationskosten Deutschlands für den Ersten Weltkrieg zu decken hat.²¹

Ein eher rationales Argument für die Stimmabgabe wurde von der österreichi-



Abb. 4
Österreichisches Plakat
im Abstimmungskampf um
Kärnten (Künstler unbekannt),
1920/21

schen und der deutschen Seite im Abstimmungskampf benutzt. In beiden Staaten war nach dem Ersten Weltkrieg die Wehrpflicht durch die Alliierten verboten worden. Das österreichische Plakat (Abb. 4) zeigt einen Jungen, der nach dem Kirchgang seine Mutter anfleht, nicht für Jugoslawien zu stimmen, da es dort noch die Wehrpflicht gebe.²² Auch in Schleswig wurde das Argument der Wehrpflicht von der deutschen Seite genutzt, um darauf zu verweisen, dass in Dänemark weiterhin die Wehrpflicht galt.²³

Wenn nun von eher überwiegend an Emotionen appellierenden Plakaten gesprochen wird, dann gehören vor allem die Darstellungen von Flaggen und typischen Landschaften dazu. Von dänischer Seite wurde die Nationalflagge, der Danebrog, in nahezu jeder Abbildung verwendet. Besonders in Verbindung mit einer typischen nordschleswigschen Landschaft²⁴ wurde hier stark an ein Nationalgefühl und eine nationale Identität appelliert, die im Endeffekt nur eine Stimmabgabe für die dänische Seite zuließen.

Aber nicht nur die bildliche Darstellung nationaler Symbole sollte eine Identifikation mit einer der involvierten Nationen herstellen, sondern auch die Darstellung von ganz typischen regionalen Symbolen. Besonders die Kriegsverlierer Deutschland und Österreich arbeiteten damit, nicht nur die nationale Gesinnung der Abstimmungsberechtigten zu motivieren, sondern auch die regionale. Dazu wurden z. B. in Schleswig regionale Bauwerke wie das Flensburger Nordertor



Abb. 5 (l.) Dänisches Plakat (Thor Børgelund) in der deutschsprachigen Version, 1920. Text der dänischen Fassung: „I 1000 år var du Danmarks By. Du barn af Danmark, bliv dansk paany!“ („1000 Jahre warst Du Dänemarks Stadt. Du Kind Dänemarks, werde aufs neue dänisch“)

Abb. 6 (r.) Deutsches Abstimmungsplakat (Johann Holtz), 1920, mit den schleswig-holsteinischen Farben Blau-Weiß-Rot

auf Plakaten abgebildet, und das nicht nur von der deutschen, sondern auch von der dänischen Seite.²⁵ (Abb. 5 u. 6) Beide Seiten nutzten das regionale Wahrzeichen Flensburgs, um jede für sich eine Identifikation mit der Abstimmungsregion herzustellen und erst nachgeordnet, gekennzeichnet durch die Zugabe der dänischen Nationalflagge auf der dänischen und die Zugabe der schleswig-holsteinischen Flagge auf der deutschen Seite, mit der Nation. Gerade für die deutsche Seite kann beobachtet werden, dass die Abbildung der Flaggen der Deutschen Republik bzw. des Deutschen Reiches nur äußerst selten verwendet wurden. Hier fand, sicherlich bedingt durch die Kriegsniederlage, von deutscher Seite eine Hinwendung zur Region statt, während die deutsche Nation nachgeordnet wurde. In Kärnten war die regionale Identifikation in der österreichischen Propaganda ebenfalls sehr präsent. Hier wie auch in Schleswig²⁶ (Abb. 8) wurde vor allem die Figur des Bauern²⁷ dazu genutzt, auf die lange historische Tradition der Re-



Abb. 7 (l.) Österreichisches Abstimmungsplakat (Künstler unbekannt), 1920



Abb. 8 (r.) Deutsches Plakat (Paul Haase), 1920

gion Kärnten und die Heimatverbundenheit der Kärntner Bevölkerung hinzuweisen.²⁸ Besonders ein Bauer in landestypischer Tracht vor dem Gebirge der Karawanken, an der heutigen Grenze zwischen Slowenien und Österreich, appelliert sehr stark an ein Heimatbewusstsein und eine regionale Identifikation der Bevölkerung mit der Unteilbarkeit der Region und damit der Zugehörigkeit Kärntens zu Österreich (Abb. 7).

Einen durchaus emotionalen Appell vor allem an Frauen und Mütter gab es in allen Abstimmungsregionen. Für diese vergleichende Untersuchung ist besonders spannend, dass es in Schleswig das bekannte dänische Plakat „Mor stem dansk, tænk på mig“ in beiden Sprachen gab (Abb. 9 u. 10) und in Oberschlesien von polnischer Seite im Grunde das gleiche Plakat nur mit leichten Veränderungen beim Geschlecht des Kindes (von Jungen zum Mädchen), der Nationalflagge (vom Danebrog zur polnischen Flagge mit dem weißen Adler) und natürlich der Sprache („Matko pamiętajomnie. Głosuj za Polska“) eingesetzt wurde.²⁹ (Abb. 11) Ein sehr ähnliches Motiv, gezeichnet von Gottfried Kirchbach, fand bereits 1919 auf einem Wahlplakat zur deutschen Nationalversammlung Verwendung mit der Aufschrift: „Mutter! Denk an mich! Wähle sozialdemokratisch.“



Abb. 9 u. 10 (v.l.) Dänisches Abstimmungsplakat (Thor Bøgelund), 1920, in dänischer und in deutscher Sprache

Abb. 11 (r.) Polnisches Plakat nach der Vorlage von Thor Bøgelund, 1920

Vorläufig ist festzuhalten, dass in allen Abstimmungsgebieten die Propaganda eine bedeutende Rolle spielte. Betrachtet man die visuelle Darstellung der Abstimmungsplakate, dann zeigt sich, dass einige Elemente in allen Abstimmungsgebieten auftauchten, z.B. die Figur des Bauern. Andere dagegen sind auf eine oder mehrere spezifische Gebiete beschränkt. Die Verwendung von Motiven erklärt sich hier aus regionaltypischen Besonderheiten.

Ein Teil der bisherigen Forschungsergebnisse ist bereits in die neue feste Ausstellung des Museums Sønderjylland – Sønderborg Slot „Folkeafstemninger og Genforening 1918-20“ in Form von Plakaten aus den vier anderen Grenzregionen eingegangen und auch ein begleitender Bildband ist bereits dazu veröffentlicht worden.³⁰

Die genannten Beispiele zeigen deutlich, dass es interessante Verbindungen und Parallelen zwischen den einzelnen Abstimmungen gab. Sie bieten Anlass zu vielen weiteren Fragen, so dass die Analyse des Propagandamaterials im weiteren Projektverlauf noch ausführlicher vorgenommen wird. So sollen die Akteure und deren Motive für den Entwurf und die Verbreitung der Propaganda untersucht werden. Auch sollen mögliche Kontakte zwischen den einzelnen Abstimmungsregionen und -organisationen in Hinblick auf Zusammenarbeit in Propagandafragen untersucht werden. Somit wird die Volksabstimmung von 1920 in Nord- und Mittelschleswig erstmals in einem überregionalen Kontext betrachtet, der uns den Blick auf einige bisher wenig beachtete Aspekte der damaligen Auseinandersetzungen erlaubt.

Anmerkungen

- 1 Hierbei handelt es sich um ein seit Oktober 2010 durchgeführtes gemeinsames Disserationsprojekt der Syddansk Universitet (Institut for Grænseregionsforskning – Campus Sønderborg) mit dem Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot.
- 2 Zum Begriff Selbstbestimmungsrecht der Nationen siehe Günther Decker, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Göttingen 1955.
- 3 Zu den einzelnen Kommissionen und ihren Verlautbarungen: Sarah Wambaugh, Plebiscites since the World War. With a Collection of Official Documents. Volume II, Documents, Washington 1933, S. 6 f., 50 f., 128 f., 167 f.
- 4 Zu allen Volksabstimmungen gibt es die einzelnen Regionen betreffende Publikationen, die sich mit der Darstellung und Analyse der einzelnen Abstimmungsprozesse beschäftigen. Jedoch gibt es bisher nur eine einzige Arbeit, aus den USA des Jahres 1933, von Sarah Wambaugh (s. Anm. 3), die alle hier genannten und vier weitere Volksabstimmungen beschreibt und einen Vergleich andeutet. Dabei legt sie allerdings den Schwerpunkt eher auf die Umsetzung der Anweisungen des Versailler Vertrages und die Ausführung der Aufgaben der einzelnen Kommissionen, nicht so sehr auf die Analyse des Propagandamaterials.
- 5 Zur Geschichte des Propagandabegriffs: Thymian Bussemer, Propaganda. Konzepte und Theorien, Wiesbaden 2008.
- 6 Zu Prozessen der Entstehung einer Nation und der Konstruktion von nationalen Identitäten vgl. den Überblick von Christian Jansen/Henning Borggräfe, Nation, Nationalität, Nationalismus, Frankfurt/New York 2007.
- 7 Anthony D. Smith, Ethno-Symbolism. A cultural approach, Routledge 2009.
- 8 Zur Bedeutung von Sprache im Prozess der Identitätskonstruktion vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. 2. erw. Neuaufl., Frankfurt/New York (1996) 2005, S. 18 ff.
- 9 Zur ausführlichen Geschichte der dänisch-deutschen Grenzregion siehe z.B. Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Neumünster 2003 sowie Sønderjyllands historie, 2 Bde, Aabenraa 2008.
- 10 Zum Artikel 5 des Prager Friedens siehe Fritz Hähnsen (Hg.), Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens. Die deutschen Akten zur Frage der Teilung Schlesiens (1863-1879), Breslau 1929, 2. Bd., S. 22 und Christian Degn, Schleswig-Holstein. Eine Landesgeschichte. Historischer Atlas, Neumünster 1994, S. 249 f.
- 11 Zum Wortlaut der Artikel siehe Sarah Wambaugh, S. 3-6 (wie Anm. 3).
- 12 Die Städte Sonderburg, Apenrade und Tondern sowie der Flecken Hoyer wiesen deutsche Mehrheiten auf, ebenso Tingleff und einzelne kleine Gemeinden.
- 13 Nur die Landgemeinden Goting, Utersum und Hedehusum auf Föhr wiesen dänische Mehrheiten auf.
- 14 Siehe Broder Schwensen/Inge Adriansen, Von der deutschen Niederlage zur Teilung Schlesiens 1918-1920, Flensburg/Aabenraa 1995, S. 34 f. Zur historischen Einordnung der Abstimmungen auch Manfred Jessen-Klingenberg, Die Volksabstimmungen von 1920 im historischen Rückblick, in: Grenzfriedenshefte 3/1990, S. 210-217.

- 15 Westpreußen war 1772 im Zuge der Ersten Polnischen Teilung zum Königreich Preußen gekommen (Danzig sogar erst 1793) und hatte eine national recht gemischte Bevölkerung. In Ostpreußen, das 1466-1657 unter polnischer Lehnshoheit gestanden hatte, seit 1524 aber mit dem Kurfürstentum Brandenburg (ab 1701: Königreich Preußen) verbunden war, lebte im südlichen Landesteil noch im 20. Jahrhundert der polnisch-masurische Dialekt. Das Ermland mit Allenstein war wiederum erst 1772 zum preußischen Staat gekommen und im Gegensatz zum überwiegend evangelischen übrigen Ostpreußen wie Polen katholisch geprägt.
- 16 Zudem wurde die bisherige Provinzhauptstadt Danzig, der seit Jahrhunderten bedeutende Hafen nahe der Weichselmündung, zu einer „Freien Stadt“ unter der Aufsicht des neu gegründeten Völkerbundes gemacht. Lediglich der größte Teil der drei westlichen Landkreise Flatow, Deutsch Krone und Schlochau verblieb bei Deutschland, ebenso östlich von Danzig der Stadt- und Landkreis Elbing. Das Abstimmungsgebiet im Ostteil der bisherigen Provinz östlich der Weichsel mit den Kreisen Rosenberg und Stuhm und den östlichen Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder entsprach zu großen Teilen der historischen Landschaft Pomesanien.
- 17 Zudem wurde das Kanaltal von Kärnten an Italien abgetreten.
- 18 Ungarn hatte bereits die Slowakei mit der späteren Karpato-Ukraine (an den neuen tschechoslowakischen Staat), die Woiwodina (an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) und Siebenbürgen (an Rumänien) abtreten müssen. Dadurch lebten große ungarische Volksgruppen nun außerhalb der Staatsgrenzen.
- 19 Siehe Nina Jebesen, *Bleibe treu! Agitation während der europäischen Volksabstimmungen 1920-1921*. Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot, Sønderborg 2012, S. 18 und 27.
- 20 Ebenda, S. 24.
- 21 Vgl. Inge Adriansen/Immo Doege, *Deutsch oder Dänisch? Agitation bei den Volksabstimmungen in Schleswig 1920*, Gråsten 2010, S. 35.
- 22 Dazu Wilhelm Neumann, *Kärnten 1918-1920. Ereignisse, Dokumente, Bilder* (Buchreihe Landesmuseum für Kärnten 29), Klagenfurt 1970, S. 75.
- 23 Siehe Inge Adriansen/Immo Doege, *Deutsch oder Dänisch?*, S. 55 (wie Anm. 21).
- 24 Ebenda, S. 36.
- 25 Ebenda, S. 26 und 27.
- 26 Ebenda, S. 16.
- 27 Vgl. Nina Jebesen, *Bleibe treu!*, S. 14 (wie Anm. 19).
- 28 Vgl. Claudia Fräss-Ehrfeld, *Geschichte Kärntens*. Band 3/2 – Kärnten 1918-1920. *Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche*. 2. Aufl., Klagenfurt 2010.
- 29 Inge Adriansen/Immo Doege, *Deutsch oder Dänisch?*, S. 48 und Nina Jebesen, *Bleibe treu!*, S. 17 (wie Anm. 19 und 21).
- 30 Siehe Anm. 19.

Historiker – Diplomat – Initiator

Zum 100. Geburtstag von Troels Fink

von HENRIK BECKER-CHRISTENSEN

Der Historiker und Diplomat Prof. Dr. Troels Fink (1912-1999) war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer der erfolgreichsten Gestalter der dänisch-deutschen Beziehungen im Grenzland und darüber hinaus. Anlässlich seines 100. Geburtstages würdigt der Historiker Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen Troels Fink, der von 1959 bis 1975 einer seiner Vorgänger im Amt des dänischen Generalkonsuls in Flensburg war. Als Wissenschaftler gehörte Becker-Christensen zu den ersten Mitarbeitern im Institut for Grænseregionsforskning, das Troels Fink 1976 gegründet und in den Anfangsjahren auch selbst geleitet hat. – Der vorliegende Artikel erschien zuerst in Flensburg Avis (18.4.2012). Die durch eine Literaturübersicht ergänzte Wiedergabe des Beitrages in deutscher Sprache bietet Anlass, daran zu erinnern, dass Troels Fink bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre ein vertrauensvolles Verhältnis zum 1950 gegründeten Grenzfriedensbund, insbesondere zu dem dort aktiven Flensburger Bibliotheksdirektor Dr. Hans Peter Johannsen, unterhielt – in einer Zeit also, als das deutsch-dänische Verhältnis noch von gegenseitigen Vorbehalten bestimmt wurde. Als Geschichtspräsident in Aarhus war Troels Fink wie sein Kieler Kollege Alexander Scharff 1953 in der ersten Ausgabe der Grenzfriedenshefte mit einem Aufsatz vertreten. Danach erschienen in unserer Zeitschrift zahlreiche Beiträge des Historikers Troels Fink, z.B. 1959 eine Würdigung des liberalen dänischen Minderheitenpolitikers H. P. Hanssen, dem Fink sich eng verbunden fühlte. Mit Alexander Scharff führte Troels Fink deutsche und dänische Historiker, Universitätslehrer wie Studenten, bei gemeinsamen Tagungen zum Gespräch zusammen, was das Verhältnis der Beteiligten zur gemeinsamen Geschichte und zu Fachkollegen jenseits der Grenze nachhaltig geprägt hat. Vor diesem Hintergrund publizierte der Historiker Jörn-Peter Leppien im Grenzfriedensheft 2/1982 einen längeren Beitrag zum 70. Geburtstag von Troels Fink mit dem Oberbegriff „Historiker – Diplomat – Wegbereiter“. Wenn im vorliegenden Heft 2/2012 der Artikel von Becker-Christensen zum 100. Geburtstag von Troels Fink neben den Beiträgen von Hans Schultz Hansen und Peter Hopp zum 150. Geburtstag von H. P. Hanssen steht, so verweist dies auf die im Grenzland lebendige, mit Hanssen und Fink eng verknüpfte Tradition einer liberalen Minderheitenpolitik auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Die Redaktion

In diesem Jahr ist es 100 Jahre her, dass Troels Fink geboren wurde. Falls er seine Memoiren geschrieben hätte, hätten sie eigener Aussage zufolge den Titel „Vom Klinkbjerg zum Wächterplatz“ bekommen. Damit waren zwei Meilensteine im Leben Finks markiert – das Elternhaus auf Klinkbjerg und das große Haus auf dem Wächterplatz 1 (Vægterpladsen), wo er seinen langjährigen Ruhestand verbrachte. In Luftlinie sind es nur 500 m, die die beiden Adressen in Apenrade voneinander trennen. Es ist symbolisch für seinen engen Bezug zur Stadt und zum Landesteil. Aber mit Außenpunkten in Kopenhagen, Århus und Flensburg sollte er ein breites Spektrum abdecken – sowohl als Forscher und Diplomat als auch Initiator.

Troels Marstrand Trier Fink wurde am 18. April 1912 in Apenrade geboren. Sein Vater, der ein bekannter nordschleswigscher Architekt war, kam aus einem alten nordschleswigschen Bauerngeschlecht und war mütterlicherseits mit H.P. Hanssen verwandt. Die Mutter war Tochter von Heimvolkshochschulvorsteher Ernst Trier in Vallekilde. Mit diesem Ausgangspunkt – und dann auch noch am Düppelgedenktag geboren – war Troels Fink für eine Tätigkeit im Dienste der nationalen und nordschleswigschen Geschichte prädestiniert.

Als kleiner Junge bekam er selbst einen ersten Eindruck vom Nationalitätenkampf, als er ebenso wie andere Kinder aus dänisch gesinntem Hause gezwungen war, eine deutsche Schule zu besuchen. Das änderte sich mit der Wiedervereinigung Nordschleswigs 1920, die – auch in schulischer Hinsicht – für den jungen Fink als eine große Erleichterung erlebt wurde.

1930 machte er sein Abitur an der Aabenraa Statsskole. Daraufhin zog es ihn an die Universität Kopenhagen, wo er seinen Magister mit Geschichte als Hauptfach und Deutsch als Nebenfach machte. In der Studienzeit wurde er Mitglied eines Kreises junger Historiker, der – teilweise in Opposition zum Unterricht und der damaligen Allmacht der Universitätsprofessoren – die sogenannte „Historikergruppe“ gründete.

Nach seinem Abschluss kehrte Fink nach Nordschleswig zurück. Hier wurde er 1936 Sekretär bei der neugegründeten Sønderjyske Politiajudantur, die u.a. die Aktivitäten der deutschen Minderheit überwachen sollte. Das verschaffte ihm eine eingehende Kenntnis der aktuellen politischen und nationalen Entwicklung im Grenzland – eine Kenntnis, die ausgebaut und auf andere Weise verwendet wurde, als er 1940-1942, also während der deutschen Besatzungszeit, als Sekretär von De sønderjyske Danske Samfund eine umfassende nationale Bereitschaft im ganzen Landesteil organisierte. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit wurde sein Haus in Aarhus im April 1945 in die Luft gesprengt. Auf miraculöse Weise kamen Fink und seine übrige Familie jedoch mit dem Leben davon.

1942 erhielt Fink, der seine wissenschaftliche Karriere mit der ein Jahr zuvor abgeschlossenen Dissertation über „Die Flurbereinigung in Nordschleswig bis

1770“ („Udskriftningen i Sønderjylland indtil 1770“) eingeleitet hatte, eine Anstellung als Lektor an der neugegründeten Universität Aarhus. 1946 wurde das Lektorat in eine Dozentenstelle für Geschichte mit besonderem Augenmerk auf die Geschichte Nordschleswigs umgewandelt, und 1950 wurde sie zur Professur mit gleicher Verpflichtung.

Die Zeit in Aarhus wurden sehr aktive Jahre. Der Unterricht war vom umfassenden Wissen Finks geprägt und beeindruckte die Studenten sehr. Wenn das später zur Sprache kam, erinnerten sie sich deutlich an Finks Fähigkeit, mit unzähligen Jahreszahlen, Herzognamen und nordschleswigschen Ereignissen zu glänzen. Dazu kamen eine umfassende wissenschaftliche Produktion und eine Vielzahl von Vorträgen etc.

Neben dieser Tätigkeit ragte Fink als Initiator zahlreicher wissenschaftlicher Projekte heraus. 1946 wurde er Mitglied des Komitees, das die Gründung des Wirtschaftsarchivs in Aarhus vorbereitete, und er war langjähriger Vorsitzender des Vorstandes. 1949 wurde er Dekan der humanistischen Fakultät und im selben Jahr Leiter des Journalistenkurses an der Universität Aarhus. In der letztgenannten Funktion galt er als Erneuerer der Journalistenausbildung. 1954 spielte Fink auch eine wichtige Rolle, als die Universität von Frau Ellen Dahl das Gut Sandberg als Geschenk erhielt und er der erste Universitätsverwalter Sandbergs wurde.

Große Bedeutung erhielt Fink 1946-1959 als Berater des Außenministeriums in schleswigschen Fragen. Es war eine Zeit, in der die Wogen in Südschleswig hoch schlugen – u. a. als Folge der Politik der Nadelstiche der schleswig-holsteinischen Politik gegen die dänische Minderheit. Als dänischer Architekt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 über die Rechte der Minderheiten trug er mit dazu bei, die Grundlage für die friedliche Entwicklung zu schaffen, die das Grenzland kennzeichnen sollte. Es war deshalb natürlich, dass nach Professor Troels Fink gerufen wurde, als der Posten als dänischer Generalkonsul in Flensburg 1959 zu besetzen war.

In Flensburg sollte Fink 16 Jahre lang wohnen und arbeiten. Mit Domizil im Nordergraben 19 hatte er einen guten Überblick nicht nur über die Stadt, sondern über das ganze Grenzland. Es war eine Zeit des Umbruchs, in der sich die Beziehung zwischen Deutsch und Dänisch grundlegend wandelte. Als Vertreter des dänischen Staates nahm er nicht nur die Rolle des Beobachters ein, sondern förderte aktiv die friedliche Entwicklung vom Gegen- zum Miteinander, und er wurde dabei durch sein persönliches Engagement eine große Stütze für die dänische Minderheit.

Auf Initiative Finks wurde 1963 ein historisches Institut in Flensburg mit dem langen Namen „Die Studienabteilung an der dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig“ („Studieafdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig“)



Abb. 1 Generalkonsul Troels Fink mit Abiturientinnen des Jahrgangs 1959 der Duborg Skole – infolge der Minderheitenregelung von 1955 der erste Abiturjahrgang des dänischen Gymnasiums in Flensburg mit einer in Dänemark wie auch in Deutschland anerkannten Hochschulreife

gegründet. Es war eine kluge Entscheidung. Die Studienabteilung hat sich seitdem zum kollektiven Gedächtnis der dänischen Minderheit entwickelt – sowohl Kraft vieler Bücher zu südschleswigschen Themen als auch durch das sehr wertvolle Archiv, dass daran geknüpft ist.

1955 war Fink Mitglied des Vorstandes von Historisk Samfund for Sønderjylland geworden. 1966-1971 war er Vorsitzender des Vereins und wurde bei seinem Rücktritt zum Ehrenmitglied gewählt. Zum 100. Jahrestag des Krieges von 1864 gab er „Acht Vorträge über die Krise Dänemarks 1863-64“ („Otte foredrag om Danmarks krise 1863-64“) heraus. Zusammen mit einer früheren Veröffentlichung wurde dieses Werk ins Deutsche übersetzt und mit dem treffenden Titel „Deutschland als Problem Dänemarks“ herausgegeben. Dazu kamen in den Flensburger Jahren unzählige historische Vorträge, die Mitwirkung als Opponent bei historischen Dissertationen und vieles mehr. Es war deshalb mehr als verdient, dass Troels Fink 1971 mit dem Kulturpreis der Stadt Kiel ausgezeichnet wurde. Im selben Jahr erhielt er zudem das Legat H.V. Clausens und Johan Ottosens zur Förderung des Dänischen in Nordschleswig.

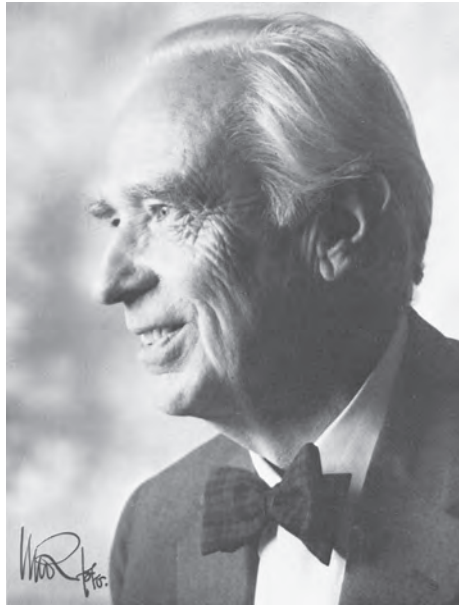


Abb. 2
Prof. Dr. Troels Fink anlässlich
seines 70. Geburtstages, 1982

1975 trat Fink als Generalkonsul zurück und zog in die Stadt seiner Kindheit, Apenrade – aber er trat nicht in den Ruhestand. Kennzeichnend für seinen Tatendrang widmete er sich einer neuen Aufgabe. Es war der alte Traum von einem nordschleswigschen Institut, der für ihn in Erfüllung ging, als 1976 das „Institut für Grenzregionsforschung“ („Institut for Grænseregionsforskning“) in Apenrade gegründet wurde. Er wurde selbst der erste Direktor des Instituts und gab hier das große dreibändige Werk „Als Schleswig geteilt wurde“ („Da Sønderjylland blev delt“) heraus. Es ist ohne Zweifel das Hauptwerk von Troels Fink, und es ist die gründlichste Schilderung dieses Themas.

1979 trat Fink als Direktor zurück. Es folgte ein langer und überaus aktiver Ruhestand, der sich über 20 Jahre erstrecken sollte, bis er am 26. Oktober 1999 verstarb. In all den Jahren war er weiterhin als Redner und Dozent gefragt, und viele suchten auch seinen Rat zu Themen, die einen Bezug zur Geschichte des Grenzlandes aufwiesen. Für seinen vielfältigen Einsatz wurde ihm 1986 der Rosenkjær-Preis verliehen. Physisch hielt er sich als Waldarbeiter mit eigenem Forstbetrieb in Form. Es war ein Freiraum, der Körper und Seele Kraft verlieh, der aber auch gern gastfreundlich vorgezeigt wurde.

Mit der Lebensreise vom Klinkbjerg zum Wächterplatz schloss sich der Kreis im Leben eines großen Nordschleswigers. Geprägt wurde Troels Fink zunächst

durch den Kampf gegen den Nazismus und die Grenzrevisionspläne der deutschen Minderheit, aber nach 1945 vor allem von der Erkenntnis des Bedarfs nach Versöhnung mit dem Nachbarn im Süden. Die Verwandtschaft mit H.P. Hanssen – und die Bewunderung für dessen Einsatz – hatte für Fink entscheidende Bedeutung, mit Vorrang für gegenseitigen Respekt für das nationale Selbstbestimmungsrecht und eine liberale Minderheitenpolitik.

Fachlich war er ein sehr großer Kenner der Geschichte Nordschleswigs. Die Nachwelt profitiert von den vielen Werken, die aus seiner Feder flossen. Aber es war auch sein Einfühlungsvermögen und seine große Menschenkenntnis, die es ihm ermöglichten, in einer Zeit des Umbruchs eine wichtige Rolle als Diplomat im Grenzland zu spielen. Ein Leitfaden durchs Leben blieb eine tiefe Verbundenheit mit der nordschleswigschen Heimat. In der Hinsicht ist der Titel des letzten Werks von Troels Fink – „Die Bänder banden“ („Båndene bandt“) – für sein Lebenswerk kennzeichnend.

Troels Fink: Literatúrauswahl

- Udsiftningen i Sønderjylland indtil 1770, Aarhus 1941
- Rids af Sønderjyllands historie, o. O. 1945
- Sønderjylland siden genforeningen i 1920, København 1955
- Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, København 1958
- Fem foredrag om dansk udenrigspolitik efter 1864, Aarhus 1958
- Spillet om dansk neutralitet, Aarhus 1959
- Forhandlingerne mellem Danmark og Tyskland i 1955 om de slesvigske mindretal, København 1959, 2001
- Otte foredrag om Danmarks krise 1863-64, Aarhus 1964
- Deutschland als Problem Dänemarks, Flensburg 1968
- Da Sønderjylland blev delt 1918-1920. Bd. I-III, Aabenraa 1978-1979
- Festskrift til Troels Fink, Odense 1982
- Estruptidens politiske historie 1875-1894, Bd. I-II, Odense 1986
- Landsbyfællesskabet i Rinkeby 1550-1769, Aabenraa 1989
- Båndene bandt, Bd. I-II, Aabenraa 1999

Gedenkstätte

Der Nordschleswiger, 22.3.2012 (Kommentar)

Der BDN-Hauptvorstand hat auf seiner letzten Sitzung einstimmig eine Umbenennung des bisherigen Ehrenhains Knivsberg in Gedenkstätte Knivsberg beschlossen – auf der Grundlage einer einstimmigen Empfehlung einer Arbeitsgruppe, die nach der internen Diskussion über das Faarhus-Buch des dänischen Historikers Henrik Skov Kristensen vom BDN gebildet wurde. Einstimmig, das heißt, dass diesem Beschluss auch jene in der Arbeitsgruppe zugestimmt haben, die sozusagen die ältere Generation vor 1945 mit ihren Ansichten und Bedenken vertreten haben.

Die Entscheidung hat auch ein mediales Echo über Nordschleswig hinaus hervorgerufen, zum Beispiel gestern in „Berlingske“. Dass manche Kollegen die Situation und Begriffe in Nordschleswig in Verbindung mit dem Knivsberg verwechseln, ist zwar zu bedauern, ändert aber nichts an der Aussage des BDN-Hauptvorsitzenden Hinrich Jürgensen in „Berlingske“, „dass die Zeit für eine Namensänderung nun reif gewesen ist.“

In den eigenen Reihen ist darüber in letzter Zeit heftig diskutiert worden – pro und kontra, wobei das Kontra keineswegs nur aus der damals belasteten Kriegsgeneration gekommen ist. Die Entscheidung hat auch mit den Gefühlen von Angehörigen zu tun, und die muss man respektieren. Nur sind viele dieser – direkt oder indirekt – geäußerten Befürchtungen unbegründet. Die Umsetzung dieser Entscheidung wird zeigen, dass niemand – niemand – am Gedenken der Namen gerüttelt hat, aber den Begriff „Ehre“ in Verbindung mit einigen Namen, die dort – aus welchen Gründen auch immer – platziert waren, kann man nicht, ja nie akzeptieren vor dem Hintergrund der Mitverantwortung auch für die Opfer der damaligen Zeit, derer wir wahrlich auch zu gedenken haben. Diese Entscheidung ist – um Missverständnis und Dolchstoßlegenden vorzubeugen – nicht gefallen aus Rücksicht auf Forderungen oder auf Druck von dänischer Seite. Es ist eine eigene Entscheidung des Bundes Deutscher Nordschleswiger aus freiem Willen, vor allem aus der Überzeugung heraus, die Gedenkstätte in ihrer Würde für die Angehörigen zu bewahren.

Die Schatten der Vergangenheit sind lang, man wird sie nie los. Die Minderheit von heute ist aber nicht die Minderheit von gestern und schon gar nicht vorgestern, doch auch die deutsche Minderheit 2012 lebt in der historischen Kontinuität – mit ihren Höhen und Tiefen seit 1920.

Heute können wir uns glücklicherweise über viele Höhen erfreuen, aber wir müssen auch glaubwürdig die Tiefen, die Brüche in der eigenen Geschichte ertragen. Und auch ehrlicher als bisher bearbeiten, um vor uns selbst in der Zukunft moralisch bestehen zu können.

Siegfried Matlok

**SCHLAGZEILEN
AUS DEM GRENZLAND**

Ab ins Rådhus: Flensburgs Schilder lernen Dänisch

Flensburger Tageblatt, 15.3.2012

Gut vier Jahre nach der Einführung des dänischen Namenszusatzes „Flensborg“ auf den Ortseingangstafeln der Förderstadt (s. GFH 3/2007, S. 212 u. 4/2007, S. 275 f.) beschloss der technische Ausschuss der Ratsversammlung auf einen Antrag der CDU hin, künftig nach und nach alle zurzeit 208 innerörtlichen Hinweisschilder zweisprachig deutsch-dänisch zu gestalten.

Mehrwert der Minderheiten soll nun erforscht werden

Der Nordschleswiger, 17.3.2012

Nachdem am 15.3. in der „Dokumentar“-Reihe auf Danmarks Radio P1 eine kritische Radiosendung zur dänischen Minderheitenfinanzierung ausgestrahlt worden war, forderte der Vorsitzende des Kontaktausschusses Benny Engelbrecht die Erstellung einer neuen Studie über den Mehrwert der Existenz der Minderheiten. Zwar gibt es eine solche Studie seit mehreren Jahren (s. GFH 2/2008, S. 121 ff.), aber da diese EURAC-Studie von Minderheiteneinrichtungen selbst in die Wege geleitet worden war, ist sie in manchen Kreisen umstritten. Um mehr Zahlen und Fakten auf den Tisch legen zu können, möchte Engelbrecht den Auftrag zu einer neuen Studie dem Institut for Grænseregionsforskning erteilen.

Umbenennung des „Ehrenhains“ in „Gedenkstätte“

Pressemitteilung des BDN, 20.3.2012

Im Zuge der durch die Veröffentlichung von Henrik Skov-Kristensens Studie über das Faarhus-Lager neu aufgenommenen Diskussion über die Geschichte der deutschen Nordschleswiger im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit (s. GFH 4/2011, S. 301 f., GFH 1/2012, S. 21 ff.) beschloss der BDN-Hauptvorstand nun, den 1962 eingerichteten „Ehrenhain“ am Knivsberg in „Gedenkstätte“ umzubenennen (s.o. S. 119). Dort gedenkt man der Toten beider Weltkriege. Die Umbenennung soll offiziell am 50. Jahrestag der Einrichtung der Stätte am 18. August erfolgen.

Fehmarn: Keine ernste Verzögerung

Der Nordschleswiger, 24.3.2012

Nach der Untersuchung des Zeitplans für den Bau eines Senktunnels unter dem Fehmarnbelt (s. GFH 3/2011, S. 238) geht die Planungsgesellschaft Femern A/S von einem späteren Baustart des Milliardenprojektes aus. Der Sprecher des dänischen Verkehrsministeriums John Iversen verwies darauf, dass die Verzögerung nicht gravierend sein werde und dass die Vorbereitungen weiterhin planmäßig verlaufen. Es deutet jedoch vieles darauf hin, dass der eigentliche Baustart wohl von 2014 auf 2015 verlegt wird und mit der Eröffnung nicht vor 2021 zu rechnen ist (DN, 18.4.).

Mit Mehrsprachigkeit zum Erfolg

Der Nordschleswiger, 24.3.2012

Bei einer gemeinsam von der dänischen

Botschaft und der Region Sønderjylland-Schleswig im Botschaftsgebäude in Berlin arrangierten Sprachkonferenz stellte u.a. Ex-Ministerin Lykke Friis fest, dass Sprachen der direkte Weg zu wirtschaftlichem Erfolg, Einfluss und den Herzen der Menschen in den jeweils anderen Ländern seien. Dazu bedürfe es jedoch der sprachlichen Kompetenzen. Dies bestätigte Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber, der allerdings zu bedenken gab: „Wir leben in zwei durchregulierten gesellschaftlichen Systemen und es dauert seine Zeit, bis sich etwas ändert.“ In der Zwischenzeit gehe der Wirtschaft durch mangelnde Sprachkompetenz viel verloren. Bei der Konferenz wurden viele Beispiele dafür gebracht, wie sehr die Wichtigkeit der Sprachkompetenz nicht nur unterschätzt wird, sondern dass eine solche oft gar nicht erst vorhanden ist. Beispielsweise wird all zu oft an den Kosten für ordentliche Übersetzungen bzw. eine Korrektur derselben gespart – oder ohnehin nur auf Englisch kommuniziert, was meistens notwendigerweise oberflächlich bleibt. Es wurde die Idee zu einer Studie angeregt, welche wirtschaftlichen Schäden durch mangelnde Sprachkompetenz entstehen (No., 28.3.).

Ereignisreiches Jahr im Uker BDN-Ortsverein

Der Nordschleswiger, 24.3.2012

Mit dem Kindergarten in dem zwischen Tingleff und Apenrade gelegenen Kirchdorf wird zum Sommer eine weitere Einrichtung der deutschen Volksgruppe geschlossen (s. GFH 4/2010, S. 318), nachdem die Uker Schule bereits vor einigen Jahren ihren Betrieb eingestellt hat. Der BDN will das Haus jedoch als Versammlungshaus behalten.

„Carl Holst ist der Tempomacher“

Der Nordschleswiger, 27.3.2012

Als erster Nicht-Deutscher wurde der süd-dänische Regionsvorsitzende Carl Holst von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mit dem Verdienstorden des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Carstensen würdigte in seiner Laudatio Holsts Verdienste bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit auf vielen Ebenen. In seiner Dankesrede sprach Holst sowohl das Erreichte als auch noch bestehende Konflikte an und hob besonders die Rolle der Minderheiten hervor, indem er u.a. den BDN-Hauptvorsitzenden Hinrich Jürgensen und Jens Andresen als seine „Coaches“ würdigte.

Nordfriisk Institut benötigt mehr Geld

Flensburg Avis, 27.3.2012

Trotz zahlreicher Einsparungen rechnet der Vorstand des Instituts im kommenden Jahr mit einer Haushaltslücke von 30.-40.000 €, da die Einnahmen aus Landesmitteln von 230.000 auf 200.000 € sinken – wobei zunächst sogar eine Kürzung auf 160.000 € geplant gewesen war. Der Vorsitzende Thede Boysen forderte zu einer Minderheitenpolitik mit langfristiger Perspektive auf.

Markantes Nein der Dänen zum Euro

Der Nordschleswiger, 28.3.2012

Bei einer Umfrage der Danske Bank sagten 57,5 Prozent der Befragten, dass sie bei einer Volksabstimmung über den Euro mit Sicherheit mit Nein stimmen würden, während lediglich 17,2 Prozent angaben, dass sie auf jeden Fall mit Ja stimmen würden.

Mehr Praxis und ein neuer Studiengang für Grundschullehrer
Flensburger Tageblatt, 28.3.2012

Mit einer groß angelegten Umstrukturierung wurden die Lehramtsstudiengänge an der Universität Flensburg den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Die bisherigen Studiengänge für Grund- und Hauptschullehrer einerseits und Realschullehrer andererseits werden durch Studiengänge für Grundschullehrer einerseits und Lehrer für die Sekundarstufe I an Regionalschulen andererseits ersetzt. Somit werden die Studiengänge, die jeweils als eigenständige Master-Studiengänge angeboten werden, den bestehenden Schulstrukturen und dem Studienverlauf in anderen Bundesländern angepasst. Zudem sind mehr Praktika und mindestens ein Auslandsaufenthalt vorgesehen. Zwar wird das herkömmliche Erste Staatsexamen nun durch den Master-Abschluss ersetzt, doch ein zweijähriges Referendariat wird nach dem Studium weiterhin verlangt. Die Lehrerverbände kritisierten umgehend, dass Grundschullehrer schlechter besoldet werden sollen als Regionalschullehrer. Derweil brachte das in einem eher konservativen Ruf stehende Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Ergebnisse einer neuen Studie zur Haltung der Bevölkerung zum Schulsystem heraus: In keinem anderen Bundesland spricht sich ein größerer Bevölkerungsteil für die Beibehaltung eines mehrgliedrigen, schon früh geteilten Schulsystems aus (Einheitschule fällt durch, FT, 25.4.).

Kinder in dänische Schule geschickt: Eltern aus Harrislee verurteilt
Der Nordschleswiger, 28.3.2012
Eine dänische Familie mit Wohnsitz in

Harrislee wurde nach Klage der Kommune Sonderburg wegen Sozialbetruges zur Zahlung von 234.000 Kronen plus Bewährungsstrafe verurteilt, weil sie ihre Kinder auf die Schule in Rinkenis gehen ließen, jedoch in Harrislee wohnen blieben. Der Umzug nach Rinkenis waren bisher nicht zu Stande gekommen, weil die Mutter zwischenzeitlich eine Hirnblutung erlitten hatte und seither teilweise gelähmt ist. Das Urteil erregte nicht nur wegen des besonderen Schicksals der Betroffenen Aufsehen, sondern auch durch die Tatsache, dass ein solches Grenzpendeln von Schülern in der Öresundregion durchaus üblich ist.

Große Unterschiede bei Anzahl von Touristen im Grenzland
Flensburg Avis, 30.3.2012

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Tourismusbranche wird dadurch erschwert, dass die statistischen Behörden beider Länder die Feriengäste auf verschiedene Art und Weise zählen. In Schleswig-Holstein werden Pensionen mit weniger als acht Betten nicht berücksichtigt, in Dänemark fängt man sogar erst bei Hotels mit mindestens 40 Betten an, so dass eine gewisse „Dunkelziffer“ an Übernachtungen zu erwarten ist. Auf dieser Grundlage wurden in der Region Syddanmark 2011 25 Mio Übernachtungen (darunter 39 Prozent Deutsche) registriert, in Schleswig-Holstein 76,3 Mio (darunter 2 Prozent Dänen).

Die neue Landflucht: Viele Dörfer veröden
Flensburger Tageblatt, 4.4.2012
Wie in vielen Regionen Europas hält auch

in Schleswig-Holstein der Trend zum bevorzugten Wohnen in Städten unvermindert an. Der Anteil der Orte mit unter 1000 Einwohnern an der Gesamtbürgerzahl fiel in den vergangenen 20 Jahren von 13,8 auf 11 %. Zudem wird das Durchschnittsalter der Bewohner immer höher, da viele junge Leute wegziehen bzw. sich gar nicht erst ansiedeln. Häuser in kleineren Ortschaften lassen sich derzeit nur schwer verkaufen, der Leerstand steigt. Darüber hinaus werden immer mehr lokale Versorgungseinrichtungen und Geschäfte geschlossen. Hingegen ist es in einigen größeren Städten und erst recht im Hamburger Umland immer schwerer geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden (s.a. FT., 13.6.)

Ein halbes Jahrhundert mit internationaler Musik

Flensburg Avis, 7.4.2012

Mit 139 jungen Musikern aus Deutschland, Dänemark und acht weiteren Ländern wurde zum 50. Mal die deutsch-skandinavische Jugendwoche auf dem Scheersberg begangen.

Grenzkontrollen: Beamte suchten fieberhaft nach guten Argumenten

Jyllands-Posten, 11.4.2012

Nach ausgiebigen Recherchen der auflagenstärksten dänischen Zeitung zeigte sich, dass mehrere Spitzenbeamte im Zuge des umstrittenen Beschlusses zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen dazu angehalten worden waren, möglichst viel Material zusammenzutragen, um die Maßnahme zu rechtfertigen. Unter anderem geht aus einem Schreiben des Jus-

tizministeriums hervor, dass dieses keine Beweise für eine erhöhte Kriminalität vorliegen hatte, sondern dass sich diese Annahme auf nicht mehr als bloße Vermutungen stützen konnte. Zudem zeigte sich, dass der Brief der EU-Kommission vom 19.7. nach der Inspektion für Dänemark sehr viel weniger schmeichelhaft war als damals zugegeben. Der damalige Steuerminister Peter Christensen verwies angesichts dieser Untersuchung darauf, dass seit 2005 ein deutlicher Anstieg der Kriminalität in Dänemark zu verzeichnen war. Dies bestätigte die Reichspolizei, doch wies sie gleichzeitig darauf hin, dass diese Zahlen keine Belege dafür lieferten, dass die Kriminalität von außen ins Land kam (s. GFH 1/2012, S. 49 u. S. 54).

Deutsch-dänischer Flughafen kommt

Flensburg Avis, 12.4.2012

Wie angekündigt (s. GFH 1/2012, S. 49) wird der Name Flensburg künftig im Namen des Sonderburger Flughafens auf der Halbinsel Arniek erscheinen, um für mehr deutsche Kunden zu werben. Allerdings ging die wichtigste Fluggesellschaft vor Ort inzwischen in Insolvenz. Eine unabhängige Expertengruppe kritisierte derweil Flensburgs Strategie, auf eben diesen Flughafen zu setzen, und forderte die Stadt dazu auf, lieber für schnelle Verbindungen zu größeren Airports wie Billund oder Hamburg-Fuhlsbüttel zu sorgen (Fl.A., 24.5.).

Venstre und Enhedslisten:
Stasi-Archiv öffnen

Der Nordschleswiger, 12.4.2012

Der Zeitgeschichtsforscher Thomas We-

gener Friis (s. GFH 2/2008, S. 107 ff.) hat stichhaltige Hinweise dafür gefunden, dass ein prominenter Däne für den Staatssicherheitsdienst der DDR gearbeitet hat. Bevor er Namen nennt, will er dies jedoch durch die so genannte „Rosenholz“-Kartei bestätigt wissen. Diese geriet in den Wirren der Wendezeit in die Hände der CIA und wird nur auf Anfrage von befreundeten Regierungen geöffnet. Genau dies wird nun von dänischen Politikern gefordert.

Doppelgleis sorgt für Burgfrieden

Der Nordschleswiger, 12.4.2012

Bei der ersten Lesung im Folketing wurde die Gesetzesvorlage zur lange geplanten Rekonstruktion des zweiten Gleises auf der Ostbahn zwischen Woyens und Vamdrup einstimmig angenommen. Zudem beschloss die Regierungsparteien, Enhedslisten und Dansk Folkeparti ein Programm zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs mit mehr Rabatten. Der Kauf von Zweisystem-Elektrozügen für den grenzüberschreitenden Verkehr und bessere Anschlüsse für die Westküstenbahn lassen auch Nordschleswig hiervon profitieren. In Schleswig-Holstein werden ab 2014 moderne Doppelstockzüge zwischen Flensburg und Hamburg fahren. Die neue Landesregierung hat ebenfalls vereinbart, den gegenüber dem Straßenbau bisher deutlich benachteiligten öffentlichen Transport deutlich besser zu fördern. (No., 13.6.).

Pendlerpendel wieder umgekehrt

Flensburg Avis, 13.4.2012

Nachdem über mehrere Jahre deutlich mehr Deutsche zur Arbeit nach Dänemark

pendelten als im Gegenzug Dänen nach Deutschland, ist in jüngster Zeit eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Infocenter der Grenze, die regionalen Arbeitsvermittlungen und die deutsch-dänische Handelskammer bestätigen diese Entwicklung, die vor allem einer größeren Zahl offener Stellen südlich der Grenze zuzuschreiben sei.

Hohe Auszeichnung für einen großen Kommunikator

Der Nordschleswiger, 14.4.2012

Der langjährige Chefredakteur des Nordschleswiger und frühere Chef des Kontaktbüros der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, Siegfried Matlok, wurde wegen seiner Verdienste um die dänisch-österreichische Verständigung mit dem Goldenen Verdienstzeichen um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Virtuelles Museum soll nach Hacker-Angriff wieder online gehen

Der Nordschleswiger, 17.4.2012

Das vorübergehend gestörte deutsch-dänische Geschichtsportal (s. GFH 2/2008, S. 83 f.) ist wieder unter der Adresse www.vimu.info erreichbar. Die Internet-Präsenz wurde von Historikern des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte und der Syddansk Universitet aufgebaut und wird heute an letzterer betreut. Zwar wird es pro Monat durchschnittlich 11.000 Mal benutzt, doch stehen seit 2009 keine eigenen Finanzmittel mehr zur Verfügung.

Neue Debatte um Sperrklausel ficht SSW nicht an

Flensburg Avis, 18.4.2012

Mit seinem Kommentar „Minderheiten-Bonus hat sich überholt“ löste der Landtags-Korrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags Peter Höver am 17.4. kurz vor der Landtagswahl (s.u.) eine neue Debatte um die Befreiung des SSW von der 5-Prozent-Sperrklausel aus. Höver begründet seine Ablehnung mit der „über die Jahre gewachsenen Normalität zwischen Mehrheit und Minderheit“ und mit der Tatsache, dass der SSW heute eine normale Partei sei, die zudem ein Drittel ihrer Zweitstimmen in Holstein gewinne.

Inzwischen tauchte der bereits 2005 erstmals durch die Medien geisternde Begriff der „Dänen-Ampel“ für eine Dreierkoalition aus SPD, Grünen und SSW wieder auf. Vor allem CDU-Politiker, aber auch konservative Journalisten benutzten diesen Ausdruck immer wieder in kritischen Bemerkungen über ein solches Bündnis – wobei vom SSW als von der Sperrklausel befreite Partei der Minderheit mehr parteipolitische Neutralität gefordert wurde (CDU sieht rot: Kritik an Plänen für Dänen-Ampel, FT 23.4.). Eine weitere Eskalation brachte das CDU-Wahlplakat mit der Aufschrift „Stabile Regierung statt Dänen-Ampel“, verziert mit dem Verkehrsschild „Schleudergefahr“ (Fl.A. 26.4.).

Viele dänische Politiker wie der Vorsitzende des Kontaktausschusses für die dänische Minderheit beim Folketing Benny Engelbrecht (Soz.) und dessen Vorgänger Kim Andersen (Venstre) betonten ihr Unverständnis für diese ihrer Ansicht nach populistischen Vorstöße, sowohl in Bezug auf die nationalistischen Töne als auch auf die erneute Infragestellung der Befreiung des SSW von der 5-Prozent-Sperrklausel bzw. der Vollgültigkeit der Mandate. (FlA 28.4.). – Nach der Landtagswahl gab es weitere Attacken gegen die so genannte

„Dänen-Ampel“, insbesondere in den Zeitungen des sh:z, zuletzt als Aufmacher am 11.6. „Unternehmer warnen vor Dänen-Ampel“. Erst nach einem kritischen Kommentar des langjährigen Chefredakteurs Stephan Richter (Neue Vielfalt statt Einfalt, FT, 16.5.2012) änderte der sh:z diesen Ausdruck in „Nord-Ampel“, während der designierte Ministerpräsident Torsten Albig von Beginn an den Begriff „Schleswig-Holstein-Ampel“ favorisierte. Auch nach der Landtagswahl wurde die Ausnahme von der 5-Prozent-Sperrklausel wiederholt in Frage gestellt, so von der Jungen Union Schleswig-Holstein, dem Staatssekretär Ole Schröder und einigen privaten Klägern, die ihre Beschwerden beim Landeswahlleiter einbrachten. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2005 jedoch die Verfassungskonformität des parlamentarischen Minderheitenschutzes festgestellt.

Öresund-Komitee beklagt teure
Pendler-Hindernisse

Der Nordschleswiger, 18.4.2012.

Eine Studie von Copernhagen Economics führte eine Reihe von Problemen auf, welchen Ausländern und Pendlern den Alltag in Europa erschweren, so die Nichtanerkennung von Abschlüssen, ein Arbeitsverbot für Nicht-EU-Bürger, keine Teilzeitarbeit für Grenzpendler möglich, ebenso wenige Berufspraktika im Ausland. Der Chef des Infocenters Grenze Peter Hansen bemerkte dazu, dass schnelle Lösungen wegen der unterschiedlichen Gesetzeslage oft nicht möglich seien, doch will man einen Katalog über aktuelle Probleme und mögliche Lösungen erarbeiten.

Der Mäzen der Minderheit ist tot
Flensburger Tageblatt, 18.4.2012

Mit 98 Jahren verstarb der Großreeder Mærsk McKinney-Møller. Nicht nur in Dänemark, sondern gerade auch in Südschleswig hatte sich der Milliardär als Sponsor einen Namen gemacht, zuletzt beim Bau des nach seinem Vater Arnold Peter Møller benannten dänischen Gymnasiums in Schleswig (s. GFH 4/2008, S. 401 ff.).

Gedenktag im Schatten der
Vergangenheit

Jyske Vestkysten, 19.4.2012

Völlig unberührt von den Auseinandersetzungen um die Errichtung eines neuen Denkmals und von der wieder verschärften Debatte um die Beteiligung deutscher Soldaten (s. GFH 1/2012, S. 55) verlief die Gedenkfeier für die Schlacht von Düppel 1864 in würdigem Rahmen und war noch besser besucht als in den Vorjahren. Deutsche und dänische Soldaten marschierten gemeinsam von der Kaserne zur Düppeler Höhe, die Festredner hielten Standortkommandant Viggo Ravn und Botschafter Michael Zenner. Die Aufmerksamkeit für 1864 und die Folgen ist nach den erfolgreichen Büchern von Tom Buk-Swienty (s. GFH 1/2010, S. 77 f., GFH 3/2011, S. 244 f.) noch gestiegen. Zusätzlich zu den Vorbereitungen für den 150. Jahrestag 2014 wird derzeit eine Fernsehserie erarbeitet, die auf Buk-Swientys Werken aufbauen soll (s. GFH 2/2011, S. 151). Zudem veröffentlichte Sänger Lars Lilholt ein neues Lied „Danmarks Killing Fields“ in Bezug auf Düppel 1864. Selbst in der Neuen Zürcher Zeitung wurde am 7.4. über das „Wundfieber von Düppel“ berichtet.

Westdialog: Standort-Defizite der
Westküste abbauen / Westküste
Nordschleswigs reich an Natur,
Kultur und Zukunftschancen

Flensburger Tageblatt /
Der Nordschleswiger, 21.4.2012

Verschiedene Initiativen beiderseits der Grenze wollen nicht zuletzt durch verstärkte Vernetzung für eine bessere Zukunft der Westküstenregion arbeiten. Zu diesem Zweck traf sich das grenzüberschreitende Westküstenforum, bestehend unter anderem aus den Landräten von Dithmarschen und Nordfriesland und den Bürgermeistern von Tondern, Esbjerg, Fanø, Vejen und Varde, zu einer Konferenz und fasste die Ergebnisse in der „Tonderaner Erklärung“ zusammen. Dabei soll die Beseitigung hartnäckiger Standortnachteile angegangen, aber gleichzeitig auch auf die Stärken und ausbaufähigen Besonderheiten der Region hingewiesen werden. Besonders wichtige Standbeine sind die Windenergie und der Tourismus. Gerade im letzteren Bereich sollen nach Wunsch der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland noch weitere, bisher kaum genutzte Potenziale erschlossen werden. Dazu zählen beispielsweise die Anpassung der Infrastruktur an die insgesamt steigende Tendenz zu kürzeren Ferientaufenthalten und die Attraktivitätssteigerung für Gäste aus dem dänischen Nachbarland, von denen es trotz der unmittelbaren Nähe in Nordfriesland bisher nur sehr wenige gebe. Auf dänischer Seite wiederum, so das Tonderaner SP-Kommunalratsmitglied Jørgen Popp Petersen, könnte auch der Kulturtourismus besser vermarktet werden, da nicht nur die historischen Altstädte von Ripen und Tondern, sondern auch viele kleinere Orte zahlrei-

che Sehenswürdigkeiten zu bieten haben. Nicht zuletzt deswegen erachten alle Beteiligten weiter verbesserte Verkehrsanbindungen, aber auch einen Ausbau der außerhalb der Städte oft noch unterdurchschnittlich leistungsfähigen Internet-Verbindungen für unabdingbar. Dies ist auch entscheidend wichtig, um Betriebe, die hiervon immer abhängiger werden, in der Region zu halten bzw. sie in diese zu locken. Auch die Landwirtschaft wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Weitere Hoffnung setzt man auf beiden Seiten auf den Ausbau auch der dänischen Seite des Wattenmeeres als Nationalpark (s. GFH 1/2012, S. 47). Diese Initiativen wurden in der Tonderaner Erklärung der grenzüberschreitenden Konferenz „Westdialog“ zusammengefasst (No., 25.4.).

Breivik hoffte auf „dänische Verhältnisse“

Der Nordschleswiger, 21.4.2012

Bei seinem Gerichtsprozess erklärte der angeklagte Rechtsextremist, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya insgesamt 77 Menschen ermordet hatte (s. GFH 3/2011, S. 233), dass er seine Untat möglicherweise nicht begangen hätte, wenn statt der Fortsetzung der rot-grünen Regierung die rechtspopulistische „Fortschrittspartei“, der er selbst zeitweise angehört hatte, mit in die Regierungsverantwortung gekommen wäre und „dänische Verhältnisse“ in der Ausländer- und Migrationspolitik geherrscht hätten, also wenn die Regeln so gestrafft worden wären, wie es in Dänemark unter der liberal-konservativen Regierung mit Dansk Folkeparti als Mehrheitsbeschaffer gehandhabt worden war (s. GFH 1/2012, S. 55).

10.000 forderten Gleichstellung jetzt
Flensburg Avis, 23.4.2012

Die Frage der Mittelkürzungen für die dänischen Minderheitenschulen durch die Landesregierung, welche seit einhalb Jahren ein zentraler Konfliktpunkt im Grenzland ist, spitzte sich in den Wochen vor der Landtagswahl erneut zu. Am 21.4. demonstrierten in Flensburg 10.000 Menschen für die Wiedereinführung der finanziellen Gleichstellung der dänischen Schüler. Während SPD und Grüne sich solidarisch erklärten, verschärfte sich der Gegensatz zwischen den Vertretern der dänischen Minderheit und der CDU weiter. Unmittelbar vor der lange geplanten Demonstration bekräftigte die minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Susanne Herold den Standpunkt ihrer Partei. Dabei wiederholte sie nicht nur das Argument, dass die dänischen Schulen immer noch 5 Prozent mehr Landesmittel bekämen als andere Privatschulen und dass für die gute Ausstattung der Schulen auch noch Geld aus Berlin und Kopenhagen komme, sondern äußerte auch, dass 30 Prozent der Schüler an dänischen Schulen aus Familien ohne Bezug zur Minderheit stammen würden. Dafür erntete sie heftige Kritik aus den Reihen der Minderheit (z. B. durch Raning Krüger: „Så er der klarhed om CDUs og FDPs mindretalspolitik“, 24.4.), bekräftigte jedoch in den folgenden Tagen wiederholt ihre Aussagen (Flensburg Avis, 23. u. 25.4.) und erhielt dabei Unterstützung aus dem eigenen Lager. Während CDU und FDP auch nach der Wahl an ihrer Ordnung der Verteilung der Landesmittel pro Schüler festhalten wollten, versicherten die Oppositionsparteien, im Falle einer Regierungsübernahme die Gleichberechtigung der dänischen Minderheitsschüler wieder

herzustellen. Genau dies wurde im Koalitionsvertrag der künftigen Landesregierung, welcher der SSW angehören wird, Anfang Juni auch festgelegt, so dass das Thema nun vom Tisch sein dürfte.

Zusammenarbeit statt Konkurrenz
Flensburg Avis, 26.4.2012

Angesichts der administrativen Zusammenlegung der deutsch-dänischen Interreg-Regionen sicherten die Vertreter der verschiedenen Gebietskörperschaften zu, dass sie die neuen Strukturen zur Zusammenarbeit nutzen werden und dabei auch bisher eher benachteiligte Gebiete einen angemessenen Anteil erhalten sollen. Der schleswig-holsteinische Landtag sprach sich einstimmig dafür aus, dass Sprache und Kultur auch in der kommenden Interreg-Förderperiode der EU zu den unterstützungswürdigen Bereichen zählen sollen (Fl.A. 22.5., vgl. a. GFH 1/2012, S. 45).

Interreg-Feuerwehrrüfung mit Pionieren

Der Nordschleswiger, 26.4.2012

Bei einer aus EU-Mitteln geförderten gemeinsamen Übung probten die Wehren aus Ellund und Fröslee den Ernstfall für grenzüberschreitende Einsätze. Künftig werden die beiden Wehren auch automatisch alarmiert, wenn ihre Hilfe auf der anderen Seite der Grenze benötigt wird.

Dosenpfand kommt nicht in Gang

Flensburg Avis, 27.4.2012

Beim jährlichen Müllsammeltag wurden in Dänemark erneut Unmengen weggeworfener Getränkedosen aus dem Grenzhandel gefunden, die als „Exportgut“ in

Deutschland nicht der Pfandpflicht unterliegen. Auf dänischer Seite zeigt man sich enttäuscht darüber, dass es in dieser Frage nach wie vor keine Fortschritte gibt (s. GFH 2/2011, S. 146). Das Umweltministerium will nun eine neue Initiative zur Einführung eines grenzüberschreitenden Dosenpfandes starten (No., 6.5.).

Leichter Däne werden

Der Nordschleswiger, 27.4.2012

Nachdem das Einbürgerungsverfahren für die dänische Staatsbürgerschaft in der Zeit der DF-gestützten liberal-konservativen Regierung an immer höhere Auflagen gebunden worden war, will die neue Regierung das Verfahren nun vor allem hinsichtlich der Sprachtests wieder vereinfachen. In Dänemark geborenen ausländischen Staatsbürgern soll bei Erreichen der Volljährigkeit die dänische Staatsbürgerschaft angeboten werden. Auch die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft wird ins Auge gefasst (s. auch GFH 1/2012, S. 55).

Weltnaturerbe in zweitem Anlauf

Der Nordschleswiger, 2.5.2012

Nachdem ihr Onkel Svend im gleichen Amt 2001 vor allem am Widerstand der Anlieger mit den Plänen gescheitert war, das dänische Wattenmeer zum Nationalpark und Weltnaturerbe aufzuwerten, unternimmt Umweltministerin Ida Auken nun einen neuen Versuch, die zwischenzeitlich zum Nationalpark aufgestiegene Landschaft (s. GFH 1/2012, S. 47, s.a. oben, 21.4.) nun auch bei der UNESCO an das Welterbe Wattenmeer anzuschließen, das bisher nur die deutschen und niederländischen Teile umfasst.

Erneut mehr Grenzhandel

Flensburg Avis, 3.5.2012

Nach den jüngsten Abgabenerhöhungen in Dänemark hat der Grenzhandel weiter an Umfang zugelegt. Nach Schätzungen des dänischen Einzelhandelsverbandes werden im laufenden Jahr dort 15 Mrd Kronen umgesetzt. Auch Vertreter grenzüberschreitend arbeitender Firmen stellen zunehmend fest, dass die Preisschere zwischen beiden Ländern weiter auseinanderdriftet und dass man immer weniger deutsche Kundschaft in dänischen Geschäften sieht (JV, 3.5.).

Gewerkschaft fürchtet deutschen Armutslohn

Jydske Vestkysten, 3.5.2012

Dänische Gewerkschafter beklagen eine zunehmende Wettbewerbsverzerrung im Grenzland. Da die Tarife national ausgehandelt werden und der Lohn in Deutschland nicht nur niedriger ist, sondern weil es dort nicht einmal einen Mindestlohn gibt, fürchtet man einen zunehmenden Druck auf die dänischen Löhne bzw. die Auslagerung von Arbeit nach Deutschland.

Deutscher General hielt Rede zum 5. Mai

Der Nordschleswiger, 5.5.2012

Erstmals hielt ein hoher deutscher Offizier in Dänemark eine Gedenkrede zum Tag der Befreiung von der deutschen Besatzung 1945, und zwar in Nymindegablejren (Westjütland). General Rainer Korff ist im Rahmen der NATO-Zusammenarbeit auch für dänische Truppenteile zuständig. In seiner Rede erwähnte er auch, dass

seine Familie selbst Angehörige wegen der Verfolgung durch die NS-Behörden verloren hatte.

Neue Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl

Eigener Bericht (gls), 6.5.2012

Die bisherigen Regierungsparteien CDU und FDP verloren ihre Mehrheit im Landtag. Die CDU (30,8 %, - 0,7 % im Vergleich zu 2009) blieb mit einem knappen Vorsprung von 4589 Stimmen stärkste Partei vor der SPD (30,4 %), die ihre katastrophalen Verluste von 2009 zumindest teilweise wieder aufholen konnte (+ 5,0 %). Die CDU gewann über die Erststimmen die meisten Direktmandate (22), und zwar so viele, dass die Landesliste bei der Sitzverteilung nicht mehr zum Tragen kam und Spitzenkandidat Jost de Jager ebenso wie Landtagspräsident Torsten Geerds und die Nr. 3 der Liste Susanne Herold nicht mehr in den Landtag einzogen. Die übrigen 13 Direktmandate gewann die SPD, die fortan ebenfalls 22 Abgeordnete im 69 Mitglieder zählenden Landtag stellt. Drittstärkste Partei wurden die Grünen mit 13,2 % (+ 0,8 %, 10 Mandate). Die stärksten Verluste erlitt die FDP, die von 14,9 % auf 8,2 % (6 Mandate) sank, wodurch auch die Mehrheit der bisherigen Regierungskoalition verloren ging. Dennoch wurde die Gruppe um Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki in den Medien als Sieger gefeiert, da sie in den Umfragen teilweise weit unter der 5 %-Sperrgrenze gelegen und die Partei bei den vorangegangenen Landtagswahlen in Berlin und im Saarland Ergebnisse unter 2 % eingefahren hatte. Nur 51 Stimmen weniger als die FDP erzielte die Piratenpartei, der mit ebenfalls 8,2 % (+ 6,4 %) und 6 Mandaten erstmals der Einzug in den Landtag gelang. Der SSW

legte um 0,3 auf 4,6 % zu, verlor aber den vierten Sitz. Nicht mehr im Landtag vertreten sind die Linken (2,2 %, - 3,8 %). Besorgniserregend war die niedrige Wahlbeteiligung von nur noch 60,1 %, was einem Rückgang um 13,5 % seit 2009 entspricht! Gleich nach der Wahl nahmen wie erwartet SPD, Grüne und SSW Koalitionsverhandlungen auf. Der Koalitionsvertrag der drei Parteien wurde in der zweiten Juniwoche unterzeichnet. Am 12. Juni wählte der neu konstituierte Landtag Torsten Albig (SPD) mit 37 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten, also vermutlich auch mit zwei Stimmen aus der Fraktion der Piratenpartei. Der neuen Regierung gehören nur noch sieben Ministerinnen und Minister an, darunter als Bildungsministerin die bisherige Präsidentin der Flensburger Universität Waltraut Wende. Am meisten Aufmerksamkeit hatte schon im Vorfeld die Ernennung der langjährigen SSW-Fraktionsvorsitzenden Anke Spoo-rondonk zur Ministerin für Justiz, Kultur und Europaangelegenheiten erfahren, da die Partei der dänischen Minderheit vorher noch nie an einer Regierung beteiligt gewesen ist. Den wieder eigenständigen und ehrenamtlichen Posten der Minderheitenbeauftragten übernimmt wie schon bis 2005 die südtondernsche SPD-Politikerin Renate Schnack, Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes. In seiner ersten Regierungserklärung hob Albig hervor, dass Europa auf Schleswig-Holstein schaue, wo erstmals eine Partei, die zwei nationale Minderheiten vertritt, an der Regierung beteiligt ist. Auch viele Kommentatoren hoben diese „historische“ Erneuerung hervor.

Westergaard geht gegen Missbrauch von Karikatur vor

Flensburg Avis, 9.5.2012

Der 76-jährige Zeichner Kurt Westergaard hat juristische Schritte dagegen eingelegt, dass die rechtsextreme Parteigruppe ProNRW seine Zeichnung aus dem Zeitungsbeitrag „Muhammeds ansigt“, die seinerzeit heftigste Kontroversen ausgelöst hatte (s. GFH 1/2006, S. 65 f., GFH 2/2010, S. 168), für ihren Wahlkampf und ihre Aktionen gegen Muslime in Nordrhein-Westfalen missbrauchte. Die Zeichnung des Propheten mit der Bombe im Turban ist die bekannteste aus dem damaligen Beitrag von Jyllands-Posten, und Westergaard musste seitdem mehrmals den Wohnsitz ändern und war schon einmal Opfer eines nur knapp gescheiterten Mordanschlages.

Punktesystem bei Einreiseerlaubnis für Ausländer entfällt

Der Nordschleswiger, 9.5.2012

Die parlamentarische Mehrheit aus den Regierungsparteien, Liberal Alliance und Enhedslisten, hat das von der vorherigen Regierung eingeführte Punktesystem für die Aufenthaltsgenehmigung von Ausländern wieder abgeschafft und damit einen weiteren Schritt der Liberalisierung der zuvor im europäischen Maßstab besonders stringenten Ausländerpolitik getätigt. Begründet wurde dieser Schritt mit der unnötigen Bürokratie der bisherigen Ordnung, die zudem dringend gebrauchte ausländische Fachkräfte abschrecke (s. GFH 1/2012, S. 55).

Grenzüberschreitende Gespräche im Handy in EU ab Juli billiger

Der Nordschleswiger, 11.5.2012

*Nach einem Beschluss des EU-Minister-rats soll die Kommunikation über Mobilte-
lefone zwischen den EU-Staaten künftig
preisgünstiger sein. Künftig soll es keine
Doppelgebühren mehr geben, nach denen
sowohl die Telefongesellschaft im Absen-
derland als auch jene im Empfängerland
kassieren.*

Plädoyer für Europa – trotz allem

Der Nordschleswiger, 11.5.2012

*Bei einer gemeinsamen Veranstaltung
der dänischen Europabevægelse und der
schleswig-holsteinischen Europa-Union
im Sonderburger Schloss sprachen sich
die Hauptredner – die Vorsitzende des Eu-
ropa-Ausschusses im Folketing Eva Kjer
Hansen und der frühere Landtagsdirektor
Jürgen Schöning – dafür aus, dass die ge-
meinsamen europäischen Ziele trotz der
aktuellen Krise und insbesondere der pro-
blematischen Lage in Griechenland nicht
aus den Augen verloren werden dürften
(s. GFH 1/2012, S. 49).*

Zukunftssicherung und Aufarbeitung der Geschichte

Der Nordschleswiger, 11.5.2012

*Hauptthema bei der Delegiertenversamm-
lung des Bundes Deutscher Nordschles-
wiger war die finanzielle Zukunftssiche-
rung. Die Bundeszuschüsse sind seit Jah-
ren nicht der Teuerung angepasst worden,
so dass im Etat 2011 eine Lücke von 2,2
Mio Kronen klafft. Man verhandelt jedoch
um Planungssicherheit (s. GFH 1/2012,*

*S. 45). Weiteres Thema war die Zeitge-
schichte (s. GFH 1/2012, S. 21 ff., 48 u.
53, ferner s.o. Leitartikel und 20.3.)*

Wogen in Grænseforeningen wieder geglättet

Flensborg Avis, 14.5.2012

*Nachdem es heftige Kontroversen zwi-
schen der Vereinsführung und den Orts-
vereinen wegen der Beteiligung deutscher
Soldaten und der eventuellen Errichtung
eines neuen Denkmals auf den Düppeler
Höhen gegeben hatte (s. GFH 1/2012, S.
55), war der Konflikt auf der Vertreterta-
gung des dänischen Grenzvereins kein
Thema mehr, zumal sich die Vereinsspitze
um den Vorsitzenden Finn Slumstrup sei-
ther mit Aussagen zu Düppel eher zurück-
gehalten hatte. Dagegen war ein weiterer
Mitgliederschwund und eine zunehmende
Überalterung der Mitgliederschaft zu
beklagen. Als Erfolg wird das Projekt „Kul-
turbotschafter“ gewertet (s. GFH 4/2011,
S. 277 ff.).*

Deutsch-dänisches Kinderkunst- Festival

Flensborg Avis, 19.5.2012

*Das diesjährige grenzüberschreitende
Kinderkunstfest (s. GFH 3/2011, S. 229
u. 234), das unter anderem im Flensbur-
ger Schifffahrtsmuseum stattfand, stand
unter dem Motto „Porträts“.*

Sprachen kamen nicht auf Weltkarte

Flensborg Avis, 19.5.2012

*Ein Antrag der Opposition, für die Spra-
chenvielfalt an der Nordsee bei der
UNESCO die Anerkennung als immate-
rielles Welterbe zu beantragen, fand auf*

der letzten Sitzung des alten Landtages keine Mehrheit.

Solidarität mit „Sonderburg 2017“
Flensburger Tageblatt, 22.5.2012

Die drei südschleswigschen Kreise sicherten zu, dass sie sich finanziell am Projekt „Kulturhauptstadt 2017“ der Kommune Sonderburg (s. GFH 1/2012, S. 55) beteiligen werden. Flensburg sicherte eine Million Euro zu (Flensburger Tageblatt, 30.4.), und auch der Landkreis Schleswig-Flensburg wird 400.000 Euro für Projekte zur Verfügung stellen, die mit der Kulturhauptstadt in Verbindung stehen. Ähnliches wird auch in Nordfriesland vorbereitet. Die Entscheidung der europäischen Jury, ob Sonderburg oder Århus den Zuschlag erhält, wird am 24.8. gefällt.

Freie Wahl am Fahnenmast
Flensburger Tageblatt, 24.5.2012

Die Folketingsabgeordnete der sozialliberalen Regierungspartei Radikale Venstre Zenia Stampe hat eine Initiative zur Abschaffung der restriktiven Flaggenregeln in Dänemark ergriffen, nach denen das Hissen anderer Fahnen als des Danebrog (Ausnahmen: Fahnen der vier nordischen „Bruderländer“ und der Europafahne) verboten ist und nur durch polizeiliche Sondergenehmigung auf Antrag erlaubt werden darf, wobei auch in diesen Fällen immer ein Danebrog mit aufgezogen werden muss. Damit löste sie eine teilweise hitzige Debatte aus, in der sich Befürworter und Gegner einer Modernisierung der Flaggenregeln die Waage hielten. Dabei wurde von Reformgegnern teilweise sehr polemisch argumentiert, und mitunter wurden auch alte Feindbilder und Be-

drohungsszenarien wieder hervorgekehrt. DF-Chefin Pia Kjærsgaard befürchtete einen Ausverkauf dänischer Werte, während die Linksparteien SF und Enhedslisten Zustimmung zu Stampes Vorhaben signalisierten.

Die friesische Sprache geht online
Flensburger Tageblatt, 24.5.2012

Über eine von den Mitarbeiterinnen des Nordfriisk Instituut Antje Arfsten und Wendy Vanselow entwickelte Internet-Präsenz unter der Adresse www.edunordfriisk.de ist es künftig möglich, Friesisch im Selbststudium zu erlernen bzw. die Sprachkenntnisse weiter auszubauen.

Südjütische Dörfer werden immer kleiner

Jydske Vestkysten, 3.6.2012

Im vergangenen Vierteljahrhundert haben zahlreiche Dörfer trotz Wachstums der Gesamtbevölkerung in Dänemark teilweise bis zu einem Viertel ihrer Einwohner verloren. Allein in Nordschleswig haben 28 kleine Dörfer mit unter 500 Einwohnern mehr als 10 Prozent ihrer Bewohnerzahl eingebüßt, und elf von ihnen – darunter grenznahe Dörfer wie Seth und Rohrkarr bei Tondern oder Hockerup nordöstlich von Flensburg – sind unter die 200-Einwohner-Marke gerutscht und haben damit den Status als Dorf im Sinne der Statistik verloren. Zwar betrifft diese Entwicklung den ganzen Landesteil, doch besonders dramatisch ist die Situation auf Alsen, wo das nur noch 308 Seelen starke alte Kirchdorf Atzerballig mit 24,8 Prozent Einwohnerverlust seit 1986 den traurigen Spitzenreiter in der Region Syddanmark bildet. Sowohl Kommunernes Landfore-

ning als auch Landdistrikternes Fællesråd (LF), die Interessenorganisation der Landbewohner, plädieren dafür, das Problem ernst zu nehmen, gegebenenfalls sei die Kommune in der Pflicht, nicht mehr verkäufliche Immobilien zu beseitigen (s. GFH 2/2010, S. 168). Der LF-Vorsitzende Steffen Damsgaard meint sogar, dass ein „Gesundshrumpfen“ solcher Orte diesen wieder zu neuer Attraktivität verhelfen könne. Der Aalborger Universitätsprofessor Jørgen Møller plädiert hingegen dafür, vermeintlich perspektivlose Ortschaften ganz aufzugeben. – Die jüngsten Untersuchungen von Danmarks Statistik bestätigen zudem den Trend, dass immer mehr junge Leute in die großen Städte ziehen und dort auch bleiben. Zwar liegt Nordschleswig bei der Altersverteilung der Bewohner im Mittelfeld, doch geht die Untersuchung in allen vier Kommunen von einer weiteren Schrumpfung der Bevölkerungszahl aus (DN, 3.5.). In der Westküstenkommune Tønder setzt sich der Abwärtstrend unvermindert fort. Im Februar 2012 war die Einwohnerzahl auf 39.058 gesunken (DN 15.3.) – 400 weniger als im Vorjahr. Kurz zuvor hatten sich die Hoffnungen zerschlagen, dass Tønder Sitz eines neuen landesweiten Amtes für ländliche Räume werden könnte. Dieses wird nun – wie üblich – in Kopenhagen angesiedelt.

Deutsch-dänischer Musikschultag
2012 in Husum, 2013 in Sonderburg
Der Nordschleswiger, 8.6.2012

Jugendliche Musiker aus Nord- und Südschleswig sollen jährlich zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammenkommen. Bisher verzeichnet das JugendMusikFestival Klassik auf dem Knivsberg allerdings noch recht wenige Anmeldungen.

Jahrestreffen mit Musik und nettem
Beisammensein

Flensburg Avis, 11.6.2012

Mit ca. 12.000 Personen verzeichneten die diesjährigen Jahrestreffen (Årsmøder) der dänischen Südschleswiger weniger Teilnehmer als in den Vorjahren, was man vor allem dem Wetter zuschrieb. Im Vorfeld hatte die Festrede der DF-Chefin Pia Kjærsgaard im Flensborghus Aufsehen erregt, da vorher zu Protesten gegen die umstrittene Politikerin aufgerufen worden war. Bei der Hauptveranstaltung auf dem Flensburger DGF-Sportplatz sprachen unter anderem Außenminister Villy Søvndahl und Oberbürgermeister Simon Faber. Letzterer wies darauf hin, dass eine erfolgreiche Bewerbung des grenzüberschreitenden Projektes „Sonderburg 2017“ auch einen positiven Effekt auf das noch immer national geteilte Zypern haben kann, welches in jenem Jahr die andere europäische Kulturhauptstadt stellen wird.

Mitgliederversammlung des
ADS-Grenzfriedensbundes

Eigener Bericht (jpl), 11.6.2012

Am 11. Juni 2012, unmittelbar vor Drucklegung des Grenzfriedenshefts 2/2012, fand die diesjährige Mitgliederversammlung des ADS-Grenzfriedensbundes in den Räumen der Mürwiker Werkstätten, Flensburg, statt. Ein Bericht darüber wird im „Streiflicht“ des Vereins erscheinen. Den sehr positiv aufgenommenen Festvortrag von Stephan Kleinschmidt über die „Bewerbung Sonderburgs und der Region als Kulturhauptstadt 2017“ werden wir im Grenzfriedensheft 3/2012 publizieren – in aktualisierter Form, denn bis

dahin wird über die Bewerbung entschieden sein (s.o. 22.5.).

Dänischer Export erreicht im April neue Rekordwerte

Der Nordschleswiger, 12.6.2012

Trotz der in den vergangenen Monaten gedämpften Erwartungen hinsichtlich eines Wirtschaftsaufschwungs kann Danmarks Statistik neue Rekordzahlen im Bereich des dänischen Exportes vermelden. Mit 52,5 Milliarden Kronen wurde im April ein neuer Monatsrekord beim Wert der ins Ausland gelieferten Waren erreicht, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 4,9 Prozent bedeutet. Besonders stark stieg der Export dänischer Produkte nach China. Gegenüber dem Vergleichsmonat 2011 stiegen die Ausfuhren um 4,9 Prozent. Für 7,9 Mrd Kronen gingen Waren nach Deutschland, das ungebrochen der stärkste Handelspartner für Dänemark ist. Ein wesentlicher Faktor für die rosigen Zahlen war allerdings der Anstieg des Ölpreises, von dem Dänemark beim Verkauf des Nordseeöls profitierte.

Streit um offene Grenzen

Flensburger Tageblatt, 13.6.2012

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die EU-Staaten offenbar auf eine Neufassung des Schengener Abkommens verständigt. Es habe eine „einstimmige Unterstützung“ für die Schengen-Reform gegeben, teilte die dänische EU-Ratspräsidentschaft mit. Die EU-Minister beschlossen einen neuen Notfall-Mechanismus, wonach sie für insgesamt bis zu zwei Jahre wieder Grenzkontrollen einführen können, wenn „außergewöhnliche Umstände das Funktionieren des

(Schengen-)Raums insgesamt ohne interne Grenzkontrollen gefährden“. Gedacht ist der Mechanismus für eine Situation, in der die Schengen-Außengrenze durch eines der Mitgliedsländer etwa nicht gegen Flüchtlinge geschützt wird. Besonders Deutschland und Frankreich hatten sich dafür stark gemacht, eine Neuregelung zu schaffen. Die EU-Länder lehnten die Forderung der EU-Kommission ab, bei der Entscheidung über Grenzkontrollen das letzte Wort zu haben, doch soll die Kommission die korrekte Handhabung etwaiger zeitweiliger Kontrollen überprüfen und Verstöße gegebenenfalls sanktionieren. Die Übereinkunft des Ministerrats führte allerdings zu heftigen Reaktionen des EU-Parlaments, das sich übergangen fühlte, nachdem die dänische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen mit diesem ausgesetzt hatte. Mehrere Fraktionssprecher drohten sogar mit einem Boykott aller weiteren Verhandlungen unter der dänischen Ratspräsidentschaft. Eine Entscheidung soll beim EU-Gipfel am 29. Juni fallen.

Umgang mit nationalen Denkmälern

Inge Adriansen

Denkmal und Dynamit

DenkmälerSTREIT im deutsch-dänischen Grenzland

Neumünster: Wachholtz Verlag, 2011.
144 S., ill.

Das von der Kulturstiftung Schleswig-Flensburg und vom Museum Sønderjylland-Sønderborg Slot herausgegebene Buch knüpft an die gemeinschaftlich publizierte Broschüre „Erinnerungsorte nördlich und südlich der Grenze“ aus dem Jahr 2006 an, in der ausgewählte nationale Denkmäler und Erinnerungsstätten in der deutsch-dänischen Grenzregion vorgestellt werden (GFH 3/2006, S. 221 f.). In dem nun vorliegenden Buch mit dem schlagkräftigen Titel „Denkmal und Dynamit“ konzentriert sich die Autorin Inge Adriansen auf diejenigen Monumente im schleswigschen Raum, die nationale Spannungen zwischen Deutschen und Dänen förderten und vor allem im Zuge staatspolitischer Umbrüche zerstört oder beseitigt wurden. Dabei nimmt sie den beinahe hundertjährigen, konfliktintensiven Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Blick. Anhand von Beispielen, gegliedert nach den Zeitabschnitten 1851-1863, 1864-1914, 1920-1940 und 1945, zeigt Adriansen die Beseitigung und Zerstörung von schleswig-holsteinischen, dänischen und deutschen Denkmälern auf. Ferner weist sie nach, dass auch in der jüngeren Ge-

schichte der letzten 65 Jahre Diskussionen um nationale Monumente entstehen konnten. Dabei gelingt es der Autorin, nach Auswertung verschiedenster Quellen ein anschauliches, plastisches Bild der ausgewählten Beispiele und ihrer Geschichte zu vermitteln.

Zu den bekannteren Beispielen gehört die dänische Versammlungsstätte Skamlingsbanken mit ihrer Granitsäule, die 1863 zum Gedenken an diejenigen Personen errichtet wurde, die sich für die dänische Sprache und Kultur im Herzogtum Schleswig besonders einsetzten. Noch vor der öffentlichen Einweihung sprengten preußische Truppen das dänischnationale Denkmal im deutsch-dänischen Krieg 1864, nachdem sie von deutschgesinnten Schleswigern auf dieses Monument aufmerksam gemacht worden waren. Als die acht Kirchspiele nördlich von Christiansfeld mit Skamlingsbanken nach dem Krieg zum Königreich Dänemark kamen, wurde die Säule wieder auf ihrem ursprünglichen Platz errichtet.

Auch die deutsche Versammlungsstätte auf dem Knivsberg mit dem von dänischen Widerstandskämpfern nach Ende des Zweiten Weltkriegs gesprengten Bismarckturm ist ein geläufiges Beispiel für die im schleswigschen Raum vorgenommenen Denkmalzerstörungen. Die Autorin würzt ihre Schilderung mit anonymisierten Berichten von Augenzeugen, die damals zum Kreis der Akteure gehörten.

Inge Adriansen hat sich ebenso auf Spurensuche nach Denkmälern begeben, die aufgrund ihrer Entfernung oder Zerstörung heute weitestgehend in Vergessenheit geraten sind. So beleuchtet sie unter anderem die Geschichte eines preußischen

Gedenksteins, der in Hoptrup südlich von Hadersleben im Jahr 1914 aufgestellt wurde und der an den Einsatz schleswig-holsteinischer Truppen im Gefecht bei Hoptrup 1849 sowie an den deutsch-dänischen Krieg von 1864 erinnert. Als Nordschleswig nach der Volksabstimmung 1920 dänisch wurde, zerlegte ein Steinmetz dieses Monument in mehrere Stücke. Heute ist die Existenz des Denkmals in der Bevölkerung kaum mehr bekannt.

Die bewegte Geschichte des Idstedt-Löwen zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Buch. Die Autorin legt ausführlich dar, in welcher Weise das Löwenmonument in seinem 150-jährigen Dasein bis heute Emotionen und Diskussionen auslöst. Verschiedene Interpretationen und Symbol-Auslegungen wurden dem Denkmal zugemessen, das 2011 nach verschiedenen Stationen auf seinen ursprünglichen Standort auf dem Alten Friedhof in Flensburg zurückgekehrt ist. Nun als Zeichen gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschen und Dänen wiedererrichtet, spiegelt sich im Löwen der Prozess vom Gegeneinander zum Miteinander im deutsch-dänischen Grenzland wider.

Inge Adriansen stellt abschließend fest, dass die Vernichtung von sichtbaren Kulturgütern der anderen Seite von dem Wunsch getragen wurde, die Kulturlandschaft für die eigene Bevölkerungsgruppe zu normieren. Insbesondere die auf dänischer Seite vorgenommenen Entfernungen und Zerstörungen von schleswig-holsteinischen und deutschen Denkmälern waren in Anzahl und Umfang gravierender als die von deutscher Seite verübte Vernichtung dänischer Monumente. Im heutigen, überwiegend friedlichen Miteinander in der deutsch-dänischen Grenzregion sollte das historische Wissen um die Konfliktpunkte der Vergangenheit in

Diskussionen berücksichtigt und das Kulturerbe beider Bevölkerungsgruppen anerkannt werden.

„Denkmal und Dynamit“ führt dem Leser erstmals zusammenhängend vor Augen, welche Sprengkraft nationale Erinnerungsorte für Bevölkerungsgruppen im schleswigischen Raum seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten und mitunter noch haben. Es handelt sich um ein eindrucksvolles und gut zu lesendes Buch. Da fallen Flüchtigkeitsfehler, unter anderem in den Zitaten, kaum ins Gewicht.

Ruth Clausen

Volksabstimmungen 1920/21

Nina Jebesen

Bleibe treu!

Agitation während der europäischen Volksabstimmungen 1920-1921

Sønderborg: Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot, 2012. 32 S. durchgehend großformatig bebildert.

Die Volksabstimmungen über die nationale Zugehörigkeit 1920 zählen zu den einschneidenden Ereignissen in der Geschichte der Region Schleswig überhaupt, führten sie doch zu jener deutsch-dänischen Grenzziehung, die seither die Scheidelinie zwischen beiden Staaten bildet. Folgerichtig sind die damaligen Begebenheiten bis heute ein wichtiger Forschungsgegenstand geblieben. Vergessen wird dabei häufig, dass Nord- und Mittelschleswig bei weitem nicht das einzige Gebiet Europas war, in welchem es im Zuge der umfangreichen Veränderungen der politischen Landkarte nach dem Ersten Weltkrieg Volksabstimmungen über die nationale Zugehörigkeit gab. Eine solche kom-

parative Analyse wird nun von der Ethnologin Nina Jebesen in einem Ph.D.-Projekt am Institut for Grænserregionsforskning erstellt. Gleichzeitig wurde dieser internationale Vergleich in die historische Ausstellung des Museums im Sonderburger Schloss mit einbezogen, für welche die vorliegende, auch auf Dänisch mit dem Titel „Vær tro!“ herausgegebene Schrift gleichsam als Ausstellungskatalog dient. Hier werden die auffälligsten und in vielerlei Hinsicht bemerkenswertesten Zeugnisse der Abstimmungskämpfe dokumentiert, nämlich die Plakate. Allerdings handelt es sich nur um die Exponate aus den anderen Regionen, so dass man zum Vergleich mit der Sichttagitation in Schleswig die Schrift „Deutsch oder Dänisch“ von Inge Adrianzen und Immo Doege heranziehen muss, in welcher die Perspektive zu anderen Abstimmungen ebenfalls eröffnet wird.

Gerade durch den Vergleich werden bemerkenswerte Unterschiede und Gemeinsamkeiten sichtbar. So wurde das bekannte Motiv von Thor Bøgelund mit dem Kind, das die Mutter zur richtigen Abstimmung auffordert, mit nur wenigen Änderungen auch von den polnischen Oberschlesiern übernommen (S. 17). Auch den Gebrauch von Heimatmotiven, wirtschaftliche Argumente und den Verweis auf die lange geschichtliche Verbundenheit von „Heimat“ und „Vaterland“ trifft man immer wieder an. Ebenso allgegenwärtig sind Plakattexte auch in der Sprache des nationalen Gegners, waren die sprachlichen und kulturellen Verhältnisse doch überall komplizierter, als es dem Bild der einheitlichen Nation hätte entsprechen können.

Auffällig ist jedoch, dass viele Plakate aus den anderen Abstimmungsgebieten sehr viel drastischere Motive zeigen als in Schleswig. Nicht selten wird der nationale Gegner als Schlachter, Raubtier, Teu-

fel oder gar Tod gezeichnet. Dies gilt besonders für Oberschlesien: In dem wirtschaftlich besonders interessanten Gebiet kam es vor und nach der Abstimmung am 20.3.1921 wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, am Ende teilten die Alliierten Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen auf. Doch selbst im österreichisch-ungarischen Wahlkampf um die Zugehörigkeit von Ödenburg griff man auf beiden Seiten auf eine drastische Bildsprache zurück (S. 20-21), obwohl beide Länder bisher zusammengehört und den Krieg gemeinsam verloren hatten. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass beide Länder – wie auch Deutschland – schon vor den Abstimmungen große Gebietsverluste hatten hinnehmen müssen.

Der Katalog umfasst eine kurze allgemeine Einführung, eine Übersichtskarte, die Darstellung der einzelnen Abstimmungsgebiete und Beispiele für unterschiedliche Argumentationsweisen. Mit dieser Schrift ist es Nina Jebesen eindrucksvoll gelungen, die Volksabstimmungen von 1920 in einen europäischen Zusammenhang zu setzen, und man darf auf die Ergebnisse des zugehörigen großen Forschungsprojektes gespannt sein. Erste Ergebnisse ihrer vergleichenden Studie sind im vorliegenden Grenzfriedensheft nachzulesen (s. S. 99 ff.).

Gerret Liebing Schlaber

Thomas Steensen (Hrsg.), Harry Kunz,
Fiete Pingel (Red.)

Heimat Nordfriesland

Ein Kanon friesischer Kultur

Bredstedt/Bräist: Nordfriisk Instituut, 2011,
192 S., zahlreiche Abb.

Dieses Werk ist der Versuch, die Essenz des Friesischen zu beschreiben. Wie bei jedem Kanon, sei es innerhalb der Literatur, der Geschichte oder der Kunst, ist eine Auswahl nötig. Diese Auswahl kann und sollte diskutiert werden. Und die Frage, inwieweit kulturelle Begrifflichkeiten selbst konstruiert und somit Teil des identitätsstiftenden Prozesses sind, stellt sich dabei ebenfalls. Dieses Werk hat einerseits den Anspruch, einen „Kanon friesischer Kultur“ zu präsentieren, ist gleichzeitig aber auch der Versuch, innerhalb von knapp zweihundert Seiten einen großen Bereich gut lesbar und ansprechend aufbereitet zu präsentieren – ein ziemlicher Spagat. Das vorgestellte Werk kreist um den Begriff Heimat, setzt sich im ersten Kapitel auch mit diesem gerade im deutschen Kontext sehr schwierigen Begriff auseinander. Gleichzeitig gibt die Publikation eine Übersicht über zentrale Aspekte friesischer Kultur und Geschichte, gegliedert in 13 Abschnitte. Die einzelnen Kapitel bauen nicht aufeinander auf, sondern können jeweils für sich gelesen werden.

Mitfinanziert wurde der Kanon durch Bundesmittel. Diese Finanzierung ist gleichzeitig ein Fingerzeig auf die Zielgruppe: Das Buch wendet sich wohl hauptsächlich an Leserkreise, die sich einen ersten Überblick über Brauchtümer wie Boßeln oder Biikebrennen verschaffen möchten,

nicht an Personengruppen aus der hiesigen Region, die mit „Landgewinn und Landverlust“, mit „Wind, Weite Watt (...)“ und ähnlichem vertraut sind. Verschiedene Haustypen werden ebenfalls vorgestellt, und besondere Kirchen wie jene in Schwabstedt oder in Schwesing werden ebenfalls fotografisch dargestellt.

Streckenweise nimmt das Buch dadurch Züge eines touristisch ausgerichteten Bildbandes an. Dieser Eindruck wird aber wieder zerstreut durch Exkurse in die friesische Sprachgeschichte sowie durch Zitate aus wissenschaftlicher Fachliteratur. Das Buch will nicht Reiseführer pittoresker Dünenlandschaften sein, sondern fundiertes Wissen auf ansprechende Art und Weise präsentieren – eine interessante Mischung, der man einen großen Leserkreis wünschen darf. Vielleicht wäre es hierfür sinnvoll, den Kontakt zur Tourismusbranche zu suchen. Wenn das eine oder andere Exemplar in Ferienwohnungen z. B. auf Amrum oder Sylt ausliegt, wird es sicherlich viele Leser finden, die bislang vielleicht nicht viel über den Kulturraum hinter der touristischen Kulisse gewusst haben. Die durchgängig reiche Bebilderung sorgt für Abwechslung und ist sehr gelungen ausgewählt. Hierbei muss auch hervorgehoben werden, dass die Abbildungen sowie das Papier qualitativ hochwertig sind. Insgesamt ein empfehlenswertes Buch.

Andrea Graw-Teebken

Martin Kaule

Nordseeküste 1933–1945

Mit Hamburg und Bremen

Der historische Reiseführer

Berlin: Ch. Links Verlag 2011. 128 S.

14,90 Euro

Die Geschichte des Nationalsozialismus mit Terror, Krieg und Völkermord ist für viele jüngere Menschen inzwischen „gefühl“ fast ebenso weit weg wie das Mittelalter. Politik und Bildungs-Institutionen nehmen zum Beispiel erschrocken Meldungen zur Kenntnis, nach denen bei 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland immer noch oder schon wieder ein latenter Antisemitismus zu beobachten ist. Wichtig bleibt daher, dass die Erinnerung an die Jahre 1933 bis 1945 wachgehalten und zugänglich gemacht wird. Dabei geht es nicht um wohlfeile Empörung oder um die Zurschaustellung einer entschiedenen NS-Gegnerschaft, die heute kaum ein Risiko birgt. Der Nationalsozialismus und seine Verwurzelung in breiten Schichten der damaligen deutschen Bevölkerung bilden vielmehr ein Lehrstück vom Versagen einer Gesellschaft, die sich eigentlich durchaus zu den kultivierten in Europa rechnen durfte. Es geht darum, das Interesse an der Frage „Wie war es möglich?“ lebendig zu halten, damit zumindest Warnlampen aufleuchten, wenn sich Tendenzen wie seinerzeit erneut bemerkbar machen.

Zahlreiche Gebäude, Mahnmale, Gedenkstätten laden als „Steine des Anstoßes“ zur Begegnung mit der Geschichte ein, erstellt und in ihren Hintergründen erarbeitet von inzwischen mehreren Generationen engagierter Menschen. Mehr als 150 solcher

Orte an der Nordseeküste präsentiert Martin Kaule in seinem historischen Reiseführer. Die einzelnen Kapitel, jeweils mit Bild und kurzem Text, bilden gewissermaßen die Elemente eines Mosaiks, in dem die Situation 1933 bis 1945 an der Nordseeküste erkennbar wird. Deutlich wird, wie umfangreich und vielfältig die historischen Spuren zur NS-Zeit sind. Lehrende in Schule oder Erwachsenenbildung und andere, die interessiert sein sollten, können aus dem Band ersehen, dass Anknüpfungspunkte für die Beschäftigung mit der Geschichte vor der Haustür zu finden sind.

Die Informationen zu den einzelnen Stätten kann der Rezensent vor allem für die Region Nordfriesland prüfend betrachten. Dabei bleiben kleinere Fragen offen. Bei der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing (S. 93) ist wieder einmal fälschlich davon die Rede, dass das Barackenlager ursprünglich für den Reichsarbeitsdienst errichtet worden sei. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum in den frühesten Veröffentlichungen zur Geschichte dieses Lagers. Das ist für sich genommen sicherlich nicht gravierend, bildet aber ein Indiz dafür, dass für die Bearbeitung des Reiseführers vielleicht nicht immer die neueste Literatur herangezogen wurde. Überhaupt wären Angaben zu den jeweils zwei bis drei wichtigsten Titeln zu den einzelnen Stätten für eine Vertiefung nützlich gewesen. Oder hat der Autor ausschließlich auf den verzeichneten Internet-Seiten recherchiert? Bei der „KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund“ (S. 94) wäre ein Hinweis darauf angebracht gewesen, dass die Gedenkstätte von 1950 auf dem Ladelunder Friedhof zu den allerersten KZ-Denkmalen in Deutschland gehört. Eine „zweite Schuld“ durch das Verschweigen der Verbrechen ist hier vielleicht weniger zu konstatieren als an den meisten anderen

Orten. Eine nicht nur aus nordfriesischer Sicht schmerzliche Lücke besteht schließlich hinsichtlich der jüdischen Gemeinde in Friedrichstadt, die zum Beispiel in der Pogromnacht von 1938 schwer betroffen wurde. Die dortige „Kultur- und Gedenkstätte ehemalige Synagoge“ mit ihrem Programm hätte eine Erwähnung mehr als verdient gehabt.

Diese Anmerkungen sollen keineswegs das Verdienst des Reiseführers generell in Frage stellen. Interessierte haben hier ein nützliches Werkzeug in die Hand bekommen.

Fiete Pingel

Interviews zum Minderheitenleben

Lars N. Henningsen u. Frank Lubowitz (Red.), Flemming Nielsen (Interviews)

Stemmer fra mindretallene – en interviewbog / Stimmen aus den Minderheiten – ein Interviewbuch

Flensborg/Apenrade: Studieafdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig / Historische Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe, 2011. 381 S., Ill.

Als Teil des deutsch-dänischen Interreg IVa Projektes „Minderheitenleben/Mindre-talsliv“ (GFH 4/2010, S. 265 ff.) haben die beiden historischen Forschungseinrichtungen der Minderheiten ein Buch mit 29 Interviews mit dänischen Süd- und deutschen Nordschleswigern herausgegeben, um „eine Art Bestandsaufnahme des Lebens“ der Minderheiten durchzuführen, wie es im Vorwort heißt. Zu diesem Zweck wurden jeweils 15 Interviewpartner ausgewählt, die nicht „in erster Reihe“ stehen und dadurch in ihrer Darstellung des Minderheitenlebens nicht auf bereits eta-

blierte Darstellungen zurückgreifen konnten. Die Redakteure stellten einen Kanon von grundlegenden Fragen zusammen, auf denen der frühere Grenzlandredakteur Flemming Nielsen seine Interviews aufgebaut hat. Für den vorliegenden Band wurden von diesen Interviews wörtliche Abschriften erstellt, die dann von den Redakteuren redigiert und auf Drucklänge gekürzt wurden.

Zunächst werden 15 Interviews mit Mitgliedern der dänischen Minderheit in Südschleswig vorgestellt, danach folgen 14 Interviews mit Angehörigen der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Dabei sind die Texte nach dem Alter der Interviewpartner – der älteste ist Jahrgang 1938, der jüngste Jahrgang 1992 – geordnet, außerdem gibt es von jedem Interviewpartner ein Foto.

Beim Lesen der einzelnen Interviews – die Sprache wurde von den Interviewpartnern selbst gewählt – wird deutlich, dass das Leben in beiden Minderheiten sehr vielfältig ist. Entscheidend ist dabei meistens, welche Sprache im Elternhaus gesprochen wurde, und das ist nicht unbedingt die „offizielle“ Volksgruppensprache. In der dänischen Minderheit wird Plattdeutsch und Hochdeutsch gesprochen (z. B. Sönksen) und eher selten Dänisch (z. B. Hansen). In der deutschen Minderheit dagegen wird überwiegend Sønderjysk und Deutsch gesprochen (z. B. Matzen) und in seltenen Fällen (Reichs-)Dänisch (z. B. Sina).

Obwohl die Mitglieder der dänischen Minderheit meist einen deutschen Pass besitzen und die Mitglieder der deutschen Minderheit einen dänischen, fühlen sich beide Parteien mit dem dänischen Nationalsymbol des Danebrog wohl. Für die Mitglieder der deutschen Minderheit wird damit anders als bei den Mitgliedern der dänischen Minderheit nicht so sehr eine

nationale Identifikation ausgedrückt, sondern der Danebrog wird als ein Symbol von Feierlichkeiten und gemütlichem Beisammensein gewertet (z. B. Sina). Trotzdem findet sich längst nicht vor jedem Haus einer Familie aus der Minderheit ein Fahnenmast. Nur wenige Angehörige der dänischen Minderheit berichten, dass sie gerne vor dem eigenen Haus die dänische Flagge hissen (z. B. Gustafson). Auch die dänische Königin Margrethe wird von den meisten Interviewten als „ihre“ Königin angesehen. (z. B. Petersen, Callesen, Mutter und Tochter Tästensen), wobei ein dänischer Südschleswiger aber auch sagt, dass die Königin die seiner Frau, aber nicht seine eigene sei (Sönksen).

Wenn in den Interviews danach gefragt wird, ob es rückblickend auch Konflikte zwischen Minderheit und Mehrheit gegeben hat oder noch gibt, dann zeigt dieses Buch deutlich, dass der Ausspruch „vom Gegeneinander über das Nebeneinander zum Miteinander“ nicht nur ein gerne zitierter Ausspruch ist, sondern sich im Leben der einzelnen Interviewpartner widerspiegelt. Zwar hat es in den Erzählungen Einzelner, vor allem der älteren Generation angehörigen Minderheitenmitgliedern, durchaus Anfeindungen in Form von Schimpfworten gegeben (z. B. Molter, Struve) und es wird berichtet, dass Minderheit und Mehrheit eher getrennt voneinander ihre Feierlichkeiten verbrachten (z. B. Bucka, Sönksen). Die jüngeren deutschen Nordschleswiger haben es aber nicht mehr erlebt, als „tysk svin“ oder „tyskepack“ beschimpft zu werden.

Flemming Nielsen fragt auch danach, ob die Interviewpartner den Begriff „Zweistromigkeit“ mit ihrer Lebenssituation verbinden können. Dort unterscheiden sich die Aussagen der beiden Gruppen nicht wesentlich. „Zweistromigkeit“ wird

als durchweg positive Eigenschaft des eigenen Lebens aufgefasst, die vor allem in der Mehrsprachigkeit begründet liegt. Man trägt sowohl „etwas Dänisches als auch etwas Deutsches“ in sich (Bohm), auch wenn eine konkrete Definition über die Zweisprachigkeit hinaus schwer fällt. Diese „Zweistromigkeit“ beinhaltet die Möglichkeit, sowohl z. B. das Flensburger Tageblatt als auch Flensborg Avis (in Südschleswig) und u. a. Jydske Vestkysten und den Nordschleswiger (in Nordschleswig) zu lesen. Beide Gruppen betonen, dass die Minderheitenzeitungen wichtig sind, um über die Geschehnisse innerhalb der jeweiligen Minderheit informiert zu werden (z. B. Bucka, Matzen). Die Zeitungen der Mehrheiten werden darüber hinaus sehr gerne gelesen, weil sie zusätzliche regionale Informationen enthalten (z. B. Asmusen, Harring-Petersen), die den Angehörigen der Minderheiten sehr wichtig sind. Wenn in den Interviews danach gefragt wird, was denn eigentlich „typisch deutsch“ und was „typisch dänisch“ sei, zeigen sich auch hier Übereinstimmungen. Für viele Interviewpartner ist „dänisch sein“ etwas, dass auf den nationalen Symbolen wie dem Danebrog und der Königin sowie traditionellen dänischen Feierlichkeiten, aber auch auf einer als typisch dänisch empfundenen Gemütlichkeit und Offenheit beruht (z. B. Steins). Als „typisch deutsch“ werden dagegen eher Aspekte wie Pünktlichkeit, Struktur und Ordnung, aber auch Beamtentum genannt (z. B. Steins, Gustafson, Matzen).

Besonders augenfällig ist, dass alle Interviewpartner auf die Frage nach der Selbststeinordnung in ein „dänisch-deutsches Schema“ sich wie selbstverständlich als Sønderjyde oder (deutscher) Nordschleswiger auf Seiten der deutschen Minderheit (z. B. Matzen, Struve,

Toft) und als (dänischer) Südschleswiger auf Seiten der dänischen Minderheit (z.B. Petersen, Dierking) bezeichnen. Es würde also eine regionale Verortung und Identifikation vorgenommen. Einer klaren nationalen Zugehörigkeit wird hier bewusst ausgewichen und stattdessen die regionale Beheimatung der beiden Minderheiten in den zwei Landesteilen hervorgehoben. Das findet sich auch in den Aussagen zu den beiden Regionalsprachen Sønderjysk und Plattdeutsch wieder. Eine regionale Identifikation der Minderheiten, eine „Zweistromigkeit“ (Mischung) aus deutschen und dänischen Elementen und ein gegenseitiges Verständnis um die Belange von Minderheiten und Mehrheiten zeichnen die Lebenssituationen der Interviewpartner aus.

Mit diesem Buch ist es den Redakteuren Lars N. Henningsen und Frank Lubowitz, dem Reporter Flemming Nielsen und nicht zuletzt der Studentin Anne Hanten, die am Ende des Buches eine kurze Analyse-skizze der Interviews vorstellt, gelungen, einen interessanten Einblick in „das“ Leben der Minderheiten zu geben. Sowohl für Angehörige der Minderheiten als auch für die jeweilige Mehrheitsbevölkerung gibt dieses Buch einen guten Eindruck davon, was „Leben in der Minderheit“ bedeuten kann. Eine tiefer gehende komparative Analyse der beiden „Minderheitenleben“, vielleicht auch noch im Vergleich mit anderen Volksgruppen in Europa, wäre ein sehr interessantes Folgeprojekt.

Nina Jebesen

Zuwanderer in Flensburg

Brigitte Rosinski / Broder Schwensen

Es kamen Menschen

Lebenswege Flensburger Migranten

Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Bd. 38, Flensburg 2011, 107 S., zahlr. Abb.

„Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“ Diesem Zitat des Schweizer Schriftstellers Max Frisch ist der Titel des kleinen Buches entnommen, das Brigitte Rosinski und Broder Schwensen einer gar nicht so kleinen Gruppe Flensburger Bürger widmen, deren Stimmen in der Öffentlichkeit selten gehört werden: den Einwanderern, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach Deutschland kamen. Überwiegend sind das die Menschen aus dem Mittelmeerraum, die anfangs „Gastarbeiter“ hießen und heute meist als Arbeitsmigranten bezeichnet werden.

Dass es sich bei ihnen um Menschen handelte, die ihre eigene Kultur mitbrachten nach Mitteleuropa, das stellte Max Frisch im oben genannten Satz bereits 1965 fest. Es war die Zeit, als die ersten Griechen und Jugoslawen auch nach Flensburg kamen, um zum Beispiel bei Danfoss oder der FSG-Werft zu arbeiten. In den 1970er Jahren folgten dann vor allem Türken und auch Tunesier. Im ersten Teil des Buches beschreibt Schwensen in sehr informativer Form die Geschichte dieser Migration. Am Ende des Buches werden die Integrationsarbeit der Arbeiterwohlfahrt und des Diakonischen Werkes und die Tätigkeit der Ausländerbehörde im Rathaus vorgestellt.

Den Kern des vorliegenden Bandes aber bilden 14 übersichtliche Artikel, in denen

die beiden Autoren die Zuwanderer selbst zu Wort kommen lassen – nicht nur diejenigen, die als Industriearbeiter an die Förde kamen, sondern auch deutschstämmige Aussiedler und jüdische „Kontingentflüchtlinge“ aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Asylsuchende aus Afrika und dem Nahen Osten. Viele von ihnen haben sich in Vereinen zusammengeschlossen, in denen sie ihr kulturelles, religiöses oder soziales Miteinander pflegen. Jeder der 14 Artikel stellt einen solchen Verein vor – bisweilen stehen die Strukturen im Vordergrund, überwiegend aber werden die bewegenden Lebensgeschichten der prägenden Köpfe dieser Vereine erzählt. Es ist ganz überwiegend die Generation der heute über 60-Jährigen, die mit ihrer Lebensleistung ein Stück Flensburger Zeitgeschichte mitgeprägt haben, ohne dass die Mehrheitsbevölkerung, die als nichtdeutsche Kultur in der Stadt oft einzig die dänische wahrnimmt, viel von ihnen weiß. Rosinski und Schwensen beschreiben, was sie bei ihren Besuchen in den vielfältigen Kulturzentren der Stadt sehen und hören. Dabei enthalten sie sich wohltuend jeglicher Wertung und überlassen es dem Leser, sich eine Meinung zu bilden, ob ein stärkeres Maß an Integration in die deutsche Gesellschaft wünschenswert wäre oder ob es nicht auch eine Bereicherung für Flensburg ist, wenn die Zuwanderer ihre kulturellen Eigenheiten bewahren. Die eine oder andere kritische Nachfrage mehr hätte indes ein umfassenderes Bild von den vorgestellten Gruppen geliefert. So wäre es zum Beispiel interessant gewesen zu erfahren, worin sich die Ghanaer der „African Social & Cultural Union“ von den Ghanaern in der „African German Social Association“ unterscheiden.

Ove Jensen

Deutschfeindliche Klischees im Jugendbuch

Manu Sareen

Iqbal Farooq på Bornholm

Illustret af Lars-Ole Nejstgaard

København: Politikens Forlag, 2011,
192 S., Ill.

Ein böser deutscher Geschäftsmann namens Von Zwetterswein Gehundden kauft die Volksschule im multikulturellen Kopenhagener Stadtteil Nørrebro, in welcher der Held der Erzählung Iqbal Farooq die siebte Klasse besucht, verbietet alle Vergnügungen, führt einen militaristischen Morgenappell mit Absingen deutscher Lieder (v.a. „Deutschland über alles“), Körperpflege- und Hausaufgabenkontrolle ein, zwingt Schüler und Lehrer zum Tragen brauner Uniformen und richtet an der Schule ein „SS-Büro“ ein. Selbst tritt er zackig und schwarz uniformiert mit zwei Schäferhunden und Reitpeitsche auf. Beim Staatsbesuch in Dänemark entwendet sein Bruder, der deutsche Präsident Von Herman G. Gehundden, das dänische Grundgesetz und bahnt sich damit den Weg, um ganz Dänemark aufzukaufen. Mit List und Geschick gelingt es dem Protagonisten Iqbal Farooq, den Deutschen das Grundgesetz wieder abzunehmen und nach einer wilden Verfolgungsjagd wieder an seinen rechtmäßigen Platz zurückzubringen. Die Deutschen werden als Übeltäter entlarvt, Dänemark ist gerettet, und an der Schule kehrt wieder der gewohnte Frieden ein. Mit was für einem Buch haben wir es hier zu tun? Es handelt sich um ein im Herbst 2011 erschienenenes Kinderbuch für Zehnbis Zwölfjährige. Als solches ist es kein Zufallsprodukt, sondern bereits der fünfte

Band einer bisher sehr erfolgreichen Reihe, die im Jahre 2010 sogar mit dem Preis der dänischen Schulbibliothekare ausgezeichnet worden ist. Und der Verfasser ist kein Unbekannter, sondern ein prominenter Politiker aus Kopenhagen, nämlich Manu Sareen von der Partei Radikale Venstre, seit dem Regierungswechsel unmittelbar vor Erscheinen des Buches dänischer Minister für Kirchenangelegenheiten, nordische Zusammenarbeit und Gleichstellung. Zudem ist er der erste dänische Minister überhaupt, der aus einer nicht-westlichen Einwandererfamilie stammt.

Wie lässt sich die Handlung nun einordnen? Mit viel Wohlwollen könnte man sie als Persiflage auf viele in Dänemark latent bis offen vorhandene Vorurteile gegen andere Volksgruppen verstehen. Somalier treten als Piraten und Drogenhändler auf, eine Polin als Puffmutter und Kredithai, ein Grönländer als apathischer Alkoholiker, ein türkischer Kleinhändler als Coladosenschmuggler, und auch in den Gesprächen der Schüler mit verschiedenen kulturellen Hintergründen untereinander sind Klischees gang und gäbe, und mitunter fallen direkt rassistische Bemerkungen (so z. B. wird dem Grönländer Arnarharsuurisoq [Arnar hat stinkige Socken] die Bemerkung „lugter af sur eskimorøv“ [riecht nach stinkigem Eskimo-Arsch] in den Mund gelegt, S. 72). In Bezug auf die Deutschen werden sowohl die Schreckgespenster von Nazismus und Militarismus wie auch von Kauflust und wirtschaftlicher Übermächtigkeit hervorgeholt. Aber auch die „ethnischen Dänen“ bekommen ihren Teil ab: Nicht nur der Provinzialisismus von Jüten, Bornholmern und überhaupt von „Udkantsdanmark“ wird (aus Kopenhagener Sicht) aufs Korn genommen. Die politisch Verantwortlichen und die Lehrkräfte werden als ziemlich devote und phanta-

siose Opportunisten dargestellt, die sich den neuen Verhältnissen schnell anpassen (am peinlichsten natürlich die Deutschlehrerin). Iqbals schrulliger Nachbar Wibrandt ist hingegen ein konservativer Kämpfer für dänische Werte, der in der Tradition des Widerstands gegen die Besatzung im Zweiten Weltkrieg bei den temporeichen Verfolgungen Iqbals und seines verrückten Onkels Rafig entscheidend eingreift. Iqbals Vater Nazem hingegen repräsentiert jene Einwanderer, die sich als besonders gute Dänen geben wollen. Auch aktuelle politische Themen wie z. B. die Grenzkontrollen (S. 155) werden nicht ausgespart. Verstärkt wird der Eindruck, dass hinter den vordergründig teilweise bösen Klischees durchaus selbstironische Absichten des Verfassers stecken, nicht zuletzt durch die Rahmenhandlung, in welcher Iqbal seiner Schulpsychologin eben jene Geschichte erzählt. Diese Rahmenhandlung umfasst allerdings lediglich die beiden ersten und letzten Seiten des 192-seitigen Buchs.

Hier stellt sich allerdings die entscheidende Frage, inwieweit zehn- bis zwölfjährige Kinder differenzieren können. Kann man bei dieser Altersgruppe schon voraussetzen, dass sie die im Text verbreiteten Klischees nicht für voll nehmen und deren Hintergrund durchschauen? Die Fächer Geschichte und Deutsch werden in diesem Alter höchstens in den Anfängen unterrichtet. Im vorliegenden Buch wird kein Unterschied zwischen dem heutigen und dem gestrigen Deutschland gemacht: Einerseits erlebt man militaristische Rituale und NS-Symbolik (z. B. braune Uniformen, SS-Runen an Wibrandts Helm (S. 111), übrigens sehr zur Verückung des deutschen Schurken, S. 172), andererseits aber auch Symbole des demokratischen Deutschlands von heute (Schwarz-rot-goldene Fahnen beim Besuch des Präsiden-

ten, S. 48). Dass „Deutschland Deutschland über alles“ (auf S. 55 komplett abgedruckt!) nicht mehr der Text der offiziellen Nationalhymne ist, wissen selbst viele Erwachsene nicht. Ebenso wenig dürften junge Leser durchschauen, dass die Namen der beiden Schurken höchstens ansatzweise Deutsch klingen und dass sie in den deutschen Bruchstücken ihrer eigenwilligen Mischsprache noch mehr Fehler machen als in den dänischen Teilen. Erst recht werden sie nicht wissen, dass das Wort „Zigeuner“, mit dem Von Zwettler-swein Gehunden den Onkel von Iqbal bezeichnet, im Deutschen anders als im Dänischen verpönt ist.

Hinzu kommt, dass manche Klischees – und gerade jene gegen die Deutschen – im Buch tatsächlich auf latent vorhandene Ängste und Misstrauen anspielen. Zudem treten keine Personen auf, welche die gezeigten Vorurteile relativieren könnten, und die Deutschen im Buch sind wirklich durch und durch böse und unmenschlich. Das hat auch nichts mit britischem Humor zu tun, wo Klischees manchmal derart überzogen und geschmacklos, aber dann auch einmalig unterschwellig gezeichnet werden, dass es schon wieder selbstironisch wirkt.

Stereotypen sind Bestandteile geradezu jeden Humors, und solange sie nicht böse sind, gibt es auch keine Probleme. Wer kennt nicht jene meist harmlosen Witze und Darstellungen, in welchen bestimmten Volks- oder Bevölkerungsgruppen beispielsweise Beschränktheit, Geiz, Streitlust oder Humorlosigkeit vorgehalten wird. Schlimm werden Vorurteile allerdings, wenn mit ihnen suggeriert wird, dass man dem Angehörigen der betreffenden Gruppe grundsätzlich nicht trauen darf, egal wie freundlich und zuvorkommend sie einem in Wirklichkeit entgegentreten

mögen. Im vorliegenden Buch wird die Grenze vom eher harmlosen zum bösen Vorurteil leider allzu oft überschritten. Dies kann nicht durch die an sich lustige und temporeiche Handlung, den unterhaltsamen Slang der Originellen und die vielen flachen bis originellen Kalauer im Buch relativiert werden.

Dies sehen die dänischen Rezensenten offenbar nicht so, denn in ihren durchweg positiven Besprechungen wird Sarens Humor ausdrücklich gelobt. „Jeg læser det som en slags kærlighedserklæring til rabalder, anarki, fnis, platheder – og tyskere“ (ich lese dies als eine Art Liebeserklärung an Getöse, Anarchie, Kichern, Plattitüden – und Deutsche), heißt es zum Beispiel in der Besprechung von Steffen Larsen in Politiken. „Det er ren folkekomik, der låner sit stof fra vores fællespulje af værdier og fordomme og fald på halen-grin“ (das ist reine volksnahe Komik, die ihren Stoff unserem gemeinsamen Pool aus Werten und Vorurteilen und Lachen aus unkritischer Bewunderung entlehnt), bilanziert Karen Lise Brandt in Jyllands-Posten vom 18.10.2011. Die Besprechungen in der Zeitung Information und in Berlingske Tidende waren nicht minder positiv und gingen auch nicht auf die antideutschen Klischees ein.

Kritisch äußerte sich bald darauf der Kopenhagener Geschichtspräsident Claus Bryld in Politiken, der das Buch „schlimmer als das, was Dansk Folkeparti jemals über Einwanderer gesagt hat“ fand. Dem pflichtete Christian Benne, Experte für deutsche Literatur an der Syddansk Universität bei, der vor allem den Gebrauch der alten Nazi-Klischees in Bezug auf jetzige Deutsche kritisierte. David Hopmann, Adjunkt an derselben Universität und Duborg-Abiturient, hob hervor, dass die Deutschen hier als gemeinsames Feindbild für alle gebraucht werden, und verwies auf den

Aufschrei, den eine ähnlich böses Darstellung z.B. eines Arabers auf dem linken politischen Flügel hervorrufen würde. Sareen selbst fand die Kritik übertrieben und meinte, dass man die Fähigkeit der jungen Leser unterschätze, zwischen Fiktion und Wirklichkeit zu unterscheiden, und dass diese in erster Linie lachen wollten, wenn sie das Buch lesen (alle Zitate aus Politiken, 5.11.2011). Darin unterstützte ihn der Literaturprofessor und Kinderbuchexperte Torben Weinreich, der auf die satirisch-humorvolle Verarbeitung der Klischees hinwies. Allerdings räumte er ein, dass der Umgang mit diesen Vorurteilen vom Vorwissen des Lesers abhängt (Interview auf www.graensen.dk). Dennoch ebnete die Diskussion schnell wieder ab. Lediglich in Kristeligt Dagblad gab es noch eine Leserdebatte, als am 3.4.2012 ein weiterer Kopenhagener Historiker – Jes Fabricius Møller – mit den antideutschen Klischees ins Gericht ging. Abgesehen von einem offenbar der Dansk Folkeparti nahestehenden Leser pflichteten sämtliche Diskussionsteilnehmer Møllers Anliegen bei, dass irgendwann einmal Schluss mit den immergleichen Nazi-Klischees sein müsse und dass man die Deutschen aus ihrem heutigen Auftreten heraus bewerten solle. Bemerkenswert war zwei Wochen später noch ein Beitrag des Son-

derburger Pastors Hauke Wattenberg und zweier Studentinnen, die mit einem unbehaglichen Erlebnis bei einem deutsch-dänischen Gottesdienst – ein Mädchen im Konfirmandenalter zeigte beim deutschsprachigen Teil den Hitlergruß – gegen die These argumentierten, dass Kinder im Alter der Zielgruppe des Buches immer zwischen Wirklichkeit und Fiktion bei diesem Thema unterscheiden können (www.kristeligt-dagblad.dk).

Fazit: Es stimmt sehr traurig, dass derart böartige Klischees auch heute noch unter dem Deckmantel eines vordergründig harmlosen Humors verbreitet werden – und das auch noch in Kinderbüchern für 10-12-Jährige. Sareen hat ebenso wie Weinreich darauf hingewiesen, dass das Motiv des Absenders darüber entscheide, ob ein Vorurteil schlimm ist oder nicht. Dabei stellt sich logischerweise die Frage, inwieweit das Motiv des Verfassers für den Leser durchschaubar ist. Angesichts des jungen Alters der Zielgruppe und der noch immer weiten Verbreitung böser Klischees und Feindbilder kann ich dieser Form von „Humor“, der bestimmte Nationen und ethnische Gruppen als durch und durch negativ in die Ecke stellt, kein Verständnis entgegen bringen.

Gerret Liebing Schlaber

Prof. Dr. Henrik Becker-Christensen
Kgl. Dänisches Generalkonsulat
Nordergraben 19
24937 Flensburg

Ruth Clausen, Dipl.-Museologin
Mathildenstraße 7
24937 Flensburg

Andrea Graw-Teebken, ph.d.
Engelsbyer Straße 26
24943 Flensburg

Peter Hopp
Nietzschesstraße 13
24116 Kiel

Nina Jebsen, M.A.
Syddansk Universitet
Institut for Grænseregionsforskning
Alsion 2
DK-6400 Sønderborg

Ove Jensen, M.A.
Schleswiger Nachrichten
Stadtweg 54
24837 Schleswig

Benjamin Lassive, M.A.
Freier Journalist
Rügener Straße 23
13355 Berlin

Fiete Pingel, M.A.
Nordfriisk Instituut
Süderstraße 30
25821 Bräist/Bredstedt

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Tækkerløkke 26
DK-6200 Aabenraa

Prof. Hans Schultz Hansen, ph.d.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Hans Schultz Hansen, H.P. Hanssens historiske Bedeutung. Zum 150. Geburtstag des Minderheitenpolitikers Abb. 1, 3 u. 4: Museum Sønderjylland, ISL-Lokalhistorie; Abb. 2: Landsarkivet for Sønderjylland, H.P. Hanssen arkiv nr. 58

Peter Hopp, H.P. Hanssen in der deutschen Geschichtsschreibung Abb. 1: Paul v. Hedemann-Heespen, Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit, Kiel 1926; Abb. 2: Otto Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriss, 1. Aufl., Kiel 1925; Abb. 3: Troels Fink, Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, København 1958, n. S. 192; Abb. 4: Erich Hoffmann, Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867-1914, Neumünster 1995

Nina Jebesen, Volksabstimmungen in Europa 1920/1921. Plakate als Mittel der Agitation Abb. 1: Lene Brunsgård (Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot); Abb. 2, 11: Biblioteka Śląska, Katowice; Abb. 3, 9, 10: Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot; Abb. 4, 7: Landesmuseum Kärnten Rudolfinum, Klagenfurt; Abb. 5, 6, 8: Stadtarchiv Flensburg

Henrik Becker-Christensen, Historiker – Diplomat – Initiator. Zum 100. Geburtstag von Troels Fink Abb. 1: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek; Abb. 2: Festskrift til Troels Fink, red. v. Helge Larsen u. Roar Skovmand, Odense Universitetsforlag 1982

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853